Orte des Erinnerns

an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Dokumentationsprojekt:
Erinnerungsorte an die kommunistischen Diktaturen

Projektleitung:
Dr. Anna Kaminsky

Projektkoordination:
Lena Ens

Bearbeitung:
Lena Ens und Ruth Gleinig

Berlin 2020

Inhalt

8 *Jörg Morré*
Sowjetische Speziallager in Deutschland

Berlin

15 Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

16 Sowjetisches Speziallager Nr. 3 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

18 Denkort für die Opfer des Speziallagers Nr. 3

19 Gedenktafel an der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS

20 Denkzeichen für die Opfer der Haftstätte Prenzlauer Allee

23 Gedenktafel für Erich Nehlhans

25 Gedenkstein für Paul Schwarz

27 Gedenktafel für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei NKWD

28 Gedenktafel NKWD-Gefängnis

Brandenburg

31 Sowjetisches Speziallager Nr. 7/ Nr. 1“ Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

36 Gräberfeld für die Opfer des „Sowjetischen Speziallagers Nr.7/ Nr.1“ Sachsenhausen

37 Gedenkstätte zur Erinnerung an das sowjetische Speziallager Nr. 7

39 Sowjetischer Speziallager Nr. 1 Gedenkstätte Mühlberg

43 Gedenkstätte zur Erinnerung an das sowjetische Speziallager Nr. 5 Ketschendorf

45 Gedenktafel für die Opfer des Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf

46 Gedenktafel für die Opfer des NKWD

47 Grabanlage und Gedenkstein für die Opfer des Speziallagers Ketschendorf

48 Gedenkstätte Waldfriedhof und Dokumentationsstätte sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945–1947

51 Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

55 Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert

57 Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden

59 Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

60 Gedenkstein für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

61 Gedenkstein für die Opfer stalinistischer Willkür

62 Gedenktafeln für die Opfer stalinistischer Willkür am ehemaligen Gerichtsgefängnis

63 Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

64 Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“

65 Gedenktafel für die Opfer des NKWD

66 Gedenktafel für die Opfer stalinistischer Willkür

67 Gedenktafel für die Opfer stalinistisch-kommunistischer Gewaltherrschaft

68 Gedenktafel für die Opfer des NKWD

69 Gedenkstein für die Opfer des NKWD

70 Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

71 Gedenktafel für die Opfer des Internierungslagers Ketschendorf

Mecklenburg-Vorpommern

75 Sowjetisches Speziallager Nr. 9 Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

79 Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland

82 Gedenkstein für die Opfer des NKWD

83 Gedenktafel für die Opfer der stalinistisch-kommunistischen Diktatur

84 Gedenkstein für die Opfer der Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht

86 Gedenkstein für die Opfer des NKWD–Gefängnisses Nr. 5 Strelitz

88 Gedenktafel für die Opfer von Nationalsozialismus und stalinistischer Gewalt

89 Gedenkstein für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

91 Gedenkstein für die Opfer stalinistischer und kommunistischer Willkür aus Penzlin

Sachsen

95 Sowjetisches Speziallager Nr. 4 Gedenkstätte Bautzen

99 Gräberstätte Karnickelberg

102 Sowjetisches Speziallager Nr. 8 Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

107 Gedenktafel für die Opfer des NKWD

108 Gedenktafel für die Opfer stalinistischer Willkür

109 Gedenktafel für die Opfer der Speziallager in den Vogtlandkreisen

111 Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

112 Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Sachsen-Anhalt

115 Gedenkstätte „Roter Ochse“

118 Gedenktafel für die Opfer des NKWD/MWD

119 Gedenkstele für die Opfer der sowjetischen Besatzung

Thüringen

123 Sowjetisches Speziallager Nr. 2 Gedenkstätte Buchenwald

129 Gedenkstein für die vom NKWD verhafteten und ermordeten Jugendlichen

131 Gedenktafel für 33 Jugendliche

132 Gedenktafel für die Opfer des NKWD und der Staatssicherheit

133 Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus

134 Gedenkstein für die „Greußener Jungs“

136 Gedenkstein zur Erinnerung an sieben Einwohner aus Küllstedt

137 Gedenktafel für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei NKWD

138 Gedenktafel an der ehemaligen NKWD-Zentrale

139 Gedenktafel am ehemaligen NKWD-Gefängnis „Hutschachtel“

141 Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

142 Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

143 Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

144 Gedenkstein für die vom NKWD hingerichteten Jugendlichen

Anhang

147 Auswahlbibliografie

149 Geografisches Register

151 Bildnachweis

Jörg Morré

Sowjetische Speziallager in Deutschland

Am Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Alliierten auf Grundlage der auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 getroffenen Absprachen, Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher in Lagern zu internieren. Auch die Rote Armee richtete auf ihrem Vormarsch entsprechend dem NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 sogenannte Speziallager zur „Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen" ein. Als in diesem Sinne feindliche Personen galten Partisanen, aktive Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisationen, Repräsentanten staatlicher Verwaltungen des Deutschen Reiches und ganz allgemein all jene, die sich ablehnend gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht verhielten. Auf der Grundlage des Befehls wurden auch Soldaten der Wehrmacht, Mitglieder der SA, der SS und des Volkssturms verhaftet, die allerdings nicht dauerhaft in Speziallagern festgehalten, sondern in Kriegsgefangenenlager überstellt wurden. Schließlich waren in den Speziallagern kurzzeitig auch sowjetische Staatsangehörige interniert, die als Angehörige der Wlassow-Armee oder als „Ostarbeiter" das Misstrauen des NKWD geweckt hatten. Sie wurden unter dem Vorwurf des Vaterlandsverrats in die sowjetischen Straflager des GULag deportiert. Zwischen 1945 und 1950 registrierte das NKWD in den Speziallagern 157 837 Häftlinge, davon 122 671 deutsche, 34 706 sowjetische und 460 sonstige Staatsangehörige. Nach neueren Erkenntnissen lag die Gesamtzahl schätzungsweise bei bis zu 176 000 Speziallagerhäftlingen. Die Todesrate war aufgrund der katastrophalen Haftbedingungen sehr hoch: Rund 35 Prozent aller Häftlinge überlebten das Speziallager nicht. Außerdem gab es – laut NKWD – 756 Erschießungen in den Lagern.

Speziallager waren Teil des sowjetischen Lagersystems. Neben den Kriegsgefangenen- und Straflagern in der Sowjetunion bildeten sie in der SBZ die dritte, wenn auch mit Abstand kleinste Säule des „Archipel GULag". Wie alle sowjetischen Lager unterstanden sie dem Volkskommissariat, ab 1946 dem Ministerium für Innere Angelegenheiten (NKWD bzw. MWD). Die konkrete Administration der Lager erfolgte durch die Abteilung Speziallager, die ihren Sitz bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Berlin-Karlshorst hatte.

Die ersten, noch improvisiert angelegten Lager entstanden Ende April/Anfang Mai 1945 im Frontbereich der Roten Armee (Weesow, Ketschendorf, Fünfeichen, Berlin-Hohenschönhausen). In den Nachkriegsmonaten wurden auf dem Gebiet der SBZ insgesamt zehn Speziallager errichtet. Dabei nutzte die Besatzungsmacht von den Nationalsozialisten zurückgelassene Einrichtungen: die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen sowie das Zuchthaus Bautzen, das Lager Jamlitz (ein Außenlager des KZ Sachsenhausen), in Torgau das ehemalige Wehrmachtsgefängnis bzw. eine Wehrmachtskaserne und in Mühlberg das ehemalige Kriegsgefangenenlager Stalag IV B. Die meisten Lager wurden bis zum Sommer 1948 wieder aufgelöst. Nur die Speziallager Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen blieben bis Anfang 1950 bestehen. In

ihnen waren zum Schluss noch etwa 28 000 Menschen inhaftiert. Erst nach der Gründung der DDR wurden die letzten Speziallager geschlossen, aber nur knapp die Hälfte ihrer Gefangenen entlassen. Etwa 14 000 Speziallagerhäftlinge wurden in den Strafvollzug der DDR übernommen.

Das sowjetische Vorgehen in der SBZ unterschied sich deutlich von dem der Westmächte in ihren Besatzungszonen. Begreift man Speziallager als eine Form alliierter Internierungslager für NS- und Kriegsverbrecher, so bleibt zu konstatieren, dass die sowjetische Besatzungsmacht keine präzisen Kriterien zur Entnazifizierung aufstellte, sondern diese aus allgemeinen Sicherheitserwägungen ableitete. In den Speziallagern waren nur in geringerem Maße tatsächlich für das NS-System Verantwortliche inhaftiert. Angehörige von SA und SS, die in den westalliierten Besatzungszonen die Mehrzahl der Internierten ausmachten, wurden vom NKWD in Kriegsgefangenenlager überstellt, so dass in den Speziallagern überwiegend einfache NSDAP-Mitglieder, Mitläufer und Parteifunktionäre der unteren Ebene (Block- und Zellenleiter) bis hin zu vollkommen willkürlich, manchmal aufgrund von Verwechslungen Inhaftierte gefangen waren. Die Einweisung in ein Lager erfolgte ohne richterliche Prüfung aufgrund formaler Kriterien. Diese Möglichkeit war von den Siegermächten als „automatischer Arrest" für NS- und Kriegsverbrecher beschlossen worden. Jedoch waren die entsprechenden Befehle des NKWD so umfassend formuliert, dass sich ein nahezu unendlicher Interpretationsspielraum ergab. Verhaftungen konnten immer mit dem alliierten Willen zur Entnazifizierung begründet werden, sie konnten aber zugleich auch der Absicherung der sowjetischen Besatzungspolitik durch Repression dienen. Sehr rasch dienten Speziallager auch der Inhaftierung politischer Gegner der sowjetischen Besatzungsherrschaft.

Entnazifizierung und sowjetische Sicherheitspolitik wurden von Anfang an miteinander verbunden. Verhaftungen erfolgten durch sogenannte operative Gruppen des NKWD, die gleichzeitig den Geheimdienstapparat der SMAD darstellten. Pro Provinz gab es einen operativen Sektor, dem auf Bezirks- und Kreisebene zahlreiche Operativgruppen unterstellt waren. 1946 existierten in der SBZ ungefähr 170 operative Gruppen des NKWD. Sie bestanden in der Regel aus fünf bis sechs Personen, die mit deutscher Unterstützung Verhaftungen vornahmen. Die Informationen deutscher Gewährsleute kamen nicht selten von kommunistischen Widerstandskämpfern, die nach der Niederlage des Nationalsozialismus ein sozialistisches System in Deutschland errichten und im Sinne einer politischen Säuberung alle „Faschisten" beseitigt sehen wollten. Daneben war Denunziationen jeglicher Art Tür und Tor geöffnet. Bei den Verhören wandten die Operativgruppen systematisch Folter an. Die Vernehmungen konnten sich über Monate hinziehen, ohne dass der Betreffende wusste, was ihm vorgeworfen wurde. Sie fanden in der Regel nachts, d. h. unter Schlafentzug, statt und waren von Drohungen und Schlägen begleitet. Auf diese Weise wurden Selbstbeschuldigungen und Namen weiterer zu verhaftender Personen erpresst. In der Erinnerung der Zeitzeugen hat sich für diese Etappe ihrer Leidensgeschichte der Begriff „GPU-Keller" eingebürgert; GPU war die alte Abkürzung für den sowjetischen Geheimdienst. Einen „GPU-Keller" gab es in jeder Kreisstadt der SBZ.

Die massenhafte Einweisung in Speziallager war bis zum Frühjahr 1946 weitestgehend abgeschlossen. Im Januar 1946 stoppte das NKWD die Internierung untergeordneter NSDAP-Funktionäre wie Block- und Zellenleiter, und die Abteilung Speziallager regte eine Haftprüfung für alle bis dahin ohne richterliches Urteil Internierten an. Sie war sich bewusst, dass in den Lagern in großer Zahl Minderbelastete und auch Unschuldige inhaftiert waren. Aber für Entlassungen fehlten die politischen Entscheidungen. Als sich

die SMAD Ende 1946 unter Berufung auf die Kontrollratsdirektive Nr. 38, die detaillierte Vorgaben zur Aburteilung von NS- und Kriegsverbrechern machte, für eine teilweise Entlassung der Internierten einsetzte, kam stattdessen aus Moskau die Anweisung, aus den Speziallagern Arbeitskräfte für den Einsatz in der Sowjetunion zu rekrutieren. Diese Anordnung lässt eine klare Prioritätensetzung erkennen: Die Ausbeutung von Arbeitskraft stand über rechtlichen Erwägungen. Der Versuch, die Speziallager in der SBZ mit den alliierten Beschlüssen zur Entnazifizierung in Einklang zu bringen, wurde ignoriert. Anfang 1947 wurden rund 5 200 Speziallagerhäftlinge zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion deportiert. Laut Moskauer Anweisung hätten es 27 000 sein sollen, aber das erwies sich als unmöglich, da die meisten Häftlinge durch chronische Unterernährung und epidemische Krankheiten wie Ruhr, Tuberkulose oder Diphtherie geschwächt waren.

Die Haftbedingungen in den Speziallagern waren katastrophal. Alle Lager waren um das Drei- bis Vierfache überbelegt. Die Unterkünfte waren mit Ungeziefer (Flöhe, Wanzen, Läuse) verseucht und wurden im Winter nicht oder nur unzureichend beheizt. An Kleidung besaßen die Häftlinge lediglich das, was sie bei ihrer Verhaftung am Leibe trugen. Hauptnahrungsmittel waren Brot und Wassersuppe. In fast allen Lagern brachen die sanitären Einrichtungen – sofern überhaupt vorhanden – unter der Massenbeanspruchung zusammen und verschlimmerten die ohnehin mangelhafte hygienische Situation. Der Alltag war bestimmt von Monotonie. Es wurde nicht gearbeitet. Es gab keine „Umerziehung", und die Gefangenen durften offiziell nichts besitzen, mit dem sie sich hätten beschäftigen können. Gemäß der Lagerordnung gab es keinerlei Kontakte zu Angehörigen. Anfangs ließen es einzelne Lagerkommandanten dennoch zu, dass Verwandte Lebensmittel, Kleidung und Medikamente am Lagertor abgeben konnten. Spätestens ab dem Frühjahr 1946 war das nicht mehr möglich, da die Lager nun vollkommen von der Außenwelt abgeschirmt wurden. Die meisten Gefangenen galten als spurlos verschwunden. Von Verhaftung, Internierung, Verlegung in andere Lager, Deportation in die Sowjetunion oder Tod erfuhren die Angehörigen von offizieller Seite nie. In der zeitgenössischen Wahrnehmung führte das, insbesondere die hohe Sterberate, zu einer Gleichsetzung der Speziallager mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Jedoch kann der sowjetischen Besatzungsmacht eine der NS-Vernichtungspolitik vergleichbare Intention nicht unterstellt werden. Die miserablen Haftumstände in den Speziallagern waren nicht bewusst herbeigeführt worden, sondern ergaben sich aus dem Zusammenspiel von Mangel, Desorganisation und Gleichgültigkeit dem Schicksal der Gefangenen gegenüber. Nicht zuletzt sorgte die lange verzögerte Entlassung aus den Speziallagern für unnötig viele Opfer.

Eine Überprüfung der in den Jahren 1945/46 vorgenommenen Internierungen erfolgte erst im Frühjahr 1948. Durch den SMAD-Befehl Nr. 201 vom August 1947 wurde die Kontrollratsdirektive Nr. 38 zur Grundlage der Entnazifizierung in der SBZ gemacht, die im März 1948 als abgeschlossen galt. Die in den Speziallagern als „NS-Verbrecher" Inhaftierten fanden in dem Befehl 201 zwar keine Erwähnung, aber das zeitliche Zusammenfallen mit der ebenfalls im März 1948 angeordneten Haftprüfung der Speziallagerhäftlinge lässt einen Zusammenhang vermuten. Ende Juni 1948 beschloss der sowjetische Ministerrat die Entlassung von rund 27 750 Häftlingen, die als kleine Funktionäre der NSDAP und der Hitlerjugend, einfache Mitglieder der SA und der SS, niedere Dienstränge der Polizei, der Gestapo und der Justiz sowie Angehörige des Volkssturms interniert worden waren.

Mit der Entlassungsaktion vom Sommer 1948 hätte das Kapitel der Speziallager abgeschlossen werden können, aber die Lager wurden nicht vollständig aufgelöst. Zum

einen wurde nur ein Teil der Internierten entlassen, zum anderen hatten unterdessen die Speziallager durch die Aufnahme so genannter SMT-Verurteilter eine neue Funktion erhalten. Bereits Ende 1945 waren die operativen Gruppen des NKWD dazu übergegangen, Verhaftete zuerst einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) zu übergeben und danach – nun als Verurteilte – in ein Speziallager einzuweisen. Gleichzeitig bemühte sich die Abteilung Speziallager ab 1946, minderbelastete Internierte zu entlassen und die übrigen durch ein Militärtribunal aburteilen zu lassen. Der damit intendierte Wandel von einem Internierungslager hin zu einem Straflager für SMT-Verurteilte wurde jedoch nie vollzogen. Eine nachträgliche Verurteilung von Internierten fand nur in geringem Maße statt. Dennoch war im Spätsommer 1948 jeder Zweite der in den Speziallagern gefangenen Häftlinge ein Verurteilter.

Die Einweisung SMT-Verurteilter in Speziallager nahm im Laufe des Jahres 1946 stark zu. Dabei wurde insgesamt nur ungefähr ein Viertel aller Urteile mit der Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen begründet und unter teilweiser Berufung auf alliierte Direktiven und Gesetze gefällt. In der überwiegenden Mehrzahl verurteilten die Militärtribunale auf der Grundlage des Artikels 58 des russischen Strafgesetzbuches, der ganz allgemein staatsfeindliche („konterrevolutionäre") Tätigkeit unter Strafe stellte. Ungefähr der Hälfte aller verurteilten Speziallagerhäftlinge wurde „antisowjetische Agitation" oder „Spionage" vorgeworfen. Daneben wurden massenweise Urteile wegen „illegalen Waffenbesitzes" oder der „Zugehörigkeit zum Werwolf" gesprochen (knapp ein Fünftel); Delikte, die ebenfalls nach dem sowjetischen Politstrafrecht abgeurteilt wurden. Die Verfahren entsprachen in keinerlei Hinsicht rechtsstaatlichen Ansprüchen. Angeklagt wurde in der Regel allein auf der Grundlage von meist unter Zwang und Folter erpressten Geständnissen. Häufig wurden die Anklagepunkte von den operativen Gruppen des NKWD konstruiert und von den SMT in Schnellverfahren in ein Urteil verwandelt. Die verhängten Strafen bewegten sich fast ausschließlich zwischen zehn und fünfundzwanzig Jahren Haft. Verallgemeinernd kann man sagen, dass die Speziallager mit der Aufnahme von SMT-Verurteilten zunehmend zur Inhaftierung von Personen dienten, die im Sinne der sowjetischen Machtsicherung als „gefährlich" galten.

Die nach der Entlassungsaktion vom Sommer 1948 verbliebenen drei Speziallager Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen sollten im August dem GULag unterstellt werden. Formal wären sie damit vollständig in das System der sowjetischen Straflager integriert worden, was ihrer tatsächlichen Funktion als Haftstätte für politische Gefangene entsprochen hätte. Aber die GULag-Verwaltung verhinderte eine Übernahme, weil die Arbeitskraft der Speziallagerhäftlinge keinen vokswirtschaftlichen Nutzen versprach. Die Lager in der SBZ blieben damit ein Sonderfall, für den in Moskau erst im Zusammenhang mit der Gründung der DDR Interesse aufgebracht wurde. Im September 1949 bat die SED-Führung Stalin darum, als deutliches Zeichen für das Ende der Besatzungszeit die Speziallager in Deutschland aufzulösen. Damit war jedoch nicht die generelle Freilassung der Häftlinge gemeint. Entlassen werden sollten – so beschloss es das sowjetische Politbüro – nur Personen, „die wegen geringfügiger Verbrechen inhaftiert sind und für die demokratische Ordnung in Deutschland gegenwärtig keine Gefahr darstellen". Damit galten alle Speziallagerhäftlinge, Internierte wie SMT-Verurteilte, gleichermaßen als potentielle Regimegegner. Die endgültige Schließung der Lager bedeutete daher nur für knapp die Hälfte der Gefangenen die Freiheit. Rund 10 500 SMT-Verurteilte wurden unmittelbar ohne weitere Haftprüfung in den Strafvollzug der DDR überführt, mit der alleinigen Begründung, sie würden die staatliche Ordnung der DDR ablehnen. Für 3 450 Internierte, die bis dahin ohne Gerichtsurteil in den Speziallagern festgehalten wurden, inszenierte die SED nach sowjetischen Vorgaben eine nachträgliche Verurteilung. Diese sogenannten „Waldheimer Prozesse" gelten als der Beginn der politischen Justiz in der DDR.

Die Speziallager Sachsenhausen und Buchenwald wurden im Februar 1950 geschlossen. Knapp zehn Jahre später baute die DDR sie zu nationalen Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus um. In Bautzen übernahm die Deutsche Volkspolizei das Gefängnis zusammen mit ca. 5 900 SMT-Verurteilten. Ihr Aufstand im März 1950 wurde vor allem durch die „Briefe aus Bautzen", die als Appelle in den Westen geschmuggelt wurden, zum Symbol andauernden Unrechts. Erst nach Stalins Tod im März 1953 und dem beginnenden Zerfall des sowjetischen GULag-Systems wurden die ehemaligen Speziallagerhäftlinge in mehreren Amnestiewellen entlassen. Mit den letzten Begnadigungen im Sommer 1956 ging die Ära der Speziallager schließlich zu Ende. Dessen ungeachtet blieben etwas mehr als 200 SMT-Verurteilte bis Ende der fünfziger Jahre und darüber hinaus in Gefängnissen der DDR.

Nach dem Zusammenbruch der DDR, der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion begann die Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in den 1990er Jahren mit der Aufhebung eines Großteils der von sowjetischen Militärtribunalen gesprochenen Urteile. Denjenigen, die als nicht-verurteilte Internierte in den Speziallagern inhaftiert waren, blieb diese juristische Rehabilitierung versagt. Aber Gedenkstätten und Opferverbände, die an fast allen Orten ehemaliger Speziallager entstanden sind, erinnern bis heute an das Unrecht stalinistischer Verfolgung.

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Berlin

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

Charlottenburg-Wilmersdorf. Der erste Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus in Deutschland wurde am 4. November 1951 in West-Berlin enthüllt.

Errichtet wurde der Stein auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinimsu (VOS e. V), die am 9. Februar 1950 in West-Berlin von ehemaligen Gefangenen des Sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 gegründet worden war. Die VOS e. V. setzte sich für die Freilassung der in den Lagern und Gefängnissen der sowjetischen Besatzungsmacht inhaftierten Menschen ein.

Inschrift:
Den Opfern / des / Stalinismus

Standort: Berlin/Charlottenburg-Wilmersdorf, Steinplatz/Hardenbergstraße

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus am Steinplatz

Sowjetisches Speziallager Nr. 3 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Lichtenberg. Auf dem Gelände im Nordosten Berlins befand sich ursprünglich eine Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Der 1939 errichtete Backsteinbau wurde im Mai 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und zu einem Lager umfunktioniert, dem Speziallager Nr. 3. Von hier aus wurden Gefangene in Gewaltmärschen oder auf Lastwagen in andere sowjetische Lager in Ostdeutschland transportiert, beispielsweise in das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen. Die Lebensbedingungen im Lager waren katastrophal. Viele der Inhaftierten erkrankten und starben. Offiziellen Angaben zufolge kamen zwischen Juli 1945 und Oktober 1946 insgesamt 886 Menschen ums Leben, Schätzungen gehen von über 1.000 Toten aus. Die meisten Häftlinge waren aufgrund des sowjetischen Befehls 00315 vom 18. April 1945 „zur Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee“ eingewiesen worden. Im November 1946 wurde das Speziallager aufgelöst. Das Gebäude wurde zum zentralen Untersuchungsgefängnis in der SBZ. Dazu mussten Häftlinge im Keller der ehemaligen Großküche einen Trakt mit fensterlosen, bunkerartigen Zellen errichten – das sogenannte „U-Boot“. Die feuchtkalten Kammern waren lediglich mit einer Holzpritsche und einem Kübel für die Notdurft ausgestattet, Tag und Nacht brannte Licht. Die Verhöre waren oft von körperlicher Gewalt begleitet. Ehemalige Häftlinge berichteten später, wie sie durch Foltermethoden wie Schlafentzug, stundenlanges Stehen oder Aufenthalt in Wasserzellen zu Geständnissen gezwungen wurden.

Gedenktafel am Eingang zur Gedenkstätte

1951 übernahm das MfS das Gefängnis und nutzte es von nun an als seine zentrale Untersuchungshaftanstalt. Im Zuge der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 wurden alle politischen Gefangenen freigelassen. Vorübergehend wurde das Gefängnis dem DDR-Innenministerium unterstellt. Am 3. Oktober 1990 wurde es geschlossen.

Neben einem Findling mit Gedenkplatte erinnern auch unzählige Natursteine an die Opfer des Spezialagers Nr. 3

Im Oktober 1991 empfahl der Berliner Senat die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem früheren Gefängnisgelände. 1992 stimmte das Abgeordnetenhaus dem zu. Die Haftanstalt wurde im selben Jahr unter Denkmalschutz gestellt und 1994 für Besucher geöffnet. Die Gedenkstätte bietet entgeltpflichtige Führungen durch die Haftanstalt an, die teilweise von ehemaligen Häftlingen durchgeführt werden. Die Dauerausstellung trägt den Titel „Gefangen in Hohenschönhausen: Zeugnisse politischer Verfolgung 1945-1989“. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Opfer während ihrer Haft. Ein zweiter Ausstellungsbereich informiert über die Arbeits- und Lebenswelt der Gefängnisbediensteten. Im Innenhof der Gedenkstätte befindet sich ein Gedenkstein mit der **Inschrift:**
Den Opfern / Kommunistischer / Gewaltherrschaft / 1945-1989

Am Eingang zur Gedenkstätte hängt eine weitere Gedenktafel. Sie trägt die folgende **Inschrift:**
Auf diesem Gelände befand sich von 1950 bis 1990 die / Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen / des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR / hervorgegangen aus einem Speziallager (1945 bis 1946) / und der Zentralen Untersuchungshaftanstalt (bis 1950) / der Sowjetischen Besatzungsmacht. / Als Ort des Leidens und Sterbens verfolgter Menschen ist die / Gedenkstätte Hohenschönhausen / ein Zeugnis und Mahnmal gegen politische Unterdrückung

Standort: Berlin/ Lichtenberg, Genslerstraße 66
Internet: www.stiftung-hsh.de

Denkort für die Opfer des Speziallagers Nr. 3

Lichtenberg. Auf dem Friedhof in der Gärtnerstraße haben 259 Gefangene aus dem ehemaligen sowjetischen Speziallager Nr. 3 ihre letzte Ruhe gefunden. Wie viele andere Häftlinge des Lagers, die in den Jahren 1945/46 durch Hunger, Kälte, Krankheit sowie physischen und psychischen Terror ums Leben kamen, waren sie zunächst auf dem umliegenden Brachland verscharrt worden. Durch gezielte Grabungen, die der Berliner Senat aufgrund des Bundesgräbergesetzes unternehmen ließ, fand man in den Jahren 1995 bis 1999 ihre Gebeine. Am 24. Oktober 1995 wurden die sterblichen Überreste von 127 namenlosen Häftlingen bestattet, 1999 die Gebeine von weiteren 132 Menschen.

Bei dem am 24. Oktober 1998 eingeweihten Mahnmal handelt es sich um ein Feld von Natursteinen auf einer Rasenfläche, einem Findling mit einer Gedenkplatte und aus einem Labyrinth von Eichenbohlen am Eingang. Im Sinne eines offenen Denkmals kann jeder Besucher Steine niederlegen oder die vorhandenen Steine versetzen. Die Gestaltung des Ortes ist damit nie abgeschlossen. Im Jahr 1999 erklärten sich Schüler eines sonderpädagogischen Förderzentrums bereit, den Gedenkort regelmäßig zu pflegen.
Die Gedenkplatte auf dem Findling trägt die Worte:
Den Toten / des Speziallagers Nr. 3 / des sowjetischen Geheimdienstes / NKWD / Berlin-Hohenschönhausen 1945-46 / 24.10.1995“.
Die Inschrift einer weiteren Gedenktafel lautet: „Denkort / Hohenschönhausen / Unweit dieses Ortes / an der Genslerstraße 66 / befand sich von Mai 1945 bis Oktober 1946 / das sowjetische Speziallager Nr. 3 / des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD). / In dieser Zeit waren dort etwa 20 000 Menschen inhaftiert. / Bislang ist nicht bekannt, wie viele von ihnen / an den Folgen der Haftbedingungen, an Krankheit und Hunger starben. / Ihre Zahl wird auf mindestens eintausend bis mehrere Tausend geschätzt. / Die Toten wurden damals in unmittelbarer Nähe des Lagers / an unbezeichneten Stellen vergraben. / Die bei den ersten Suchgrabungen / aufgefundenen Reste der Gebeine von 127 Toten / wurden am 24. Oktober 1995 auf diesem Friedhof bestattet. / Berlin, im Oktober 1998

Standort: Berlin/ Lichtenberg-Hohenschönhausen, Gärtnerstraße 7

Gedenktafel an der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS

Lichtenberg. Das Anfang des 20. Jahrhunderts errichtete Gerichtsgefängnis an der Magdalenenstraße diente der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zwischen 1945 und 1953 als Untersuchungsgefängnis und Gerichtsort. Potentielle NS-Verbrecher und als „feindliche Elemente“ verhaftete Personen wurden dort von einem der berüchtigten SMT verurteilt. In den 1950er Jahren wurde der Gebäudekomplex an das MfS übergeben, das dort seine Untersuchungshaftanstalt II einrichtete. Von den Häftlingen wurde das Gefängnis auch „Magdalena“ genannt.

Auf Anregung des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SPD wurden von der Justizverwaltung Berlin an dem Gebäude zwei Gedenktafeln angebracht, die bei seiner Inbetriebnahme als JVA durch den Senator für Justiz sowie Vertreter der Opferverbände HELP e.V., ASTAK e.V., des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SPD und des Bundes der stalinistisch Verfolgten e.V. enthüllt wurden.

Die Inschrift der oberen Tafel lautet:
Zum Gedenken / an die Opfer / kommunistischer Gewaltherrschaft, / die zwischen 1945 und 1989 / in diesem Gefängnis / gelitten haben.“ Die untere Tafel trägt die Inschrift: „Ab 1906 wurde dieses Gebäude als Gefängnis des / Amtsgerichtes Lichtenberg, ab Anfang der zwanziger / Jahre für Frauen und Jugendliche genutzt. Nach dem 2. / Weltkrieg wurde es vom sowjetischen Geheimdienst / übernommen, der hier bis Anfang der fünfziger Jahre / eine Untersuchungshaftanstalt unterhielt und auch / Hinrichtungen durchführen ließ. Bis Anfang 1990 / befand sich hier eine Untersuchungshaftanstalt des / Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) der DDR, die im / Februar 1990 dem Ministerium des Innern der DDR / unterstellt und nach der Herstellung der deutschen / Einheit im Oktober 1990 geschlossen wurde. Seit 1998 / wird dieses Gebäude als Justizvollzugsanstalt genutzt

Standort: Berlin/ Lichtenberg-Hohenschönhausen, Alfredstraße 11

Denkzeichen für die Opfer der Haftstätte Prenzlauer Allee

Pankow. Im Mai 1945 wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht im Keller des früheren Gesundheitsamtes Prenzlauer Berg („Haus 3“) eine Untersuchungshaftanstalt eingerichtet. Dieses „Innere Gefängnis“ der Operativgruppe Nr. 4 der sowjetischen Geheimpolizei NKWD war damit Teil der in diesem und in anderen Gebäuden auf dem Gelände untergebrachten Kommandantur Prenzlauer Berg. In Berlin waren mehrere solcher Operativgruppen tätig, die ordnungspolizeiliche Aufgaben erfüllten und nach Anhängern des NS-Regimes suchten. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Suche nach vermeintlichen Mitgliedern der Untergrundorganisation „Werwolf“.

Wie viele Menschen im „Haus 3“ inhaftiert waren, ist bis heute nicht bekannt. Nach Aussagen von Zeitzeugen wurden im Gefängnis vor allem Jugendliche verhört und gefangen gehalten, denen der NKWD die Mitgliedschaft in der „Werwolf“-Organisation oder „feindliches Verhalten“ gegenüber der Besatzungsmacht vorwarf. Die Inhaftierten waren nicht durchweg ehemalige Nationalsozialisten, sondern häufig auch Menschen, die Gegner der sowjetischen Besatzungspolitik oder willkürlich festgenommen worden waren. Auch der erste Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg, Erich Nehlhans, gehörte zu den Häftlingen. Er wurde wegen angeblicher „antisowjetischer Tätigkeit“ zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Mit 40 Zellen war der Keller im „Haus 3“ einer der größten von 60 solcher Haft- und Untersuchungsorte des NKWD in ganz Berlin. Für die Gefängnisse des NKWD galt die Anordnung, dass die Untersuchungshäftlinge zu isolieren seien. Dazu gehörte auch das Verbot, Briefe zu erhalten oder zu schicken sowie Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen.

Die Haftbedingungen im „Haus 3“ waren katastrophal: Hunger, Durst und körperliche Misshandlungen waren an der Tagesordnung. Viele der Inhaftierten wurden nach einiger Zeit in andere Gefängnisse und Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht verlegt. 1950 übernahm das MfS das Gebäude und nutzte es weiter als Verhör- und Haftstätte. Mit Einzug der Berliner Bezirksverwaltung des MfS wurde das Gefängnis Mitte der 1950er Jahre aufgelöst und der Gebäudekomplex umgebaut.

»
Denkzeichen an der Haftstätte

Im Herbst 1998 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg die Erforschung der Geschichte der ehemaligen Haftstätte. Im Frühjahr 2001 wandte sich – angestoßen durch einen Zeitzeugenbericht – ein Initiativkreis mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit, ein Gedenkzeichen für die Opfer des NKWD und der Staatssicherheit zu errichten. Im März 2003 wurde eine provisorische Tafel angebracht, die über das Projekt und die Geschichte des Ortes informiert.

Im September 2004 wurde ein Kunstwettbewerb ausgelobt, den Karla Sachse gewann. Ihr Werk „fragen!“ besteht aus einem über den Kellerluken befindlichen und um das Haus führenden 320 Meter langen Band aus Acrylglas, auf dem in weißer Farbe 61 Fragen eingraviert sind. Auf die teils provozierenden und zum Nachdenken anregenden Fragen („was fühlte der kahl geschorene Kopf?“ – „was wussten sie?“ – „wer schloss die eiserne Tür?“) kam Sachse beim Lesen von Verhörprotokollen. Am 22. Oktober 2005 wurde das Kunstwerk eingeweiht. Auf zwei Informationstafeln wird mit Fotos und Texten an die Geschichte des „Hauses 3“ erinnert.

Standort: Berlin/ Pankow, Fröbelstraße 17

»
Ein 320 Meter langes Band mit Fragen der Künstlerin Karla Sachse erinnert an den früheren NKWD-Haftort

Gedenktafel für Erich Nehlhans

Pankow. Der Berliner Erich Nehlhans (1899–1950) überlebte als Jude den Holocaust und wurde nach Kriegsende Mitbegründer der Jüdischen Gemeinde in Berlin und deren erster Vorsitzender. Der aus einer streng religiösen Familie stammende Kaufmann hatte im Zweiten Weltkrieg auch dank der Hilfe nichtjüdischer Berliner in der Illegalität überlebt, während seine Frau nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde. In seiner neuen Funktion erreichte er im sowjetischen Sektor Berlins u. a. die Wiedereröffnung der unzerstört gebliebenen Synagoge in der Rykestraße im Stadtteil Prenzlauer Berg und des Jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee.

Ernsthafte Schwierigkeiten erwuchsen ihm aus seinem Engagement für die Auswanderung jüdischer Überlebender nach Palästina und in die USA. Er kümmerte sich um „displaced persons“, Überlebende aus Konzentrationslagern, die im zerrissenen Europa nach dem Potsdamer Abkommen keine Heimat mehr hatten. Innerhalb der Gemeinde vertrat Nehlhans die damals vorherrschende Auffassung, dass jüdisches Leben in Deutschland nach der Shoah nicht mehr möglich sei. Er war Berliner Vorsitzender der religiös-zionistischen Vereinigung Misrachi, die sich für die Übersiedlung nach Palästina und den Aufbau eines jüdischen Staates einsetzte. In dem für Übersiedlungsangelegenheiten genutzten Büro im britischen Sektor Berlins soll Nehlhans auch jüdischen Deserteuren aus der Roten Armee mit Zivilkleidung und Papieren geholfen haben, ein neues Leben zu beginnen.

An seinem ehemaligen Wohnhaus in der Prenzlauer Allee erinnert eine Gedenktafel an das bewegte Leben Erich Nehlhans

Seine Verhaftung durch die sowjetische Geheimdpolizei NKWD erfolgte am 7. März 1948. Erich Nehlhans wurde zunächst ins Kellergefängnis in der Prenzlauer Allee gebracht. Im August verurteilte ihn ein SMT zu 25 Jahren Arbeitslager. Vorgeworfen wurden ihm „antisowjetische Agitation“ und Unterstützung der Desertion von sowjetischen Soldaten jüdischen Glaubens. Ein weiterer Anklagepunkt war die Beihilfe zur illegalen Verschickung jüdischer Bürger aus Polen und der Tschechoslowakei über amerikanische Lager in Berlin nach Palästina und Amerika. Nach der Urteilsverkündung wurde Nehlhans in das sowjetische Speziallager Sachsenhausen gebracht, bevor man ihn zwei Monate später nach Brest-Litowsk transportierte. Er verstarb in sowjetischer Haft am 15. Februar 1950. Das Urteil von 1948 hob ein russisches Militärgericht 1997 auf Antrag seiner Angehörigen auf und rehabilitierte Erich Nehlhans ohne Einschränkungen.

Am ehemaligen Wohnhaus von Erich Nehlhans in der Prenzlauer Allee 35 wurde am 1. März 2001 nach einem Beschluss des Bezirksamtes Pankow ein „Denkzeichen im öffentlichen Raum“ für den ersten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nach Ende des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. An der feierlichen Einweihung nahmen der Bezirksbürgermeister von Pankow, Alex Lubawinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Andreas Nachama, und Dr. Werner Rosenthal, ein Großneffe von Erich Nehlhans, teil. Seit dem Jahr 2001 trägt zu Ehren Erich Nehlhans’ auch eine Straße in Pankow seinen Namen. Im März 2003 wurde die Gedenktafel gestohlen. Im Juli 2004 wurde eine neue, inhaltlich nach neuen Forschungsergebnissen aktualisierte Erinnerungstafel angebracht.

Ihre **Inschrift** lautet:

In diesem Hause / wohnte bis zu seiner Verhaftung im März 1948 / Erich Nehlhans / geboren in Berlin am 12.2.1899 / gestorben am 15.2.1950 / Erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin / nach dem Ende des Hitlerregimes. / Er überlebte untergetaucht in Berlin / die antisemitische Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. / In der Nachkriegszeit war er in Berlin / maßgeblich am Wiederaufbau jüdischen Lebens beteiligt / und verhalf zahlreichen Überlebenden der Vernichtungslager / und jüdischen Angehörigen der Roten Armee / zu einem Neubeginn in Palästina und den USA. / Am 4. August 1948 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärgericht / dafür zu 25 Jahren Arbeitslager. / Er verstarb in der Haft in der Sowjetunion. / Am 24. September 1997 hob ein russisches Militärgericht / nach langjährigen Bemühungen der Angehörigen / das Urteil gegen Erich Nehlhans auf und rehabilitierte ihn vollständig.

Standort: Berlin/Pankow, Prenzlauer Allee 35

Gedenkstein für Paul Schwarz

Steglitz-Zehlendorf. Der Berliner Ingenieur und langjährige Steglitzer Bezirksverordnete Paul Schwarz (1877–1951), im Mai 1945 von der SMAD als Bürgermeister von Steglitz eingesetzt, wurde am 30. Juni 1945 von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verschleppt. Schwarz gehörte in der Weimarer Republik der Deutschen Volkspartei an und galt, da er während der NS-Diktatur weder der NSDAP noch einer ihrer Unterorganisationen beigetreten war, zunächst als politisch unbedenklich.

Als offizielles Verhaftungsdatum gilt der 23. Juli 1945. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Schwarz, bevor er in das sowjetische Speziallager Nr. 3 in Berlin-Lichtenberg und anschließend nach Sachsenhausen gebracht wurde, in einem der NKWD-Untersuchungsgefängnisse (im Volksmund „GPU-Keller“) festgehalten und verhört wurde. Bei der Auflösung des Speziallagers Sachsenhausen im März 1950 gehörte er zu jenen Gefangenen, die zur Aburteilung und weiteren Strafverbüßung an die DDR-Justiz übergeben wurden.

Schwarz kam ins Zuchthaus Waldheim, wo er im Rahmen der „Waldheimer Prozesse“ am 20. Mai 1950 auf Grundlage des Befehls Nr. 201 der SMAD zu acht Jahren Haft verurteilt und als Verbrecher eingestuft wurde. Man warf ihm vor, als Bürgermeister von Berlin-Steglitz Befehle der Besatzungsmacht missachtet und durch „Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet“ zu haben. Wie bei allen anderen Verfahren im Rahmen der „Waldheimer Prozesse“ war auch bei der Verhandlung gegen Paul Schwarz kein Verteidiger zugelassen. Sein Antrag auf Revision des Urteils wurde am 20. Juni 1950 abgewiesen. In der Begründung des Oberlandesgerichts Dresden hieß es, dass die Zulassung eines Verteidigers im Ermessen des Gerichtes stünde und somit kein Grund für die Anfechtung des Urteils gegeben sei. Paul Schwarz starb am 4. Oktober 1951 im Zuchthaus Waldheim.

In der Nähe des Bäkeparks an der Uferpromenade des Teltowkanals, die seit dem 20. Februar 1952 Paul-Schwarz-Promenade heißt, erinnert in Höhe des Bäketeichs ein Gedenkstein an Paul Schwarz. Seine **Inschrift** lautet:
Paul Schwarz / †1951 / zum Gedächtnis / Ein / Leben / für die / Freiheit.

Paul Schwarz wurde am 20. Februar 1952 ebenfalls vom Berliner Senat und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, im Rahmen einer Gedenkfeier im Rathaus Steglitz geehrt.

Standort: Berlin/Steglitz-Zehlendorf, Teltowkanal, Uferpromenade am Bäketeich

» *Ein Gedenkstein in Steglitz erinnert an den Ingenieur und Kommunalpolitiker Paul Schwarz*

Gedenktafel für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei NKWD

Gedenktafel für die Opfer des NKWD-Gefängnisses an der Seelenbinderstraße

Treptow-Köpenick. In den Jahren 1930/31 wurde in der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße und heutigen Seelenbinderstraße 99 im Ortsteil Köpenick ein Gebäude für eine Polizeischule und ein Polizeirevier gebaut.

Dort richtete nach dem Zweiten Weltkrieg die sowjetische Geheimpolizei NKWD einen Stützpunkt ein. Dessen Keller und Garage dienten von 1945 bis 1947 als Sammelgefängnis für Personen, die als potentielle NS-Verbrecher oder „feindliche Elemente“ von den Besatzungsorganen festgenommen und ohne Rechtsbeistand zu Lagerhaftstrafen verurteilt wurden. Von der Seelenbinderstraße aus wurden die Inhaftierten weiter in die sowjetischen Speziallager transportiert. 1947 zog die Verwaltungsschule der Stadt Berlin in die ehemalige Polizeioffiziersschule ein. Das Polizeirevier blieb erhalten. Nach Gründung der DDR bezog die Kasernierte Volkspolizei das Objekt. Ab 1972 nutzte das DDR-Verteidigungsministerium das Gebäude, bis es mit der Vereinigung Deutschlands an die Bundeswehr übergeben wurde. Seit 1991 hat dort das Finanzamt Treptow-Köpenick seinen Sitz.

Am 13. Dezember 2000 wurde an dem Gebäude im Beisein von Vertretern des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung Köpenick sowie Mitgliedern des BSV und mehreren Zeitzeugen eine Gedenktafel enthüllt.

Ihr **Text** lautet:

In diesem Haus, einer ehemaligen Polizeikaserne, / befand sich von 1945 bis 1947 ein Stützpunkt / des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. / Nach Kriegsende wurden im Keller / dieses Gebäudes zahlreiche / Bürgerinnen und Bürger interniert / und von hier in Straflager deportiert, / wo viele von ihnen umgekommen sind.

Standort: Berlin/ Treptow-Köpenick, Seelenbinderstraße 99

»

Gedenktafel für die Opfer des NKWD-Gefängnisses an der Haselwerder Straße

Gedenktafel NKWD-Gefängnis

Treptow. Die 1890 errichtete „Villa Offensiv“ war eines von 20 bislang bekannten NKWD-Gefängnissen im Berliner Stadtbezirk Treptow-Köpenick. Ab Juli 1945 hielt die sowjetische Geheimpolizei hier Menschen fest und verhörte diese Tag und Nacht.

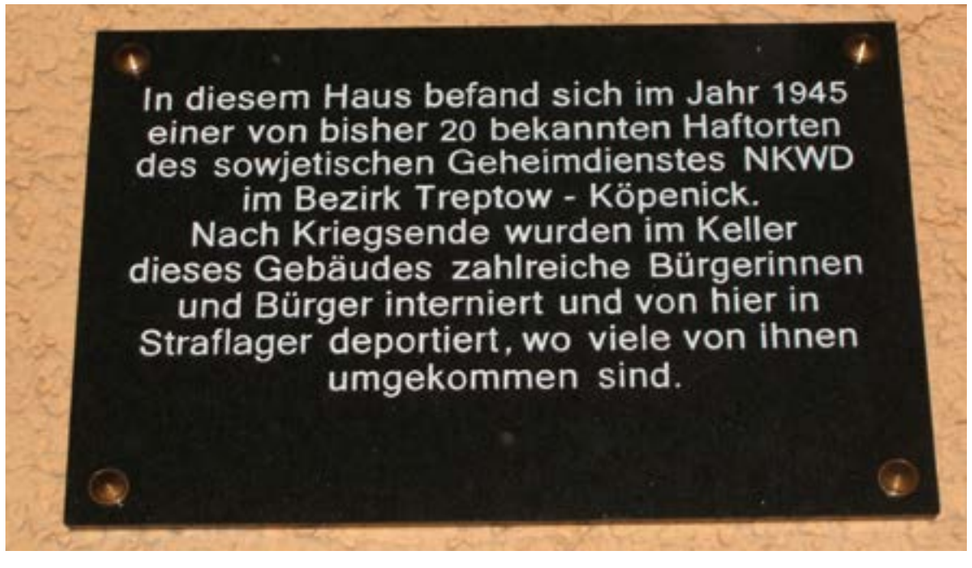
Später befand sich in diesem Haus eine Dienststelle des MfS.

Im Jahr 2006 engagierte sich die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick für die Markierung des früheren Haftortes. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Oliver Igel reichte gemeinsam mit Bernd Nock im Dezember 2006 einen Antrag zur Anbringung der Gedenktafel ein. In dem Antrag wiesen sie darauf hin, dass gerade diese Haftorte meist nur am Rande erwähnt und oftmals auch weitestgehend unbekannt sind. Die BVV stimmte dem Antrag einstimmig zu. Am 9. November 2007 wurde links vom Eingang der „Villa Offensiv” feierlich eine schwarze Granittafel mit weiß ausgelegter Schrift eingeweiht.

Ihre **Inschrift** lautet:

In diesem Haus befand sich im Jahr 1945 / einer von bisher 20 bekannten Haftorten / des sowjetischen Geheimdienstes NKWD / im Bezirk Treptow - Köpenick. / Nach Kriegsende wurden im Keller / dieses Gebäudes zahlreiche Bürgerinnen / und Bürger inhaftiert und von hier in / Straflager deportiert, wo viele von ihnen / umgekommen sind.

Standort: Berlin/ Treptow-Köpenick, Haselwerder Straße 40



Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Brandenburg

„Sowjetisches Speziallager Nr. 7/ Nr.1“ - Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Oranienburg/ Sachsenhausen. Nur wenige Kilometer nördlich von Berlin befindet sich der weitläufige Komplex der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen. Von 1936 bis 1945 als Konzentrationslager genutzt, unterhielt die sowjetische Geheimpolizei NKWD dort von 1945 bis 1950 das größte der insgesamt zehn Speziallager in der SBZ. 1961 eröffnete an diesem Ort die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, in der zu DDR-Zeiten ausschließlich das NS-Konzentrationslager erwähnt wurde. Nach 1990 wurden bis dahin verschwiegene Lagerkapitel sowie tabuisierte Opfergruppen in die Darstellung einbezogen. Seit 1993 gehört die Gedenkstätte zur Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und wurde umfassend umgestaltet.

Heute ist sie ein Ort der Erinnerung an das NS-Konzentrationslager Sachsenhausen und an das sowjetische Speziallager. Im Rahmen eines dezentralen Museumskonzepts wird die Geschichte von Sachsenhausen mit seinen verschiedenen Phasen dargestellt und dokumentiert. Ein 2004 eröffnetes Besucherzentrum im Eingangsbereich führt in die komplexe Geschichte des Ortes ein.

Im unmittelbaren Umfeld der Gedenkstätte befinden sich drei als Friedhöfe gestaltete Massengräber des sowjetischen Speziallagers, in denen 12 000 Tote anonym verscharrt wurden. Seit Herbst 2006 ist der Gedenkstätte die Internationale Jugendbegegnungsstätte – Jugendherberge „Haus Szczypiorski“ angegliedert, die sich in der ehemaligen Dienstvilla des „Inspekteurs der Konzentrationslager“ befindet.

Das KZ Sachsenhausen wurde im Sommer 1936 von Häftlingen aus den Emslandlagern errichtet. Es war die erste Neugründung eines Konzentrationslagers nach der Ernennung des Reichsführers SS Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei im Jahr 1936. Als Modell- und Schulungslager der SS und KZ in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt nahm Sachsenhausen eine Sonderstellung im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager ein: 1938 wurde die Verwaltungszentrale für alle Konzentrationslager im deutschen Machtbereich von Berlin nach Oranienburg verlegt.

Zu dem fast 400 Hektar umfassenden KZ-Komplex in Oranienburg gehörten ausgedehnte Wohnsiedlungen für die höheren SS-Dienstgrade und ihre Familien, außerdem das ab 1938 an der Lehnitzschleuse errichtete Außenlager „Klinkerwerk“ sowie umfangreiche logistische und militärische Funktionsbereiche der SS.

Zwischen 1936 und 1945 hielten die Nationalsozialisten im KZ Sachsenhausen mehr als 200 000 Menschen aus etwa 40 Nationen gefangen. Zunächst inhaftierte die SS dort politische Gegner des NS-Regimes: Kommunisten, Sozialdemokraten, liberale und konservative Politiker, dann zunehmend auch sozial und „rassisch“ Verfolgte, wie Juden, Christen, Zeugen Jehovas, Sinti und Roma sowie Homosexuelle. Im Zuge der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ des Reichskriminalpolizeiamts lieferte die SS im März und Juni 1938 über 6 000 als „asozial“ eingestufte Menschen in das Lager ein. Nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurden mehr als 6 000 Juden aus Berlin und anderen Teilen des Deutschen Reiches nach Sachsenhausen deportiert.

Seit Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 kamen zunehmend Häftlinge aus den von Deutschland besetzten Ländern Europas nach Sachsenhausen. Aufgrund der ständig wachsenden Zahl der Insassen verschlechterten sich die Haftbedingungen rapide. Tausende Menschen starben an Unterernährung, Krankheit, Erschöpfung und Misshandlungen oder wurden von der SS im Rahmen spezieller „Aktionen“ ermordet. Im Spätsommer und Herbst 1941 wurden innerhalb weniger Wochen mehr als 10 000 sowjetische Kriegsgefangene in einer eigens dafür errichteten Genickschussanlage von der SS umgebracht.

Eingang zur Gedenkstätte und zum Museum Sachsenhausen

Weitere 3 000 starben auf dem Transport oder kurz nach der Ankunft im Lager. Nachdem bereits 1940 ein Krematorium mit einem Verbrennungsofen in Betrieb genommen worden war, errichtete die SS 1942 im Industriehof ein neues Gebäude, das neben vier Verbrennungsöfen eine weitere Genickschussanlage und (ab 1943) eine Gaskammer enthielt.

Der „Vernichtung durch Arbeit“ fielen unzählige Häftlinge zum Opfer. Die Gefangenen mussten in SS-eigenen Betrieben und in rund 100 KZ-Außenlagern für die SS oder die Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisten. Kurz vor Kriegsende wurde das Lager evakuiert, wobei die SS etwa 3 000 nicht „marschfähige“ Häftlinge zurückließ. Diese wurden am 22./23.April 1945 durch sowjetische und polnische Einheiten befreit. Mehr als 35 000 Häftlinge hatten zwei Tage zuvor die Baracken verlassen müssen. Sie wurden auf ihrem „Todesmarsch“ Richtung Schwerin von Einheiten amerikanischer und sowjetischer Truppen befreit. Viele Häftlinge überlebten den Marsch nicht.

Ab August 1945 wurde das ehemalige KZ als „Speziallager Nr. 7“ von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD genutzt. Der erste Transport mit 150 Häftlingen des sogenannten Vorkommandos traf am 10. August in Sachsenhausen ein, um das Barackenlager für die Aufnahme weiterer Häftlinge vorzubereiten, insbesondere, um die Schäden an den Sicherungsanlagen zu beheben. Am Morgen des 16. August wurden im 40 Kilometer entfernten Weesow 5 000 Häftlinge in Marsch gesetzt. Sie kamen am Abend in Sachsenhausen an und wurden im Barackendreieck, in der sogenannten Zone I, untergebracht. Bis zum Ende des Jahres 1945 waren in Sachsenhausen über 11 000 Personen inhaftiert.

Insgesamt wurden rund 30 000 Menschen aufgrund des Befehls Nr. 00315 als sogenannte Internierte nach Sachsenhausen gebracht. Diese Häftlinge waren nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens präventiv verhaftet worden und blieben über Jahre ohne formelles Gerichtsurteil unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. Unter ihnen befanden sich vor allem untere und mittlere NSDAP-Funktionäre wie Block- und Zellenleiter. Auf den Einlieferungslisten sind auch Angehörige von SS, Gestapo oder KZ-Wachmannschaften, Mitarbeiter von NS-Ministerien und Behörden sowie Jugendliche, einfache Mitglieder von NS-Jugendorganisationen, politische Gegner und willkürlich Verhaftete verzeichnet.

Anfang des Jahres 1946 kam eine neue Häftlingsgruppe ins Lager. Sie wurde in der Zone II, einem gesonderten Lagerbereich, getrennt von den Internierten untergebracht. Es handelte sich dabei um 6 000 ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht, die aus westalliierter Kriegsgefangenschaft entlassen, von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD beim Betreten der SBZ erneut inhaftiert und über Sachsenhausen schließlich in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert wurden.

Am 16. und 17. September 1946 überstellte das NKWD die ersten Häftlinge, die durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) verurteilt worden waren, ins Speziallager Sachsenhausen. Sie kamen aus den mecklenburgischen Gefängnissen Alt-Strelitz und Güstrow. Insgesamt waren über 16 500 SMT-Verurteilte in Sachsenhausen inhaftiert. Die Mehrheit der Urteile basierte auf dem berüchtigten Paragrafen 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik aus dem Jahr 1927. Das Spektrum der in den sowjetischen Akten zu findenden Haftgründe ist breit: Spionage, Waffenbesitz, antisowjetische Propaganda, Werwolf-Tätigkeit, illegale Gruppenbildung, NS-Verbrechen, Diebstahl, Wirtschaftsvergehen, Verkehrsunfälle mit Sach- und Personenschäden, Mitwisserschaft und vieles mehr. Was sich jeweils konkret hinter solchen Vorwürfen verbarg, bleibt oft im Dunklen, jedoch kann in vielen Fällen von Willkür

Blick auf das Gelände des ehemaligen Speziallagers

und unter Folter erpressten Geständnissen ausgegangen werden. Die Mehrheit der Häftlinge waren deutsche Männer. Bei den 7 500 Ausländern – vor allem Russen, Ukrainer und Polen – handelte es sich um zahlreiche von den sowjetischen Geheimdiensten verfolgte russische Emigranten, sowjetische Kriegsgefangene, ehemalige Zwangsarbeiter und Soldaten der Roten Armee, aber auch um Angehörige der Wlassow-Armee. Die Lagerverwaltung hielt sie in gesonderten Baracken gefangen, isoliert von den anderen Häftlingen. Die Mehrzahl der russischen Emigranten und Bürger der Sowjetunion blieb nur wenige Monate in Sachsenhausen, bis sie von hier aus in die Straflager des sowjetischen GULag transportiert oder in der Sowjetunion hingerichtet wurden.

Insgesamt hielt die sowjetische Besatzungsmacht in Sachsenhausen zwischen 1945 und 1950 etwa 60 000 Personen gefangen. Mindestens 12 000 Gefangene starben dort an den Folgen von Unterernährung, Kälte und Krankheiten.

Die Speziallager waren im Unterschied zu den Lagern in der Sowjetunion keine Arbeitslager, das heißt, die Gefangenen waren zur Untätigkeit gezwungen. Den Häftlingen war jeglicher Kontakt zur Außenwelt strikt verboten („Schweigelager“). Es herrschten katastrophale hygienische und sanitäre Verhältnisse, hinzu kam eine unzureichende Ernährung. Zwangsläufig breiteten sich Krankheiten und Epidemien aus.

Etwa 5 000 Häftlinge wurden nach dem offiziellen Abschluss der Entnazifizierung in der SBZ 1948 aus dem „Speziallager Nr. 7“ entlassen. Bis zur Auflösung der sowjetischen Speziallager in der DDR im Frühjahr 1950 wurde das Lager in Sachsenhausen als „Speziallager Nr. 1“ weitergeführt. Im Januar und Februar 1950 wurden insgesamt rund 8 000 Häftlinge entlassen, etwa 260 Häftlinge in die Lager der Sowjetunion deportiert. Mehrere Tausend Gefangene überstellte die sowjetische Geheimpolizei an die Behörden der DDR. Von diesen wurden 550 in den „Waldheimer Prozessen“ verurteilt.

Bis zur Eröffnung der Gedenkstätte 1961 wurde das Lagergelände als Übungsplatz der NVA genutzt. Nachdem das Speziallager in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR über Jahrzehnte

An dem Massengrab „An der Düne“ erinnert ein Gedenkstein an die Opfer des Speziallagers

verschwiegen worden war, begann 1990 mit dem Fund der Massengräber die Annäherung an die „zweite“ Geschichte von Sachsenhausen. Bereits im Sommer 1990 wurde ein Gedenkstein zu Ehren der Opfer stalinistischer Willkür am ehemaligen Durchgang zwischen Zone I und Zone II eingeweiht. Außerhalb des Sachsenhausener Gedenkstättengeländes, an der Carl-Gustav-Hempel-Straße, wird an dem Massengrab „An der Düne“ mit einem Gedenkstein an die Opfer des Speziallagers erinnert. Zudem gibt es ein weiteres Massengrab im Schmachtenhagener Forst. Das größte der drei Massengräber im nordöstlichen Umfeld des Lagers wurde durch die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. zu einem Friedhof mit einem Gedenkstein umgestaltet.

Im Dezember 2001 eröffnete das Museum „Sowjetisches Speziallager Nr. 7/ Nr. 1 in Sachsenhausen 1945–1950“. Die ständige Ausstellung dokumentiert auf einer Fläche von über 350 Quadratmetern den Aufbau, die Organisation und den Haftalltag im Lager sowie dessen öffentliche Wahrnehmung in Ost und West. Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Darstellung der Verfolgungsschicksale von 27 Häftlingen des Speziallagers. Zum Museum gehören zwei in unmittelbarer Nähe befindliche Originalsteinbaracken der Zone II. In diesen beiden Gebäuden wird der Haftalltag im Lager dokumentiert.

Standort: Oranienburg, Straße der Nationen 22
Internet: www.stiftung-bg.de

Gräberfeld für die Opfer des „Sowjetischen Speziallagers Nr.7/ Nr.1“ Sachsenhausen

Oranienburg/ Schmachtenhagen. Am 14. März 1990 wurde das erste Massengrab eines sowjetischen Speziallagers in Fünfeichen bei Neubrandenburg entdeckt. Am 31. März 1990 gelang es Mitarbeitern der Gedenkstätte Sachsenhausen unter maßgeblicher Beteiligung von Zeitzeugen, im Schmachtenhagener Forst, an der B 273 zwischen Oranienburg und Schmachtenhagen, das erste von insgesamt drei Massengräbern des Speziallagers Sachsenhausen zu finden. 1991 hat die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen e.V. erste Erinnerungszeichen am Gräberfeld aufgestellt. Inzwischen sind durch Familienangehörige und Hinterbliebene weitere Grabzeichen mit Namen der Opfer errichtet worden.

Im Eingangsbereich des Gräberfeldes befindet sich eine **Informationstafel mit folgendem Text**:
Massengräber im Schmachtenhagener Forst / Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges benutzte die sowjetische Besatzungs- / macht Teile des Geländes und der Bauten des ehemaligen nationalsozia- / listischen Konzentrationslagers Sachsenhausen für das Speziallager Nr. 7 / (ab 1948 Nr. 1). Das Lager des sowjetischen Geheimdienstes bestand von / August 1945 bis Februar 1950. / Zu den Gefangenen des Speziallagers gehörten deutsche Kriegsgefangene, / Internierte, von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte Personen und / sowjetische Bürger, die zwangsweise in die UdSSR zurückgeführt werden / sollten. / Die Verstorbenen wurden an drei Orten bestattet: im Wald von Schmachtenhagen, / auf dem sogenannten Kommandantenhof und an der Düne in der Nähe der / Zone II. Wer an welchem Ort bestattet wurde, ist unbekannt. Eine endgül- / tige Zahl der Toten des Speziallagers konnte noch nicht ermittelt werden. / Der Trecker brachte Nacht für Nacht die mit Leichen beladenen Anhänger dorthin. Weit / in der Umgebung hörte man den uralten Lanz-Trecker donnern, wenn er / mit seiner unheimlichen Fracht durch die stille Nacht rasselte. Die Baracken- / posten wickelten sich fester in den Mantel, der für diesen Dienst gestellt / wurde, und lauschten dem Tod. / Immer dieselben Männer waren es, die in Schmachtenhagen tätig sein durf- / ten: denn es musste geheimnisvoll bleiben, was dort geschah. Die Toten- / gräber sollten bei ihrer Tätigkeit nicht auffallen, es sollten keine Totenzahlen / bekannt werden. (L. Z., ehemaliger Häftling, nach 1950)“.

Eine Gedenktafel am Gräberfeld trägt die **Inschrift:**
Hier liegen die sterblichen Überreste vieler / Gefangener des Speziallagers / Nr. 7, das das NKWD 1945–1950 in Sachsen- / hausen betrieb. / Namen und Anzahl der Toten, Geburts- und / Todesdaten sind unbekannt. / Im Frühjahr 1990 wurde das Schweigen über / diesen Ort gebrochen. / Betroffene, Hinterbliebene der Toten und die / Gemeinde Schmachtenhagen gestalteten 1991 / diese Stätte des Gedenkens und der Erinnerung.

Standort: Oranienburg/ Schmachtenhagen, Schmachtenhagener Forst, an der B 273 zwischen Oranienburg und Schmachtenhagen

Gedenkstätte zur Erinnerung an das sowjetische Speziallager Nr. 7

Weesow bei Werneuchen. Von 10. Mai bis 16. August 1945 befand sich in einem abgetrennten Teil des Dorfes Weesow bei Werneuchen das Speziallager Nr. 7. Die sowjetische Geheimpolizei NKWD nutzte es als Sammel- und Durchgangslager für die Verhafteten aus dem Großraum Berlin und Brandenburg sowie für Gefangenentransporte aus dem Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen. Weesow gehörte neben den Speziallagern Nr. 5 Ketschendorf; und Nr. 9 Fünfeichen zu den ersten Speziallagern, die auf dem Territorium der SBZ entstanden waren. Unter den Häftlingen befanden sich kleinere und mittlere NS-Funktionäre, kriegsgefangene Wehrmachtsangehörige, festgenommene Zivilisten – unter ihnen viele Jugendliche, denen „Werwolf"-Tätigkeit vorgeworfen wurde – aber auch Angehörige der Wlassow-Armee. Ein großer Teil der in Weesow zivilinternierten Deutschen wurde von hier aus in das im Januar 1946 aufgelöste Lager Nr. 4 Landsberg/ Warthe und von dort in das Speziallager Nr. 2 Buchenwald verlegt. Getrennt von den anderen Speziallagerhäftlingen wurden die deutschen Kriegsgefangenen sowie die Soldaten der Wlassow-Armee in die Sowjetunion deportiert. Insgesamt haben etwa 15.000 Menschen das Lager durchlaufen.

Die von den sowjetischen Sicherheitsorganen verhafteten Deutschen wurden zuerst im benachbarten Werneuchen auf einem Flugfeld im Freien gefangen gehalten. Später wurden in Weesow sechs Bauerngehöfte am Dorfausgang in Richtung Wilmersdorf als Lager hergerichtet, mit Stacheldraht umzäunt und scharf bewacht. Die katastrophalen hygienischen Verhältnisse und die mangelhafte Ernährung führten zum Ausbruch einer Ruhr-Epidemie, an der etwa 1.000 bis 1.500 Gefangene starben. Da die Bauernhöfe aufgrund der schlechten Bedingungen für eine dauerhafte Nutzung als Speziallager ungeeignet waren, mussten die in Weesow verbliebenen etwa 2.000 Häftlinge am 16. August 1945 einen 40 Kilometer langen Fußmarsch nach Oranienburg zum Speziallager Sachsenhausen antreten, den viele von ihnen nicht überlebten. Zurück blieb ein Massengrab in einer stillgelegten Kiesgrube am Ortsrand von Weesow.

Obwohl das Lager, wie alle sowjetischen Speziallager in der DDR, ein Tabu bleiben sollte, wurden dort in den 1950er Jahren einzelne Grabsteine von Angehörigen der Opfer errichtet. Später verwilderte die Stätte bis zur Unkenntlichkeit. Entgegen der Genfer Konvention wurde außerdem dicht an den Massengräbern eine Mülldeponie betrieben. Nach 1990 ließ der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), auf Initiative ehemaliger Häftlinge, Probegrabungen auf dem Gelände durchführen. Nachdem das Massengrab mit den meist unbekleidet bestatteten Toten aufgefunden worden war, konnte am 18. Oktober 1992 durch den VDK zusammen mit den Angehörigen der Opfer, der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V. sowie der Landesregierung Brandenburg eine Gedenkstätte eingeweiht und so der Ort des Massengrabes kenntlich gemacht werden.

Die feierliche Einweihung erfolgte im Rahmen eines ökumenischen Gedenkgottesdienstes in der Kirche von Weesow. Der Bildhauer Stephan Möller aus Hohenbruch gestaltete für diesen Ort einen Naturstein, der an ein Kreuz erinnert. Angehörige der Opfer setzten einzelne Gedenksteine und pflanzten eine Buche am Ort der Gräber. Die Gedenkstätte ist eingezäunt, aber jederzeit zugänglich. Am Eingang befinden sich Informationstafeln zum Speziallager Weesow.

Standort: Weesow bei Werneuchen, in der Nähe des Betonturms

Sowjetischer Speziallager Nr. 1 Gedenkstätte Mühlberg

Mühlberg/ Elbe. Die Geschichte des Lagers Mühlberg begann im Spätsommer 1939. Das etwa 30 Hektar große Areal war zuvor als Schieß- und Exerziergelände genutzt worden. Ab September 1939 wurde hier mit der Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers (Stalag IV B) begonnen. Der Aufbau des Lagers erfolgte bis zum Sommer 1940 durch den damaligen Arbeitsdienst sowie polnische und französische Kriegsgefangene. Nach Abschluss der Bauarbeiten sollte das Lager bis zu 10.000 Insassen aufnehmen. Zunächst wurden westeuropäische Kriegsgefangene in Mühlberg untergebracht. Mit dem Krieg im Osten wuchs die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen jedoch rasant an. Ab 1943 gehörte auch das Kriegsgefangenenlager Stalag 304 im nahe gelegenen Zeithain organisatorisch zum Stalag IV B. Im Stalag 304 waren vor allem sowjetische, aber auch italienische Kriegsgefangene untergebracht. Im Herbst 1944 kamen nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes auch Frauen und Männer der polnischen Armia Krajowa („Heimatarmee“) als Kriegsgefangene nach Mühlberg und Zeithain.

Am 23. April 1945 befreiten Einheiten der 1. Ukrainischen Front die beiden Kriegsgefangenenlager. Während Angehörige der westlichen Armeen nach und nach über den sowjetisch-amerikanischen Austauschpunkt Torgau entlassen wurden, unterzog die sowjetische Geheimpolizei NKWD die sowjetischen Kriegsgefangenen einer eingehenden Überprüfung. Der größte Teil dieser Gefangenen wurde als „Verräter“ oder „Volksfeinde“ verurteilt und in sowjetische Straflager deportiert bzw. zum Dienst in Strafeinheiten versetzt. Im Sommer 1945 sammelten Dienstgruppen des NKWD in Mühlberg/ Zeithain zudem zurückkehrende sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, sowjetische Kriegsgefangene aus Lagern, die von den Westalliierten befreit worden waren, sowie Angehörige der Wlassow-Armee, die auf der Seite Deutschlands gekämpft hatten. Auch Überlebende des KZ Bergen-Belsen wurden im Sommer 1945 zeitweilig im ehemaligen Kriegsgefangenenlager festgehalten. Viele erlebten in Mühlberg/ Zeithain eine weitere Zeit des Leidens. Ein großer Teil von ihnen starb, da im Lager Zeithain monatelang Typhus grassierte.

Die Geschichte des Speziallagers Nr. 1 Mühlberg/ Elbe begann im September 1945. Bis September 1948 waren hier deutsche Zivilgefangene – darunter kleinere und mittlere Funktionäre der NSDAP, aber auch willkürlich Verhaftete – die ohne Haftbefehl und oftmals aufgrund von Denunziationen festgenommen wurden, inhaftiert. Für alle wurde das Lager zum Ort des Schreckens: In Verbindung mit Hunger und Kälte, einer menschenunwürdigen Unterbringung, katastrophalen hygienischen Bedingungen, einer mangelhaften medizinischen Betreuung und durch die völlige Isolierung von der Außenwelt starben viele Häftlinge.

Von den insgesamt 22.000 Häftlingen starben zwischen 1945 und 1948 etwa 6.800 Gefangene im Speziallager Nr. 1.

Auf den Bronzetafeln sind die Namen von 6.766 Todesopfern des sowjetischen Speziallagers verewigt

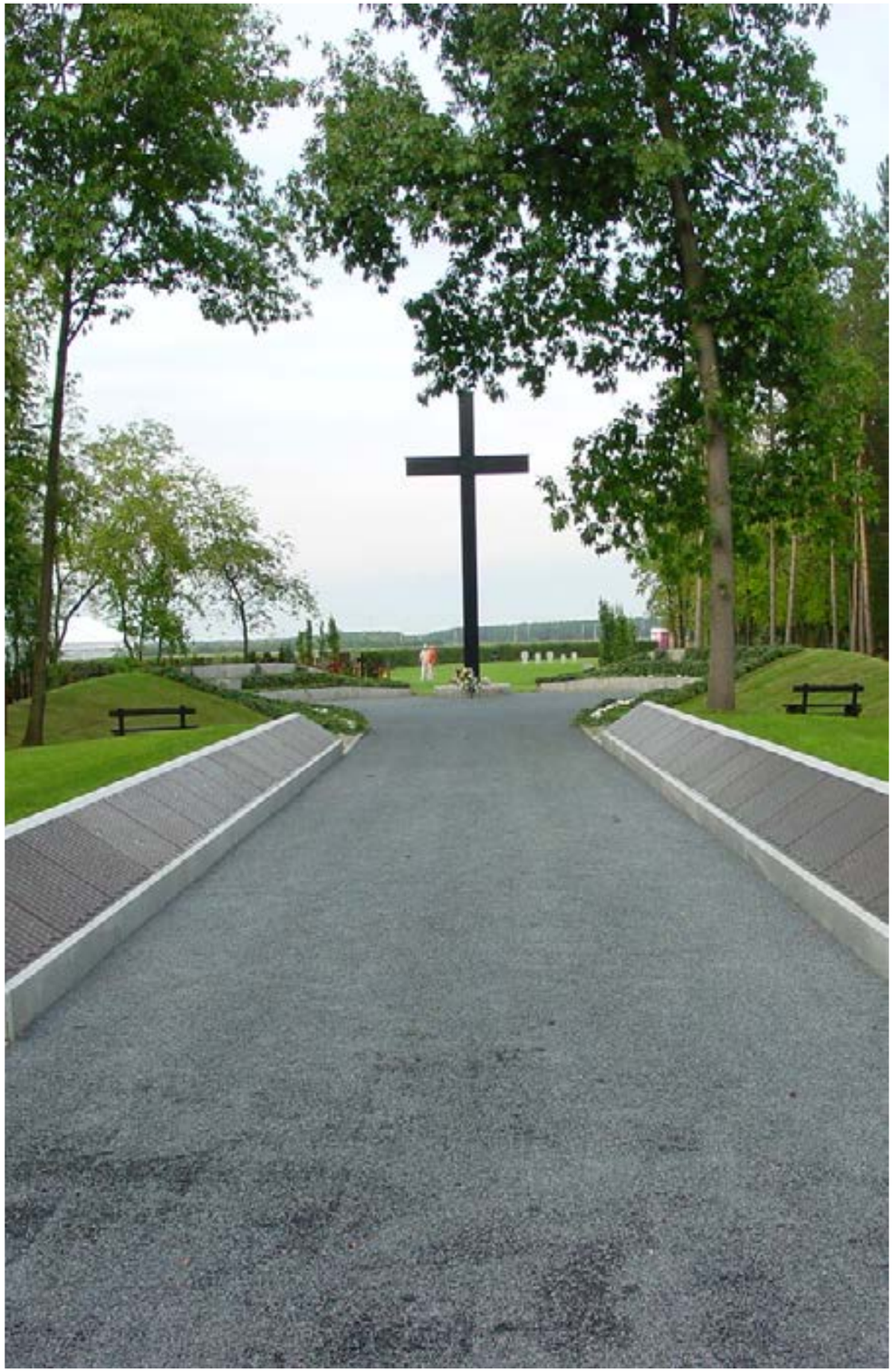
Die Toten wurden anonym auf einem Gräberfeld nördlich des Lagers („Alte Schanze“) in Massengräbern begraben. Aus dem Speziallager Nr. 1 wurden 1946/47 mehr als 3.000 arbeitsfähige Männer und Jugendliche in die Sowjetunion deportiert. Darüber hinaus wurden sogenannte Spezialisten – Naturwissenschaftler, Ingenieure oder Techniker mit Spezialkenntnissen – „herausgefiltert“ und in die Sowjetunion gebracht. Letztere erfuhren zwar eine gute Behandlung und wurden sogar für ihre Tätigkeit bezahlt, aber sie mussten zum Teil bis weit in die 1950er Jahre hinein in verschiedenen Bereichen der sowjetischen Rüstungsforschung arbeiten.

Das Speziallager Nr. 1 wurde im September 1948 aufgelöst. Die nicht entlassenen 3.611 Häftlinge wurden in das Speziallager Nr. 2 in Buchenwald gebracht. Für viele folgten nach der Übergabe an die DDR-Strafjustizorgane im Februar 1950 weitere Haftjahre. Eine große Zahl von ihnen starb an den Haftfolgen oder aufgrund der schlechten Bedingungen in den DDR-Gefängnissen. Nach 1948 sollte das Lager Mühlberg aus der Erinnerung verschwinden und der anonyme Friedhof in Vergessenheit geraten. Die Steinbauten wurden gesprengt und das Areal gezielt bepflanzt und planiert. Überreste wurden dem Wildwuchs überlassen. Dass die Geschichte dieses Lagers nicht in Vergessenheit geriet, ist dem Einsatz und den vielfältigen Aktivitäten der Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V. zu verdanken, die 1990 in Mühlberg/ Elbe von ehemaligen Häftlingen und Angehörigen der im Lager Verstorbenen gegründet wurde. Mit Unterstützung des Landes und vieler freiwilliger Helfer wurde eine Gedenkstätte errichtet, in der ein großes Gedenkkreuz in abgestufter Palisadeneinfassung sowie viele Einzelkreuze und Gedenksteine an das begangene Unrecht erinnern.

Bronzetafeln mit den Namen von 6.766 Todesopfern des sowjetischen Speziallagers wurden 2008 eingeweiht. Seit 2012 können sich Besucher anhand von 18 Glasstelen auf dem Lagergelände über die Geschichte des NS-Lagers und des Speziallagers informieren.

Nach einer konzeptionellen Überarbeitung widmet sich das Museum seit April 2015 in einem Teil seiner neuen Dauerausstellung der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers STALAG IV-B und dem Speziallager Nr. 1.

Standort: Mühlberg, Flur Neuburxdorf zwischen Mühlberg/ Elbe und Neuburxdorf
Internet: www.lager-muehlberg.de



» *Ein Hochkreuz und zahlreiche Einzelkreuze erinnern an die Toten des Speziallagers*

Gedenkstätte zur Erinnerung an das sowjetische Speziallager Nr. 5 Ketschendorf

Fürstenwalde. Im Jahr 1940 ließen die Deutschen Kabelwerke (Deka) in Ketschendorf eine Werkssiedlung errichten. In den letzten Tagen des Krieges, Ende April 1945, beschlagnahmte die sowjetische Geheimpolizei NKWD die Siedlung und richtete an dieser Stelle das Speziallager Nr. 5 ein. In der ursprünglich für 500 Menschen gebauten Siedlung waren zeitweise über 9.000 Menschen gefangen. In den Belegungslisten finden sich die Namen von ca. 500 Mädchen und Frauen, 7.000 Männern und mindestens 1.500 männlichen Jugendlichen sowie von etwa 1.500 Gefangenen nichtdeutscher Nationalität. Diese Zahlen sind unvollständig, da tausende Häftlinge unberücksichtigt blieben, die nur kurzzeitig in Ketschendorf untergebracht waren, bevor sie auf Transport in Richtung Sowjetunion geschickt wurden. Zu diesem Zweck wurde auch das Lager an ein russisches Breitspurgleis angeschlossen. Die Haftbedingungen in Ketschendorf waren katastrophal. Die Gefangenen mussten eng zusammengepfercht in den verschiedenen Siedlungshäusern auf dem Fußboden kampieren. Erst später wurden mehrstöckige Schlafregale aufgestellt. Zudem waren die schlechten hygienischen Zustände, Ungeziefer, Hunger sowie die unzureichende medizinische Versorgung verantwortlich für eine hohe Sterberate. Nach Unterlagen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes starben in Ketschendorf etwa 4.620 Menschen, andere Schätzungen gehen von 6.000 Toten aus. Bei der Auflösung des Lagers im März 1947 verlegte man die Gefangenen nach Sachsenhausen, Fünfeichen, Mühlberg, Jamlitz und Buchenwald oder transportierte sie in Lager der Sowjetunion. Mit der Auflösung des Lagers übergab die sowjetische Besatzungsmacht die Gebäude an die Gemeinde Ketschendorf zur zivilen Nutzung.

Im März 1990 bildeten Überlebende des Speziallagers Nr. 5 die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf. Durch ihr Engagement wurde am 8. Mai 1990 für die Toten des Lagers erstmals eine öffentliche Gedenkfeier mit etwa 2.000 Teilnehmern in Ketschendorf veranstaltet. Am selben Tag wurde eine kleine Gedenkstätte außerhalb des ehemaligen Lagers in einem angrenzenden Wäldchen unmittelbar an der heutigen A 12 von Berlin nach Frankfurt (Oder) eingeweiht. Fünf Jahre später erfolgte mit Mitteln des Landes Brandenburg und mit Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) die Umgestaltung der Gedenkstätte in einen Gedenkhain. Auf diesem Gelände wurden zwischen 1945 und 1947 die Verstorbenen des Lagers anfangs in Einzel- oder kleinen Sammelgräbern beigesetzt und später in großen Massengräbern verscharrt. Bei Ausschachtungsarbeiten für Wohnhäuser in den Jahren 1952 und 1953 wurden die Toten entdeckt. 4.499 Leichen wurden exhumiert und auf den Waldfriedhof in Halbe überführt. Die anonyme Kennzeichnung der Sammelgrabstätten in Halbe konnte nach 1990 aufgehoben werden.

»

Gedenkstätte für die Opfer des Speziallagers Nr. 5

Nach Freigabe von russischen Akten an das Deutsche Rote Kreuz konnten die Namen und die Anzahl der im Lager Internierten identifiziert werden. Der VDK ließ Steintafeln mit den Namen von 4.620 Toten anfertigen und auf dem Grabfeld IX des Waldfriedhofs Halbe niederlegen. Am 8. Mai 2004 wurden diese Tafeln feierlich enthüllt.

Standort: Fürstenwalde, Reifenwerkssiedlung an der A 12

Gedenktafel für die Opfer des Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf

Fürstenwalde. Aus Anlass der 14. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Speziallagers Ketschendorf wurde am 3. Mai 2003 eine Gedenktafel an der Martin-Luther-Kirche in Fürstenwalde eingeweiht. Durch ihr Glockengeläut, das bis in das Lager hinein zu vernehmen war, hatte diese Kirche eine besondere Bedeutung für die Häftlinge.
Die hölzerne Tafel trägt als **Inschrift** das „Vaterunser“ in Kreuzform, umgeben von dem Text:
Krieg soll / nach Gottes / Willen / nicht sein / 1914–1918 / 1933–1939 / 1939–1945 / 1945–1947 / Verfolgt / gefangen / interniert / gefallen / ausgebombt / ermordet / verhungert / vertrieben / heimatlos / verloren / verlassen / verwaist / vermisst / ausgelöscht / euthanasiert / vergewaltigt / gedemütigt / beleidigt / belogen / verführt / denunziert / verurteilt / gebrochen. Wir gedenken / der Opfer von / Krieg und / Gewalt in der / Hoffnung auf / Frieden und / Versöhnung / Internierungslager / Ketschendorf: / Speziallager 5 des / NKWD Volkskommis- / sariat für Innere / Angelegenheiten / der Sowjetunion. / Errichtet im Mai / 1945 in der Deka / Reifenwerksiedlung. Aufgelöst im / Mai 1947. 10 500 / Menschen werden / ohne Urteil / interniert. 4 560 / sterben durch / menschenun- / würdige Verhält- / nisse. 4 500 werden / 1953 aus den / Massengräbern / exhumiert und / umgebettet auf / den Waldfriedhof / Halbe. / Herr, erhebe dein Angesicht über uns / und gib uns Frieden.

Standort: Fürstenwalde, Martin-Luther-Kirche, Schillerstraße 1

Gedenktafel für die Opfer des NKWD

Fürstenwalde. Die Villa in der heutigen Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 7 wurde 1945 von der SMAD beschlagnahmt. Im Keller dieses Hauses unterhielt die sowjetische Geheimpolizei NKWD von Juni 1948 bis September 1949 ein Gefängnis (im Volksmund „GPU-Keller“ genannt), in dem insgesamt 400 Verhaftete aus Fürstenwalde und Umgebung festgehalten wurden. Unter ihnen befanden sich Kaufleute, Kleinunternehmer, Bauern sowie aus westlicher Kriegsgefangenschaft entlassene Soldaten, aber auch kleine und mittlere Anhänger und Funktionäre der NSDAP. Personen die denunziert und beschuldigt wurden, der sowjetischen Besatzungsmacht ablehnend gegenüberzustehen, wurden ebenfalls verhaftet und verhört. Aus der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 7 gelangten sie meist über das Gefängnis Potsdam in die sowjetischen Speziallager. Von 1949 bis zum Ende der DDR wurde das Haus von der Stadtverwaltung Fürstenwalde genutzt.

Im Juni 1993 wurde auf Initiative des ehemaligen Gefangenen Joseph Seemann, der zwischen 1949 und 1956 in Bautzen und Torgau inhaftiert war, am ehemaligen „GPU-Keller“ eine Gedenktafel angebracht. Sie trägt die **Inschrift**:
Dem Andenken der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft, / die im Keller dieses Hauses zwischen 1947 und 1950 / durch die sowjetische politische Verwaltung inhaftiert wurden. / Von hier kamen sie in Zuchthäuser wie Bautzen, Torgau und Waldheim.

Standort: Fürstenwalde, Dr. Wilhelm-Külz-Straße

» *Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des NKWD-Gefängnisses in der Dr. Wilhelm-Külz-Straße*

Grabanlage und Gedenkstein für die Opfer des Speziallagers Ketschendorf

Gedenkstein auf dem Waldfriedhof Halbe

Halbe. In Halbe, 40 Kilometer südöstlich von Berlin, befindet sich eine der größten deutschen Kriegsgräberstätten des Zweiten Weltkrieges. Mit der Anlage des Waldfriedhofs wurde im September 1951 begonnen. Bis dahin waren die notdürftigen Gräber der Menschen, die in der letzten Kesselschlacht um Berlin im April 1945 umgekommen waren, über Gärten, Straßenränder und Felder in der Umgebung Halbes verteilt. Neben Angehörigen der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und anderer militärischer Formationen liegen auf dem Waldfriedhof unzählige Flüchtlinge und Zivilisten, die in die Kämpfe der letzten Kriegswochen geraten waren. Zu den mehr als 22.000 Toten, die hier begraben wurden, gehören auch von der Wehrmachtsjustiz als „Wehrkraftzersetzer“ und Deserteure verurteilte und hingerichtete Soldaten sowie ukrainische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die während der Kriegsjahre in den umliegenden Gemeinden gearbeitet hatten und an den Folgen von Hunger und Entkräftung starben.

Auf den Grabfeldern IX bis XI des Zentralwaldfriedhofes Halbe wurden etwa 4.500 Frauen und Männer begraben, die im sowjetischen Speziallager Ketschendorf zwischen 1945 und 1947 ihr Leben ließen. Bei Ausschachtungsarbeiten für den Bau von Wohnhäusern in der Reifenwerkssiedlung wurden 1952/53 die Massengräber der Toten des Lagers Ketschendorf gefunden. Sie wurden exhumiert. Dank des Engagements des Ortspfarrers Ernst Teichmann, der die Schaffung des Waldfriedhofes in Halbe initiierte, fanden die namenlosen Opfer des sowjetischen Speziallagers Nr. 5 in Sammelgräbern ihre letzte Ruhestätte. Sie wurden in der DDR als Opfer der letzten Kriegstage ausgegeben.

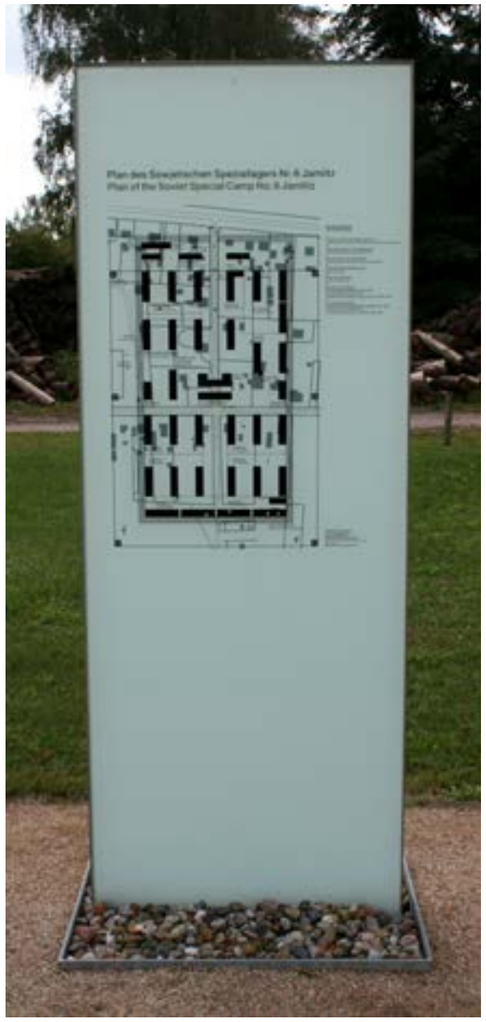
Nach der Freigabe russischer Akten an das Deutsche Rote Kreuz konnten die Anzahl und die Namen der im Lager Ketschendorf Internierten identifiziert und eine Liste der Verstorbenen erstellt werden. Der VDK ließ 49 Steintafeln mit den Namen von 4.620 Toten anfertigen und auf dem Grabfeld IX des Waldfriedhofs Halbe niederlegen, die am 8. Mai 2004 feierlich eingeweiht wurden.
Seit dem 10. April 2015 erinnert die Freiluftausstellung „Kessel von Halbe“ an die verheerende Schlacht kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges. 16 Text- und Bildtafeln im Ortskern und vor dem Friedhof informieren auf Deutsch und in Englisch über die Kämpfe und Opfer sowie über die Rolle Halbes im Nationalsozialismus und den Umgang mit der Vergangenheit.

Standort: Halbe, Zentralwaldfriedhof Halbe, Grabfelder IX bis XI

Gedenkstätte Waldfriedhof und Dokumentationsstätte sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945–1947

Jamlitz. Im September 1945 verlegte die sowjetische Geheimpolizei NKWD das Speziallager Nr. 6 aus dem östlich der Oder gelegenen Teil von Frankfurt (Oder) nach Jamlitz, da das Gebiet östlich der Oder unter polnische Verwaltung fiel. Dafür wurden die zurückgelassenen Baracken des Außenlagers Lieberose verwendet, welches von November 1943 bis Februar 1945 existierte, und zum Konzentrationslager Sachsenhausen gehörte. Die Überreste von 577 der etwa 1.200 Anfang Februar 1945 im Zusammenhang mit der Auflösung des Lagers ermordeten vor allem jüdischen Häftlinge des KZ-Außenlagers wurden 1971 in einem Massengrab in der Nähe des Dorfes Staakow gefunden.

Bis Mitte Oktober 1945 kamen etwa 3.500 Häftlinge im Speziallager Jamlitz an. Zu ihnen gehörten Männer, Frauen, unter „Werwolf“-Verdacht festgenommene Jugendliche sowie vereinzelt auch Kinder. Sie waren wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nähe zu den Nationalsozialisten und auf Grund von Denunziationen festgenommen worden. Auch ausgewiesene Gegner des Nationalsozialismus sperrte die sowjetische Geheimpolizei in Jamlitz ein; unter ihnen der jüdische Kommunist und ehemalige Buchenwald-Häftling Georg Krausz sowie Männer des 20. Juli 1944, wie Justus Delbrück und Ulrich Freiherr von Sell. Im Lager waren aber auch Künstler, wie der Schauspieler Gustaf Gründgens, der wegen seiner Nähe zum NS-System verhaftet worden war.



Informationstafel an der Gedenkstätte

Bis zur Auflösung des Lagers im April 1947 durchliefen insgesamt 10.213 Gefangene das Speziallager Nr. 6 in Jamlitz. Mindestens 3.154 Insassen starben an den unmenschlichen Haftbedingungen. Im Frühjahr 1947 wurden über 300 Häftlinge in das Lager Ketschendorf gebracht und von dort in die Sowjetunion deportiert. Die restlichen Gefangenen wurden in andere Speziallager verlegt, etwa 2.200 nach Mühlberg und etwa 4.000 in das Speziallager Nr. 2 nach Buchenwald. Ab September 1947 begann die deutsche Verwaltung, die Baracken des Lagers Jamlitz abzubauen. Auf einem Großteil des Geländes entstanden in den 1950er Jahren Einfamilienhäuser. Während für das KZ-Außenlager nach dem Leichenfund von 1971 im Nachbarort Lieberose ein Mahnmal errichtet wurde, blieb die Erinnerung an das Speziallager Nr. 6 in der DDR ein Tabu.

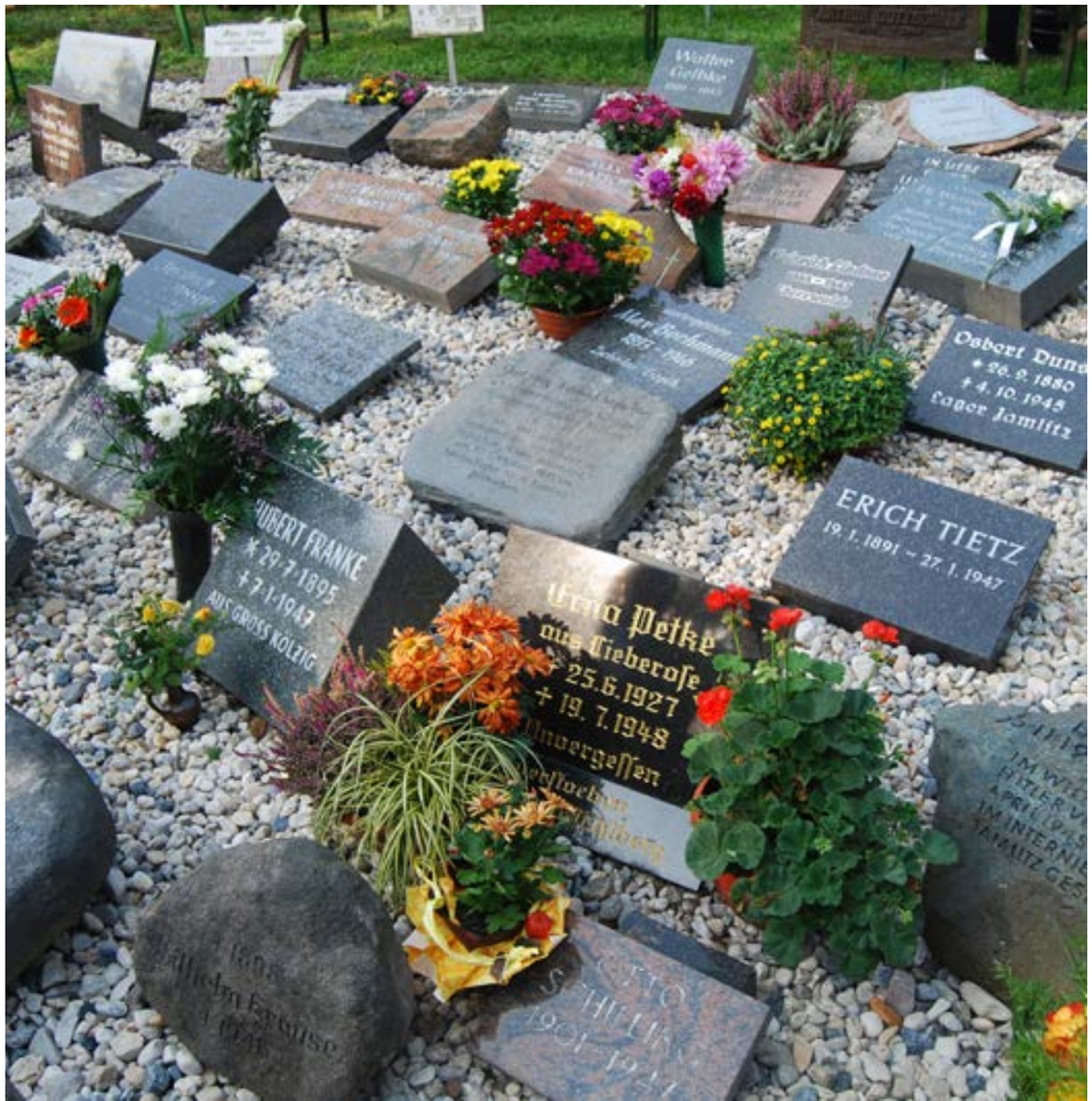
Seit 1990 wird die Geschichte dieses Speziallagers erforscht und der Toten gedacht; vor allem durch die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V., einem Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen. Die zum Teil nachgewiesenen Massengräber östlich des Lagers sowie nahe der B 320 Richtung Guben wurden von der Gemeinde Schenkendöbern durch Gedenkzeichen und Informationstafeln gekennzeichnet. Am ehemaligen Lagereingang wurde 1990 ein Findling aufgestellt, der die Inschrift trägt: „Internierungs- / Lager / Jamlitz / 1945–1947“. Bei Suchgrabungen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach 1990 wurden die Überreste von mehr als 30 Menschen gefunden, deren Asche in Urnen auf dem Friedhof von Jamlitz beigesetzt wurde. Im September 1995 wurde am Ortsausgang Jamlitz in Richtung Guben nahe der B 320 unter großer öffentlicher Anteilnahme die „Gedenkstätte Waldfriedhof“ eingeweiht.

Im Jahr 1999 beschlossen die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V., die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Evangelische Kirchengemeinde Lieberose, am Ort der beiden Lager in Jamlitz einen Lern- und Gedenkort zu gestalten. In Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und des Landes wurde eine Dokumentations- und Begegnungsstätte mit Archiv eingerichtet. Zwei voneinander getrennte Freilichtausstellungen als Dokumentationsstätten im nördlichen Teil des Lagergeländes wurden am 22. Juni 2003 eröffnet.

Standort: Jamlitz, Kiefernweg
Internet: www.die-lager-jamlitz.de

Gedenkstein mit Kreuz auf der Friedhof von Jamlitz

Symbolische Grablatten für die Opfer des Speziallagers Nr. 6



Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

Potsdam. In der Nähe des Potsdamer Schlosses Cecilienhof zwischen Neuem Garten und Pfingstberg befand sich von 1945 bis 1994 das sowjetische Militärsperrgebiet „Militärstädtchen Nr. 7“. Ab August 1945 befand sich in der Leistikowstraße 1 (früher Mirbachstraße) das zentrale Durchgangs- und Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr für die gesamte SBZ und die DDR. Die Spionageabwehr SMERSCH (deutsch: „Tod den Spionen“) war einer von vier sowjetischen Geheimdiensten, die mit der Roten Armee nach Deutschland kamen. Bis 1955 wurden im Gefängnis in der Leistikowstraße überwiegend sowjetische Staatsbürger aber auch Deutsche festgehalten, denen Sabotage, Kriegsverbrechen, Spionage, Terroraktionen oder Widerstand gegen die Besatzungsmacht bzw. die sowjetischen Streitkräfte vorgeworfen wurde. Zum Teil kamen auch Häftlinge in das Gefängnis, die von SMT zu mehrjährigen Haftstrafen bzw. zum Tode verurteilt worden waren. Ihr Weg führte über die Leistikowstraße weiter in sowjetische Speziallager oder in Straf- und Arbeitslager in der Sowjetunion.

Für die Nutzungszeit des Gefängnisses sind drei Entwicklungsphasen bekannt. Die erste umfasste die Jahre 1945 bis 1947, in denen der sowjetische Geheimdienst die vermeintlichen Anzeichen einer deutschen Partisanenbewegung („Werwolf“-Organisation) bekämpfte aber auch nach hochrangigen Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern fahndete. Es wurden Jugendliche aus zum Teil nichtigen Gründen (z. B. Weigerung am Russisch-Unterricht teilzunehmen, kritische Äußerungen gegenüber dem Sowjetregime), wegen angeblicher terroristischer Aktionen oder aufgrund von Denunziationen in die Leistikowstraße gebracht. In diesem Zusammenhang wurden auch 16-Jährige zum Tode oder zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt.

Gedenktafeln an der Fassade der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam

Ehemalige KZ-Aufseherinnen und Verantwortliche für die Ausbeutung von Zwangsarbeitern erhielten ebenso wie Repatrianten mehrjährige Haftstrafen.

In der zweiten Phase, ab 1948, rückte die Abwehr von Spionage in den Mittelpunkt des Geheimdienstinteresses. Im Gefängnis wurden nun tatsächliche und vermeintliche Spione verhört und inhaftiert. Die Verfolgung von Kriegsverbrechern bzw. die Entnazifizierung spielte keine Rolle mehr. Die Ermittlungen verliefen oft willkürlich und brutal; sie trafen zudem vielfach Unschuldige. Kontakte zu amerikanischen Besatzungsstellen, Kriegsgefangenschaft bei den Briten oder Amerikanern, wiederholte Reisen in die Westzonen und illegaler Grenzübertritt reichten aus, um der Spionage verdächtigt zu werden.

Nach Beendigung der Zuständigkeit Sowjetischer Militärtribunale (SMT) für Deutsche nutzte der sowjetische Geheimdienst das Gefängnis in der dritten Phase ab 1955 im Rahmen der internen sowjetischen Militärgerichtsbarkeit. Es waren in der DDR stationierte sowjetische Soldaten und zivile Beschäftigte aus Militäreinrichtungen, die in der Leistikowstraße 1 gefangen gehalten wurden. Wegen kritischer Meinungsäußerungen oder versuchter Fahnenflucht, unter dem Vorwurf „feindlicher Gruppenbildung“, „antisowjetischer Propaganda“ oder des Landesverrates, wegen Diebstahl, Raub und anderer krimineller Delikte oder wegen schwerer Dienstvergehen wurden sie verhaftet und verurteilt. Wie viele Häftlinge das Gefängnis durchliefen, ist bisher nicht bekannt.

Sicher ist aber, dass die Leistikowstraße der Anfang eines zumeist mehrjährigen Leidensweges war, der in einzelnen Fällen auch mit dem Tod des Verurteilten im Speziallager oder in einem Straf- und Arbeitslager des Gulag endete. Nach der Beschlagnahmung des Geländes 1945 entstand das „Militärstädtchen Nr. 7“, ein mehrere Gebäude der Leistikowstraße und der Großen Weinmeisterstraße umfassender Gefängnis- und Isolationskomplex, der durch einen drei Meter hohen Holzzaun und Wachtürme abgesichert war. Während sich im Gebäude in der Leistikowstraße 1 das Gefängnis befand, residierte in der Leistikowstraße 2/3 die Ermittlungsabteilung, wo u. a. die Verhöre stattfanden. An der Straßenecke zum Neuen Garten im ehemaligen Kaiserin-Augusta-Stift befand sich zudem die Geheimdienstzentrale der Spionageabwehr.

In der vormaligen Kapelle des Stifts sprachen SMT ihre Urteile. Die Prozesse gegen die Untersuchungshäftlinge entsprachen keinen rechtsstaatlichen Kriterien und basierten auf oftmals unter Folter erpressten Geständnissen.

Bis 1991 wurde das Haus in der Leistikowstraße 1 als Gefängnis genutzt, anschließend diente es als Materiallager.

Nach dem Abzug der letzten russischen Truppen im August 1994 kam das Objekt zuerst unter die Verwaltung des Bundes; im Februar 1995 erhielt der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein (EKH) als Alteigentümer die Liegenschaft zurück und ermöglichte der Öffentlichkeit den Zugang. Die erste von Memorial Deutschland e.V. erarbeitete Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ über die Geschichte des Ortes konnte bereits im Herbst 1997 in der zweiten Etage des Gebäudes besichtigt werden. Auf Initiative des EKH und einer Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Betroffenen, interessierten Bürgern, Mitarbeitern der Potsdamer Gruppe von amnesty international und dem Berliner Förderverein der russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL zusammensetzte, kam es zu dem Beschluss, in der Leistikowstraße 1 eine Gedenk- und Begegnungsstätte einzurichten. Der historische Ort des Untersuchungsgefängnisses wurde im Dezember 2004 unter Denkmalschutz gestellt. Es folgte 2006 ein Wettbewerb zur Konservierung des Gefängnisgebäudes und zur Errichtung eines Besucherzentrums für die geplante Gedenk- und Begegnungsstätte. Die Verantwortlichen entschieden sich für den Entwurf des Münchner Architekten Wolfgang Brune, der bis 2008 durch die finanziellen Mittel von Bund, dem Land Brandenburg, der EU, des EKH sowie der Ostdeutschen Sparkassenstiftung im Land Brandenburg umgesetzt werden konnte.

Im Jahr 2008 wurde die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße gegründet, die von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verwaltet wird. Die Stiftung verfolgt das Ziel, an das Unrecht und die Opfer des sowjetischen Militärgeheimdienstes in dem Gefängnis zu erinnern und durch politische Bildung einen Beitrag zur Demokratieförderung zu leisten. Im April 2012 wurde die neue Dauerausstellung „Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam“ eröffnet. Ein insgesamt 2,5 km langer Geschichtspfad informiert an 14 Punkten über Spuren und Relikte der ehemaligen Geheimdienststadt “Militärstädtchen Nr. 7”.

Standort: Potsdam, Leistikowstraße 1
Internet: www.gedenkstaette-leistikowstrasse.de

Der historische Ort des Gefängnisses wurde 2004 unter Denkmalschutz gestellt

Blick in die Ausstellung der Gedenkstätte

Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert

Potsdam. Das Gebäude in der Lindenstraße ist ein Gedenkort für die Opfer politischer Justiz und Gewalt des 20. Jahrhundert, aber auch ein Symbol für die Kraft demokratischer Bestrebungen. Zwischen 1733 und 1737 wurde das Haus im Barockstil ähnlich dem nahe gelegenen Holländischen Viertel erbaut. Es diente dem ersten gewählten Stadtparlament als Sitz, bevor es ab 1820 als Stadtgericht mit dem auf dem Innenhof befindlichen Gerichtsgefängnis genutzt wurde. Nach umfangreichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde an diesem Ort 1910 das neue Landgerichtsgefängnis eröffnet. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann die Geschichte politischer Haft und Justiz in der Lindenstraße. Seit 1933 setzte das dort ansässige Amts- und Landgericht die nationalsozialistische Ideologisierung im Straf- und Zivilrecht um. Ab 1934 hatte das sogenannte Erbgesundheitsgericht Potsdam hier seinen Sitz und in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges waren vor allem politische Gegner in der Lindenstraße inhaftiert. Zwischen 1945 und 1952 nutzte die sowjetische Geheimpolizei NKWD das Gebäude als zentrales Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg. Das NKWD verhaftete Menschen zum Teil willkürlich und sperrte diese unter unmenschlichen Bedingungen ein. Später wurden die Häftlinge von SMT oft zu jahrzehntelangen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt.

Am 18. August 1952 übernahm das MfS das Objekt und aus dem Barockhaus wurde das berüchtigte „Lindenhotel“ – das Untersuchungsgefängnis der Bezirksverwaltung Potsdam für Staatssicherheit. Schätzungen zufolge saßen hier bis zum Jahr 1989 etwa 7.000 Menschen ein, die aus politischen Gründen in die Fänge des MfS geraten waren. Sie machten 90 Prozent aller Inhaftierten aus. Die Haftgründe waren u. a. Fluchtdelikte sowie Vorwürfe der „Spionage“ oder „Hetze“. Anfang 1990 nutzten demokratische Parteien und Bewegungen aus der Region die Räumlichkeiten. Der ehemalige Ort des Schreckens erfuhr damit eine neue Bestimmung als Ort der Demokratie.

Es ist dem Engagement einzelner Bürger zu verdanken, dass die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 1995 beschloss, in der Lindenstraße eine Gedenkstätte einzurichten, und diese dem stadtgeschichtlichen Museum zuordnete. Vor der sogenannten Freigangzelle auf dem ehemaligen Gefängnishof steht seit 1995 die Bronzeskulptur „Das Opfer“ von Wieland Förster, die allen Opfern politischer Gewalt im 20. Jahrhundert gewidmet ist. Wissenschaftlich betreut wird die Einrichtung vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Zwischen 2007 und 2013 konnte eine alle Verfolgungsepochen umfassende multimediale Ausstellung erarbeitet werden, die das Ausmaß politischer Haft und Justiz im 20. Jahrhundert dokumentiert.

Standort: Potsdam, Lindenstraße 54
Internet: www.gedenkstaette-lindenstrasse.de

Die Bronzeskulptur „Das Opfer“ von Wieland Förster ist allen Opfern politischer Gewalt im 20 Jhd. gewidmet

Blick auf das Areal der Gedenkstätte

Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden

Eine Gedenktafel erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz

Brandenburg an der Havel. Der Bau des Zuchthauses Brandenburg-Görden wurde 1927 begonnen und 1935 beendet. Ursprünglich als Musteranstalt eines humanen Strafvollzuges konzipiert, wurde es zum sichersten und „modernsten“ Zuchthaus des NS-Staates mit 1.800 Haftplätzen ausgebaut. Schärfere Strafgesetze und Gesetzesauslegungen sowie die Verfolgung politischer Gegner nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1935 führten dazu, dass das Zuchthaus zwischen 1933 und 1945 meist überbelegt war. Ab 1936 wurde in Brandenburg-Görden auch die 1933 durch die Nationalsozialisten eingeführte Sicherungsverwahrung vollzogen. Im Zuchthaus Brandenburg-Görden herrschte ein unmenschlicher Strafvollzug, der durch Hunger, gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen und eine nach rassistischen Kriterien abgestufte Behandlung gekennzeichnet war. Etwa 60 Prozent der Inhaftierten waren politische Gefangene. Die prominentesten unter ihnen waren Erich Honecker und Robert Havemann.

Mit Kriegsbeginn 1939 kamen Häftlinge aus ganz Europa nach Brandenburg-Görden. Von dort aus wurden im Zuge der Aktion „Vernichtung durch Arbeit“ mindestens 1.259 Männer in Konzentrationslager transportiert, wo die SS einen großen Teil von ihnen ermordete.

1940 wurde das Zuchthaus Brandenburg-Görden auch Hinrichtungsstätte. Dazu wurden in einem bis dahin als Garage genutzten Bereich ein Fallbeil und eine Vorrichtung zum Erhängen installiert. Vom 1. August 1940 bis zum 20. April 1945 wurden hier ca. 2.030 Menschen hingerichtet. Ungefähr 1.800 von ihnen hatte die nationalsozialistische Justiz aus politischen Gründen zum Tode verurteilt. Dabei dominierten Verurteilungen wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“. In Brandenburg wurden u. a. Angehörige der größten kommunistischen Widerstandsgruppe der letzten Kriegsjahre, der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, sowie Mitglieder der Widerstandsorganisation „Europäische Union“ und 16 Männer, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verurteilt worden

Eine Gedenktafel erinnert an die Toten udn Verfolgten der kommunistischen Gewaltherrschaft

waren hingerichtet. Unter den Opfern befanden sich auch über 100 Zeugen Jehovas, die meistens wegen ihrer Verweigerung des Wehrdienstes mit dem Tode bestraft wurden.

Nach der Befreiung des Zuchthauses durch die Rote Armee am 27. April 1945 nutzten die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die sowjetische Geheimpolizei NKWD die Gebäude zwei Jahre lang zur Festsetzung von „Kollaborateuren“ (hauptsächlich Angehörige der Wlassow-Armee) sowie als Untersuchungsgefängnis des NKWD und des in Brandenburg tätigen SMT.

1949/50 nahmen die DDR-Behörden die Einrichtung als reguläre Strafanstalt in Betrieb. Neben kriminellen Häftlingen wurden hier NS-Täter und Kriegsverbrecher, aber auch zahlreiche Regimegegner, Teilnehmer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Ausreisewillige und Bürgerrechtler inhaftiert. Die Anstalt galt als eine der gefürchtetsten Strafvollzugseinrichtungen in der DDR. Misshandlungen von Häftlingen waren an der Tagesordnung. Wie schon in der Zeit des Nationalsozialismus wurden neben politischen Häftlingen ab den 1960er Jahren zunehmend auch gewöhnliche Kriminelle mit besonders hohem Strafmaß (wegen Mordes, Totschlags, Vergewaltigung oder schwerer Körperverletzung) in Brandenburg-Görden eingesperrt.

1964 wurde in den Räumen der ehemaligen NS-Hinrichtungsstätte ein Gedenkort eingerichtet, an dem bis heute ein originales Fallbeil zu sehen ist. In einem Vorraum informieren drei Tafeln über die Geschichte des Zuchthauses. Exemplarisch werden Biografien von Hinrichtungsopfern vorgestellt.

Im April 2018 wurde die Dauerausstellung „Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933-1945) und in der DDR (1949-1990)“ eröffnet. Ausstellungsort ist das denkmalgeschützte ehemalige Direktorenwohnhaus der Strafanstalt.

Standort: Brandenburg an der Havel, Anton-Saefkow-Allee 22
Internet: www.stiftung-bg.de

Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Brandenburg an der Havel. 1945 beschlagnahmte die sowjetische Geheimpolizei NKWD mehrere Gebäude in der Stadt. Die 1895 für den Industriellen Gottfried Keller errichtete Villa in der Neuendorfer Straße 89 wurde Sitz der Operativgruppe des NKWD Brandenburg. In dem Gebäude tagte zudem ein SMT und es wurden Zellen – darunter eine fensterlose Todeszelle – eingerichtet. Willkürlich Verhaftete wurden hier gefangen gehalten und gefoltert. Die vom SMT Verurteilten kamen in sowjetische Speziallager in der SBZ, wurden in die Sowjetunion deportiert oder in den umliegenden Wäldern erschossen.

Von 1950 bis zum Dezember 1989 befand sich die Kreisdienststelle des MfS in dem Objekt.

Auf Initiative des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge wurde im Oktober 1992 am Gebäude in der Neuendorfer Straße 89 eine Gedenktafel aus schwarzem Granit angebracht, die die **Inschrift** trägt:
Den Opfern der / stalinistischen / Gewaltherrschaft / zum Gedenken / den Lebenden zur / Mahnung.

Standort: Brandenburg an der Havel, Neuendorfer Straße 89 a

Gedenkstein für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

Brandenburg an der Havel. Im November 2007 wurde auf dem Nikolaiplatz in Brandenburg ein Gedenkstein eingeweiht, der an die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei der Jahre 1945 bis 1950 erinnert. Nach dem Zweiten Weltkrieg verhaftete die sowjetische Geheimpolizei NKWD auch hier tatsächliche oder vermeintliche NS-Verbrecher sowie eine große Zahl politischer Gegner des sowjetischen Systems. Oft wurden die Personen willkürlich festgenommen und gefoltert, bis sie Geständnisse ablegten. Die sowjetischen Untersuchungsgefängnisse wurden von der Bevölkerung „GPU-Keller“ genannt.

Der Gedenkstein erinnert an die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei aus Brandenburg an der Havel; insbesondere an diejenigen, die im unmittelbar benachbarten „GPU-Keller“ ums Leben kamen und trägt die **Inschrift:**
Wider das vergessen! / Den Opfern des sowjetischen Geheimdienstes / von 1945 – 1950.

Standort: Brandenburg an der Havel, auf dem Nikolaiplatz

«
In Brandenburg an der Havel erinnert eine Gedenktafel an die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft

Gedenkstein für die Opfer stalinistischer Willkür

Calau. Das Wohnhaus in der Finsterwalder Straße 1 am Luckauer Tor, das zwischen 1945 und 1948 der sowjetischen Geheimpolizei NKWD als Ort für Vernehmungen und als Gefängniskeller diente, wurde von der Bevölkerung „Grüne Hölle“ genannt. Zu den hier Inhaftierten gehörten auch Gegner der Zwangsvereinigung von KPD und SPD 1946 sowie unzählige Jugendliche ab 14 Jahren. Nur wenige der Festgenommenen wurden wieder entlassen. Die meisten Häftlinge wurden in Speziallager der SBZ oder Arbeitslager der Sowjetunion gebracht, wo viele verstarben.

Im Jahr 1996 wurde von der Stadt Calau und der VOS e.V. ein Gedenkstein errichtet. Der Steinmetz Manfred Schaffarzick aus Burg, der nach 1945 in den Speziallagern Ketschendorf und Fünfeichen inhaftiert gewesen war gestaltete den Findling. Er trägt die **Inschrift:**
Zum Gedenken / an die / unschuldigen / Opfer / der / stalinistischen Willkür.

Im Sockel des Gedenksteins wurde eine kupferne Schatulle versenkt, die Dokumente zur „Grünen Hölle“ enthält. Schüler der Gesamtschule Calau erforschten 1998 die Geschichte dieses Hauses und erstellten die Dokumentation „Der vergessene Stein“.

Standort: Calau, Finsterwalder Straße 1

»
Der vom Steinmetz Manfred Schaffarzick gestaltete Gedenkstein erinnert an die Opfer der stalinistischen Willkür

Gedenktafeln für die Opfer stalinistischer Willkür am ehemaligen Gerichtsgefängnis

Cottbus. Das heutige Haus 2 des Landgerichts Cottbus wurde 1907 fertiggestellt und diente bis 1945 als Gerichtgefängnis. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte es die sowjetische Besatzungsmacht als Haftanstalt. Von Mai 1945 bis 1950 diente es der sowjetischen Geheimpolizei NKWD als Untersuchungsgefängnis für die südbrandenburgische Region. Der Weg vieler Häftlinge in die sowjetischen Speziallager führte über das NKWD-Gefängnis Cottbus. Die Mehrzahl, der in Cottbus Inhaftierten wurde in das Speziallager Jamlitz verschleppt. Zwischen Dezember 1945 und April 1947 wurden in wöchentlichen Transporten insgesamt 1.306 Gefangene mit dem LKW von Cottbus nach Jamlitz verbracht. Ferner sind auch Häftlingsmärsche in das Speziallager Ketschendorf bekannt.

Nach 1950 nutzte das MfS das Gebäude als Untersuchungshaftanstalt. Hier wurden zahlreiche Häftlinge unter primitiven Bedingungen gefangen gehalten, gequält und als vermeintliche Staatsfeinde zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Am Gebäude des Amtsgerichtes an der Hofeinfahrt zum ehemaligen Zellentrakt wurde am 3. Dezember 1993 auf Initiative der CDU-Fraktion im Cottbuser Stadtparlament und der Bezirksgruppe Cottbus der Vereinigung der VOS e.V. eine 50 mal 70 Zentimeter große Gedenktafel feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Sie trägt die **Inschrift**:
Zum Gedenken an die / unschuldigen Opfer / der stalinistischen / Willkür / 1945–1950.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls enthüllte Landgerichtspräsident Bernd Walter im November 2009 eine Gedenktafel am ehemaligen Gefängnis, dem heutigen Haus 2 des Landgerichts Cottbus. Sie trägt die **Inschrift:**
Dieses 1905-1907 errichtete Gebäude diente bis / 1945 als Gerichtsgefängnis, bis 1950 als stalinistische Haftanstalt und bis 1990 als Untersuchungsgefängnis der / Staatssicherheit der DDR insbesondere für politisch Verfolgte (sog. Stasi-Knast). / / Zum Gedenken an die der politischen Willkür / schutzlos ausgeliefert gewesenen Inhaftierten.

Standort: Cottbus, Amtsgericht, Gerichtsplatz 2; Landgericht, Gerichtsstraße 3/4, Haus 2

Seit 2009 erinnert eine Gedenktafel am ehemaligen Gefängnis and die Opfer der politischen Willkür

Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Forst. An der Polizeiwache in der Bahnhofstraße 54, dem ehemaligen Gerichtsgefängnis, wurde am Volkstrauertag 1995 eine Bronzetafel enthüllt, die mit Unterstützung der VOS e.V. dort angebracht worden war. Sie trägt die **Inschrift**:
Dem Gedenken / der / Opfer des Stalinismus. / In diesem Gebäude befand sich / der Sitz des NKWD in Forst / 1945.

Die Tafel initiierte Kurt Noack, der in diesem Haus nach seiner Festnahme im Juli 1945 von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD vernommen wurde, bevor man ihn über das NKWD-Gefängnis Cottbus in verschiedene Speziallager brachte.

Standort: Forst, Polizeiwache Forst, Bahnhofstraße 54

Eine Gedenktafel an der Polizeiwache erinnert an die einstige Nutzung des Gefängnisses als Sitz des NKWD

Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“

Frankfurt (Oder). Die Gedenkstätte befindet sich in einer der ältesten Strafvollzugsanstalten der Mark Brandenburg. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts existierte auf dem Gelände ein sogenanntes Arbeitshaus. Im Jahr 1812 entstand schließlich ein Polizei- und Gerichtsgefängnis, das im Verlauf der Zeit mehrere bauliche Erweiterungen erfuhr. Nach 1933 übernahm die Gestapo das Gefängnis, in dem auch Hinrichtungen stattfanden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nutzten sowjetische Sicherheitsorgane das Gefängnis zuerst als Internierungs-, später als Etappengefängnis. Etwa 1950 wurde die Einrichtung vom MfS übernommen, die das Gebäude bis 1969 als Untersuchungshaftanstalt führte. In den Jahren 1950 bis 1952 fungierte das Gefängnis als Hinrichtungsstätte. Nach der Fertigstellung eines Neubaus in der Otto-Grotewohl-Straße 53 (heute: Robert-Havemann-Straße 11) zog das MfS dahin um. Es übergab das alte Gebäude in der heutigen Collegienstraße 10 der Volkspolizei (Ministerium des Innern), die das Gefängnis bis zum Ende der DDR weiter als Untersuchungshaftanstalt führte. In zwei Etappen (1990 und 2001) wurde der größte Teil des Gebäudes für die Frankfurter Musikschule und die Stadt- und Regionalbibliothek hergerichtet.

Am 17. Juni 1994, dem 41. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR, wurde die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“ in Frankfurt (Oder) in der Collegienstraße 10 eröffnet. Die Gedenkstätte dokumentiert Schicksale von Personen, die wegen widerständigem Verhalten, ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder einfach nur auf Verdacht in das Räderwerk der politischen Strafsysteme des „Dritten Reiches“, der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Herrschaft geraten waren. Die Initiative zum Aufbau der Gedenkstätte ging von einer 1990 gebildeten Arbeitsgruppe des Runden Tisches in Frankfurt (Oder) aus, die sich für die Rehabilitierung der Opfer der Diktatur in der SBZ und der DDR einsetzte. Seit Januar 2004 betreibt der BStU die Gedenkstätte. Das städtische Museum Viadrina verantwortet die Darstellungen zur NS-Zeit, der BStU die Zeit nach 1945.

Als Mahn- und Ehrenmal für die Opfer politischer Gewaltherrschaft steht seit 1995 zwischen der Gedenkstätte und der Konzerthalle Frankfurt (Oder) die Plastik „Großes Martyrium“ von Wieland Förster. Am Gebäude in der Collegienstraße befindet sich eine Gedenktafel mit der **Inschrift:**
Zum Gedenken / an jene Bürger und Bürgerinnen / die 1947/48 durch das NKWD/MWD / in Frankfurt (Oder) verhaftet / und von einem sowjetischen / Militärgericht verurteilt wurden / als politische Häftlinge in den / Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR einsaßen / und von denen dort umkamen: / Horst Bartelt / Heinz Blumenstein / Harald Michel / Gerda Schulze.

Standort: Frankfurt (Oder), Collegienstraße 10
Internet: www.museum-viadrina.de

Gedenktafel für die Opfer des NKWD

Eine Gedenktafel erinnert an die Nutzung des Gebäudes durch den NKWD

Guben. Nach der Besetzung Gubens durch die Rote Armee 1945 wurde das Mietshaus in der Mittelstraße 12 als Kommandantur der sowjetischen Geheimpolizei NKWD und dessen Keller als Untersuchungsgefängnis („GPU-Keller“) genutzt. Bis 1949 diente das Gebäude als zentrale Erfassungsstelle für die Region. Ein zwei Meter hoher Bretterzaun umfasste das gesamte Terrain der Mittelstraße zwischen Grünstraße und der Auffahrt zum Bahnhofsberg. In den anderen dazugehörigen Häusern wohnten sowjetische Offiziere und Soldaten. In Guben und in der Umgebung verhaftete die sowjetische Geheimpolizei willkürlich Personen und sperrte sie in den Gefängniskeller ein. Dazu zählten u. a. Jugendliche, denen „Werwolf“-Tätigkeit vorgeworfen wurde. Die Festgenommenen wurden einzeln und überwiegend nachts mit großer Brutalität verhört. Am Ende wurden sie zur Unterschrift unter ein auf Russisch abgefasstes Vernehmungsprotokoll gezwungen, in dem sie sich zu übertriebenen oder frei erfundenen Straftaten bekennen mussten. Damit begann ihr leidvoller Weg durch verschiedene Gefängnisse und Speziallager in der SBZ oder der Sowjetunion. Das Areal des NKWD in Guben war vermutlich noch bis 1954 durch einen Bretterzaun von der Außenwelt abgeschirmt.

Im Jahr 1998 wurde an dem Mietshaus in der Mittelstraße 12 auf Initiative des Geschichtslehrers Andreas Peter in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der VOS e.V. eine Gedenktafel angebracht. Die **Inschrift** lautet:
Den Opfern des Stalinismus! / In diesem Gebäude befand sich nach dem 2. Weltkrieg / bis 1950 die Kommandantur der sowjetischen Geheimpolizei. / Hier begann auch für viele Unschuldige – oft nach / Mißhandlungen – ein leidvoller Weg in sowjetische / Lager, der nicht wenigen das Leben kostete.

Standort: Guben, Mittelstraße 12

Gedenktafel für die Opfer stalinistischer Willkür

Krumbeck. 1946 verhaftete die sowjetische Geheimpolizei NKWD alle männlichen Jugendlichen des kleinen Dorfes Krumbeck. Die acht Jungen, von denen der jüngste gerade zwölf Jahre alt war, wurden mit der Anschuldigung, der „Werwolf“-Organisation anzugehören, in die sowjetischen Speziallager Fünfeichen, Sachsenhausen und Buchenwald verbracht. Erst 1950 kehrten die jungen Männer aus Krumbeck zurück, einer verstarb in Buchenwald. Auf Initiative von Heinz Martini, der 1946 im Alter von 15 Jahren in das Speziallager Sachsenhausen verschleppt wurde, konnte 1992 auf dem Friedhof in Krumbeck eine Gedenktafel aus Marmor errichtet werden. Sie befindet sich in einer kleinen, von Ziergitter umgebenen Anlage und trägt die **Inschrift:** *Den Opfern / stalinistischer Willkür / 1945–1950.*

Standort: Krumbeck, Friedhof

Auf dem Friedhof in Krumbeck erinnert ein Gedenkstein an die Opfer der stalinistischen Willkür

Gedenktafel für die Opfer stalinistisch-kommunistischer Gewaltherrschaft

Lübben. In der Paul-Gerhardt-Straße 2 befindet sich das heute wieder von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg genutzte und nach dem für die Gemeinde Lübben bedeutsamen Pfarrer Richard Raabe (1880–1968) benannte Haus. Es wurde 1908 von den Ständen des Markgrafentums Niederlausitz als Vizegeneralsuperintendentur erbaut und diente den Inhabern dieses Amtes als Dienstwohnung. 1941 musste die Kirche unter dem Druck der Nationalsozialisten das Gebäude abtreten. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges stand es dem Reichsarbeitsdienst zur Verfügung. 1945 beschlagnahmte die sowjetische Besatzungsmacht das Haus und es wurde Dienststelle der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. In dem zu dieser Zeit zum Zellentrakt ausgebauten Keller wurden Jugendliche, Frauen und Männer bis zu ihrem Weitertransport in eines der sowjetischen Speziallager inhaftiert. Wie an vielen anderen Orten ging die Besatzungsmacht unter dem Deckmantel der Entnazifizierung mit großer Willkür auch gegen Unschuldige und gegen Gegner der politischen Verhältnisse in der SBZ vor. Die Gefängnisse des NKWD waren für viele Verhaftete die erste Station auf ihrem Leidensweg durch die sowjetischen Speziallager. Nachdem im April 1950 die Dienststelle des NKWD nach Luckau verlegt worden war, befand sich kurzzeitig die SED-Kreisleitung in dem Haus. Anschließend wurde es bis zum Ende der DDR 1989 vom MfS als Kreisdienststelle genutzt. Es erweiterte das Gebäude um zwei Häuser und stattete es mit enormer Sicherheitstechnik aus.

Im Jahr 1993 erhielt die Kirche das Gebäude zurück. Im Zusammenwirken mit der Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V. wurde am 5. April 1998 eine Gedenktafel am Haus angebracht. Sie trägt die **Inschrift:**

In diesem Hause wurden Opfer / stalinistisch-kommunistischer / Gewaltherrschaft / 1945–1989 / gedemütigt und gefoltert. / ‚Ich weiss, dass mein Erlöser lebt.' / Hiob 19, 25.

Standort: Lübben, Richard-Raabe-Haus, Paul-Gerhardt-Straße 2

Eine Gedenktafel erinnert an die Nutzung des Gebäudes durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD

Gedenktafel für die Opfer des NKWD

Luckenwalde. In der Villa auf dem Grundstück Burg 29 a residierte nach 1945 eine Dienststelle der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. Im Kellergeschoss wurden Zellen eingerichtet, die im Volksmund „GPU-Keller" genannt wurden. Am 28. September 1991 wurde von der Stadt Luckenwalde auf Initiative von Opfern stalinistischer Verfolgung, insbesondere des Luckenwalder Bürgers Arno Walter, eine Gedenktafel eingeweiht. Arno Walter war 16 Jahre alt, als er 1945 unter „Werwolf"-Verdacht in diesem „GPU-Keller" inhaftiert und anschließend in die Speziallager Fünfeichen und Ketschendorf deportiert wurde. Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt etwa 1.000 Verhaftete diesen Keller durchliefen. Die Gedenktafel trägt die **Inschrift:**

Das auf diesem Grundstück / befindliche Haus / war nach dem Einmarsch / der Roten Armee eine / Dienststelle des NKWD. / In den Kellern / dieser Dienststelle / begann für unschuldig / verhaftete Menschen / der Leidensweg in die Lager des NKWD. / Wir gedenken der Toten / und der Überlebenden / der NKWD-Lager.

Standort: Luckenwalde, Burg 29 a

Das Grundstück an der Burg 29 a diente dem NKWD nach 1945 als Diensstelle in Luckenwalde

Gedenkstein für die Opfer des NKWD

Pritzwalk. An der Stelle des ehemaligen Sägewerkes in Pritzwalk befand sich von 1945 bis 1947 ein Durchgangslager der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. Von dort aus wurden neben Funktionsträgern des NS-Regimes auch Jugendliche, denen „Werwolf"-Tätigkeit vorgeworfen wurde, und willkürlich Verhaftete in die sowjetischen Speziallager gebracht. Michael Krüger, Sohn des damaligen Jugendpfarrers in Pritzwalk, ließ in Eigeninitiative einen Gedenkstein fertigen, der an diese Opfer erinnern soll. 1996 wurde der Stein am ehemaligen Standort des Lagers in der Gartenstraße vor zwei neu errichteten Wohnblöcken eingeweiht. Die Stadtverwaltung beschloss allerdings, dass der Stein mitten in der Stadt im Wege sei, und ließ ihn 1998 auf den Friedhof bringen. Dort wurde er neben den Massengräbern von Opfern des Nationalsozialismus und anderen Gedenksteinen aufgestellt. Der Stein trägt die **Inschrift**:
Gegen Gewalt / 1945–1947 / Internierungslager / des NKWD.

Standort: Pritzwalk, Friedhof Pritzwalk, Schönhagener Straße 16 / Perleberger Straße

Gedenkstein für die Opfer des NKWD in Pritzwalk

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

Prenzlau. In den Kellern der Friedhofstraße 4 richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD nach dem Zweiten Weltkrieg ein Untersuchungsgefängnis (im Volksmund „GPU-Keller") ein. Hier begann für etwa 135 Menschen aus dem Kreis Prenzlau, die 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert worden waren, der Leidensweg in die Speziallager Fünfeichen und Ketschendorf, aber auch in die Sowjetunion. Zwischen 1946 und 1950 kam es zu weiteren Verhaftungen durch das NKWD. 37 von diesen Personen wurden durch SMT zu Lagerstrafen verurteilt.

Eine Verhaftungsaktion fand in der Nacht vom 23. zum 24. September 1948 statt. Das NKWD verschleppte zahlreiche Jugendliche und brachte diese in die Keller in der Friedhofstraße. Von dort wurden sie in das NKWD-Gefängnis nach Eberswalde überstellt. In monatelangen nächtlichen Verhören wurden von den Jugendlichen unter Folter und Misshandlungen Schuldbekenntnisse erzwungen. Im Februar 1949 verurteilte ein SMT in Eberswalde zwölf junge Männer, unter ihnen auch Kurt Hanjohr und Hans Stein, zu 25 Jahren Arbeitslager wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, „antisowjetischer Propaganda" und „terroristischer Diversion". Im gefürchteten Zuchthaus Bautzen verbrachten sie anschließend die schlimmsten Jahre ihres Lebens.
Auf Initiative der Bezirksgruppe Prenzlau der VOS e.V. wurde im Juni 1990 ein Gedenkstein aufgestellt. Seine **Inschrift** lautet:
Den Opfern des Stalinismus / 1945–1989 / Hier wurden 1945–1950 Jugendliche – Frauen / u. Männer gefangen gehalten, / verhört u. gefoltert. / Ihr Leiden u. Sterben war Beginn / eines neuen Unrechtsystems. / Nicht Rache soll sein, / sondern Erinnerung!
An einer Mauer neben dem Gedenkstein ist **zu lesen**:
Wir wollen vergeben, / wollen keine Rache, / wir wollen nie wieder eine Diktatur!

Standort: Prenzlau, Friedhofstraße 4

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus in Prenzlau

Gedenktafel für die Opfer des Internierungslagers Ketschendorf

Ziltendorf. In den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges Ende April 1945 beschlagnahmte die sowjetische Geheimpolizei NKWD die Siedlung Ketschendorf und richtete das Speziallager Nr. 5 ein. Zeitweise wurden in der für 500 Menschen errichteten Siedlung mehr als 9000 Personen gefangen gehalten. Die Gefangenen mussten eng zusammengepfercht in den Siedlungshäusern kampieren. Erst später wurden mehrstöckige Schlafregale aufgestellt. Zudem führten mangelnde Hygiene, Ungeziefer, Hunger sowie eine unzureichende medizinische Versorgung zum Tod vieler Häftlinge. Nach Unterlagen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes starben in Ketschendorf etwa 4620 Menschen, andere Schätzungen gehen von 6000 Toten aus. Im März 1947 wurde das Speziallager aufgelöst. Zum Gedenken an die Ziltendorfer Toten des Speziallagers wurde auf Initiative ehemaliger Lagerinsassen im Jahr 2000 an der Friedhofskapelle in Ziltendorf eine Gedenktafel errichtet.
Ihre **Inschrift** lautet:

Zum Gedenken / an die Verstorbenen / des Internierungslagers / Ketschendorf / Luise Becker / Karl Budach / Diller / Ernst Dullin / Horst Gessner / Otto Gessner / Wilhelm Jänchen / Paul Lillinger / Wilhelm Lehmann / Ernst Welkisch / Karl Malack / Gustav Purps / Wilhelm Redlich / Walter Scharne / Emil Schüler / Walter Schönfeld / Georg Talke / Paul Teichmann.

Standort: Ziltendorf, Bahnhofstraße, Friedhofskapelle

»
Zum Gedenken an die Opfer des Speziallagers Nr. 5 wurde auf Initiative ehemaliger Lagerinsassen an der Ziltendorfer Friedhofskapelle eine Gedenktafel errichtet

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Mecklenburg-Vorpommern

Sowjetisches Speziallager Nr.9 Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

Neubrandenburg. Fünfeichen, ein ehemaliges landwirtschaftliches Gut am südlichen Rand von Neubrandenburg, wurde 1938 von der Wehrmacht gekauft, die hier im Herbst 1939 von Gefangenen das Kriegsgefangenenlager Stalag II E und später das Offiziersgefangenenlager Oflag II E errichten ließ. Bis zu Hunderttausend Armeeangehörige aus zehn Ländern waren hier in den sechs Kriegsjahren interniert. Besonders hoch war die Todesrate unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, die als „rassisch Minderwertige“ katastrophalen Lagerbedingungen ausgesetzt waren.

Am 28. April 1945 wurden das Kriegsgefangenen- und das Offizierslager durch die Rote Armee befreit. Von Mai bis September 1945 diente das Lager zur Unterbringung befreiter Kriegsgefangener, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die auf ihre Rückkehr in die Heimat warteten. Von Juni 1945 bis November 1948 nutzte die sowjetische Geheimpolizei NKWD das Lagergelände in Fünfeichen weiter als Speziallager Nr. 9, in dem über 15.000 Menschen inhaftiert wurden. Wie die anderen sowjetischen Lager war Fünfeichen gegenüber der Außenwelt nahezu vollständig isoliert.

Die höchste Häftlingszahl wurde im September 1946 mit 10.679 Menschen registriert, von denen vier Prozent weibliche Häftlinge waren. Im Lager befanden sich nahezu ausschließlich Internierte und einige wenige Kriegsgefangene. Das Lager bestand aus fünf Zonen: dem Nord- und Südlager, einem Lagerbereich für Frauen, einem Wirtschaftshof sowie einem Bad und den Quarantänebaracken. Das gesamte Lager war von mehreren Reihen Stacheldrahtzaun umgeben. Im Nordlager befand sich das Lagergefängnis. Der Lazarettbereich lag außerhalb des eigentlichen Lagers. Fünfeichen unterschied sich von den anderen NKWD-Lagern in der SBZ dadurch, dass mit ungefähr der Hälfte der Lagerinsassen ein relativ hoher Anteil in Lagerwerkstätten oder Außenkommandos arbeitete.

Die Häftlinge setzten sich aus unteren NS–Funktionären, wie Block- und Zellenleitern, aber auch aus angeblichen „Spionen“, „Saboteuren“, „Werwölfen“, Betriebsleitern und Verwaltungsbeamten zusammen. Unter die Kategorie „Werwolf“ fielen vor allem Jugendliche, die zumeist nach Denunziationen unschuldig verhaftet worden waren. Zu den im Lager Fünfeichen festgehaltenen Kriegsgefangenen zählten auch Wehrmachtssoldaten, Angehörige des Volkssturms sowie der SS und SA. Eine juristische Überprüfung der Schuldvorwürfe unterblieb. Auf Grund der schlechten Haftbedingungen überlebte ein Drittel der Häftlinge die Haftzeit nicht.

Am 4. November 1948 wurden die letzten 179 Internierten aus Fünfeichen in das Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen verlegt. Der Befehl Nr. 4 der Abteilung Speziallager des NKWD vom 18. Januar 1949 beendete offiziell die Existenz des Lagers. Bis 1950 wurden die Lagerbaracken und zahlreiche andere Gebäude abgerissen. Allein das ehemalige Gutshaus überdauerte als Ruine.

»
Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen „Gestütztes Kreuz“

Im Jahr 1961 wurde eine Gedenkanlage für die Opfer des Kriegsgefangenenlagers errichtet, deren würdevolle Pflege allerdings unterblieb, da sie im militärischen Sperrgebiet der NVA lag. Die Geschichte und die Toten des Speziallagers wurden in der DDR tabuisiert. 1990 führten Recherchen des Regionalmuseums Neubrandenburg zum Auffinden von zwei Gräberfeldern mit Toten des Speziallagers. Diese wurden markiert und gesichert. 1991 wurde die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen als Interessenvertretung ehemaliger Häftlinge des Speziallagers und ihrer Angehörigen gegründet. 1993 konnte ein neugestaltetes Mahnmal eingeweiht werden. Den Entwurf für das schräg stehende, gestützte Kreuz und die Neugestaltung der Friedhofsanlage lieferte der Holzbildhauer Uwe Grimm aus Neu Wokern bei Teterow. Im November 1999 wurden auf dem südlichen Gräberfeld 59 Bronzetafeln mit den Namen von über 5.000 Opfern des NKWD-Lagers Fünfeichen eingeweiht.

Im Jahr 2007 erhielt die Stadt Neubrandenburg genauere Kenntnis von der Zahl der verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Diese sollen, ebenso wie alle anderen namentlich bekannten Opfer, ihre Identität durch die Installation von Namenstafeln auf dem ehemaligen Kriegsgefangenenfriedhof zurückerhalten.

Seit 2012 erschließt ein zweisprachiger Lehrpfad das Lager- und Gedenkstättengelände. Es ist der vierte seiner Art in Neubrandenburg, der unter dem Titel „Spurensuche – Orte der Gewalt“ an einen historischen Schauplatz im Stadtgebiet erinnert.

Am Volkstrauertag finden alljährlich Gedenkveranstaltungen in Fünfeichen statt.

Die **Inschrift** der Gedenktafel im Eingangsbereich lautet:
Allen Toten von Fünfeichen / zu immerwährendem Gedenken / und den Lebenden zur Mahnung. / Nach 1945 kamen hier / in diesem Lager / der sowjetischen Besatzungsmacht / tausende deutsche / Männer, Frauen und / Jugendliche um. Sie / starben an Hunger, / Seuchen und Krankheit: / Auf zwei Grabfeldern im Wald und an anderen / Stellen sind sie als / Namenlose der Erde über- / geben worden. Der Weg / zur deutschen Einheit / im Jahre 1990 gab den / Opfern ihre Würde zurück. / Auf diesem Friedhof / von Kriegsgefangenen des Zweiten / Weltkrieges ruhen 500 / Soldaten und Offiziere / in Einzelgräbern. / Sie kamen aus Bel- / gien, Frankreich, Groß- / britannien, Italien, / den / Niederlanden, Polen, Serbien, / der Slowakei und den USA. / Mehr als 1 000 kriegsge- / fangene Soldaten der Roten / Armee starben in Fünf- / eichen an den Folgen / schlechter / Behandlung. Sie wurden in / Gruppengräbern bestattet.

Standort: Neubrandenburg, Fünfeichener Weg, am Rande des Mühlenholzes

»
Gedenktafeln im Eingangsbereich der Mahn- und Gedenkstätte

Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland

Schwerin. Das repräsentative Verwaltungsgebäude am Demmlerplatz verkörpert die Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts und zeugt von Recht und Unrecht in unterschiedlichen geschichtlichen Epochen. Der Grundstein für den Bau wurde am 25. März 1914 gelegt; zweieinhalb Jahre später waren Justizgebäude und der zugehörige dreistöckige Gefängnistrakt fertig gestellt. Während der Zeit des Nationalsozialismus beherbergte das Gebäude u. a. das „Anerben- und Gesundheitsgericht“. Hier wurde beispielsweise über Zwangssterilisationen entschieden. Außerdem arbeiteten am Demmlerplatz NS-Sondergerichte. Im dazugehörigen Untersuchungsgefängnis waren auch politische Gefangene inhaftiert.
Mit dem Kriegsende besetzten amerikanische und danach britische Truppen die Stadt. Nach ihrem Abzug Ende Juni 1945 etablierte sich die sowjetische Besatzungsmacht in Schwerin. Das Gebäude am Demmlerplatz wurde Dienststelle der dem NKWD unterstellten sowjetischen Sicherheitskräfte und des Geheimdienstes. Hier fällten Sowjetische Militärtribunale ihre Willkürurteile. Zahllose Häftlinge aus ganz Mecklenburg-Vorpommern kamen hierher. Im Zuge der Entnazifizierung wurden nicht nur NS-Belastete, sondern auch Unschuldige und zunehmend Gegner der politischen Verhältnisse in der SBZ verhaftet und zu langjährigen Gefängnis- oder Lagerstrafen verurteilt. Die Bedingungen im Untersuchungsgefängnis waren katastrophal: überbelegte Zellen, mangelnde Verpflegung und medizinische Betreuung sowie Folter und völlige Isolation von der Außenwelt.

Blick in die Ausstellung des Dokumentationszentrums

Am 1. Januar 1954 ging das Gebäude in die Rechtsträgerschaft des MfS über, dessen Bezirksverwaltung Schwerin hier ihren Sitz errichtete. Von diesem Ort aus koordinierte die DDR-Geheimpolizei ihre Aktivitäten im Bezirk Schwerin und betrieb das Untersuchungsgefängnis weiter. Das gesamte Gelände war von der Umgebung hermetisch abgetrennt, mit Mauern und Wachturm gesichert. Im Untersuchungsgefängnis wurden weiterhin politisch Andersdenkende oder Unangepasste eingesperrt und terrorisiert. Im Turm, der den Gefängnistrakt abschließt, beseitigte man die kleine Kapelle und richtete Vernehmerzimmer ein, in denen Angehörige der Abteilung IX des MfS die Inhaftierten verhörten.

Mit der Friedlichen Revolution 1989 musste die Staatssicherheit ihre Arbeit auch am Demmlerplatz einstellen. Bürgerinnen und Bürger besetzten die Gebäude. Auf dem gesamten Gelände nahm man bauliche Veränderungen vor, so wurde der Freigang an der Südseite des Gefängnisses abgerissen. 1990 zog zunächst die Schweriner Außenstelle der BStU ein, doch bereits im selben Jahr folgte das neu gebildete Justizministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Heute sind im Hauptgebäude Amts- und Landgericht untergebracht.
Um die Nutzung des Gefängnistraktes als

»
Blick auf die Fassade

Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland Demmlerplatz

Gedenk- und Lernort gab es lange Zeit Auseinandersetzungen. Von Anfang an setzte sich Jörn Mothes, der damalige Landesbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, für eine Nutzung des Gebäudes als Gedenkstätte ein, erarbeitete eine Konzeption, präsentierte Ausstellungen und machte zahllose Gruppen mit der Geschichte des Gebäudes und den Schicksalen der politischen Häftlinge vertraut. Schließlich beschloss die Landesregierung 1998, in den ehemaligen MfS-Untersuchungsgefängnissen Rostock und Schwerin Gedenk- und Forschungseinrichtungen einzurichten. Doch erst mit der Übergabe der Zuständigkeit für den Schweriner Standort an die Landeszentrale für politische Bildung im November 2000 begannen die notwendigen Umgestaltungen im Gefangenenhaus.

Am 6. Juni 2001 wurde das Dokumentationszentrum am Demmlerplatz in Anwesenheit von Bundespräsident Johannes Rau eröffnet.

Eine dreiteilige Dauerausstellung informiert zu Justiz und poltische Haft im Nationalsozialmus, in der sowjetischen Besatungszone und der DDR. In deren Mittelpunkt stehen Schicksale der Häftlinge, die aus politischen Gründen verfolgt, inhaftiert und verurteilt wurden. Das Dokumentationszentrum am Schweriner Demmlerplatz versteht sich als ein historischer Ort der Erinnerung, des Gedenkens und als offener Lernort.

Bereits 1994 war auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. eine Gedenktafel neben dem Eingang zum Justizgebäude am Demmlerplatz der Öffentlichkeit übergeben worden. Am 21. März enthüllte Schwerins stellvertretende Oberbürgermeisterin in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und zahlreicher Gäste diese Tafel. Sie trägt die **Inschrift:**
1945–1989 / Sitz der sowjetischen Geheimpolizei, der / Bezirksverwaltung Schwerin des Ministeriums / für Staatssicherheit und Haftanstalt. / Die hier in Wahrnehmung der Menschen- und / Bürgerrechte inhaftiert waren, nahmen das / schwere Los von Opfer und Widerstand / gegen das stalinistische System auf sich.

Standort: Schwerin, Obotritenring 106
Internet: www.dokumentationszentrum-schwerin.de

Gedenkstein für die Opfer des NKWD

Waren (Müritz). Im Gebäude Kietzstraße 10 befand sich nach dem 8. Mai 1945 eine Dienststelle der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. Hier wurden zahlreiche Jugendliche und Erwachsene aus dem Müritzkreis wegen des Verdachts auf „Werwolf"-Tätigkeit und anderer Delikte verhört, gefoltert und zu Geständnissen gezwungen. Überlebende bezeichneten das Gebäude als „Haus des Schreckens". Der durch Spenden finanzierte Gedenkstein wurde am 14. November 2004 zum Volkstrauertag eingeweiht.

Die **Inschrift** der Tafel auf dem Gedenkstein lautet:
VERWEILE UND LIES! / In diesem Gebäude, dem ehemaligen Landratsamt / bzw. Rat des Kreises, befand sich / vom 8.5.1945 bis Ende 1947 der Sitz / der sowjetischen Geheimpolizei GPU, später NKWD./ Hier begann für viele Mädchen und Jungen / sowie Erwachsene des Müritz-Kreises / nach Folter und Erpressung der Weg in leidvolle / jahrelange Haft, für viele in qualvoll-gewaltsamen / Tod; zwei 16-jährige Jungen trieb die Brutalität / der Verhöre zur Selbsttötung./ Nicht alle Namen von denen, die hier litten / sind bekannt, nicht aller Schicksal ist geklärt./ Jeder Dritte fiel den unmenschlichen Bedingungen / stalinistischer Straflager und ab 1950 dem / kommunistischen Strafvollzug der DDR zum Opfer./ Die von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten,/ auch die Erschossenen, wurden nach 1991 / vom Hauptmilitärstaatsanwalt / der Russischen Föderation rehabilitiert./ Bewahren wir den Opfern unser Gedenken.

Standort: Waren, Kietzstraße 10

»
Gedenkstein für die Opfer des NKWD in Waren

Gedenktafel für die Opfer der stalinistisch-kommunistischen Diktatur

Gedenktafel für die Opfer der stalinistisch-kommunitischen Diktatur

Parchim. Als zum Kriegsende die Rote Armee große Teile Mecklenburgs besetzte, folgten ihr dem NKWD unterstellte Operativeinheiten, die in den besetzten Territorien „feindliche Elemente“ aufspüren sollten. Für die Unterbringung der Inhaftierten wurden Gefängnisse genutzt, Lager eingerichtet und Arresträume in Kellern geschaffen. In Parchim richtete die NKWD-Dienststelle ihren Sitz im Doppelgebäude Schweriner Straße 3/4 ein, das mit seinen Kellerräumen zwischen 1945 und 1948 auch als Verhör- und Haftstätte diente.

In der Anfangszeit inhaftierte der sowjetische Geheimdienst vor allem Funktionsträger des NS-Staates, wie Bürgermeister, Ortsgruppenleiter, Ortsbauernführer, Polizisten, Parteifunktionäre, Mitglieder der Hitler-Jugend und sonstige von ihnen als feindlich eingestufte Personen. Später fanden sich unter den Gefangenen immer mehr Gegner der Politik von Besatzungsmacht und KPD/SED in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Die Verhaftungspraxis war durch große Willkür geprägt. Viele Jugendliche wurden unter dem Vorwurf eingesperrt, für den „Werwolf“, eine NS-Untergrundorganisation am Ende des Zweiten Weltkrieges, tätig gewesen zu sein. Häufig veranlassten Denunziationen die Verhaftung unliebsamer Personen. Die Verhöre wurden nicht selten mit großer Brutalität geführt, um Zeugenaussagen zu erpressen.

Die Bedingungen im NKWD-Gefängnis Parchim waren katastrophal. Mangelhafte Verpflegung, keine medizinische Betreuung und schlechte hygienische Bedingungen bestimmten den Alltag. Die Häftlinge wurden brutalen Verhören unterzogen, teilweise zu falschen Geständnissen gezwungen und blieben von der Außenwelt vollständig isoliert. Teilweise waren die Kellerräume in Parchim mit zehn bis zwölf Häftlingen belegt. Im Keller gab es zudem Dunkelzellen für Einzelhaft. Viele Häftlinge aus dem NKWD-Gefängnis Parchim kamen in das Gefängnis Nr. 5 in Alt-Strelitz oder das Speziallager Nr. 9 in Fünfeichen.

Am 17. Juni 1993 wurde an dem Gebäude eine Gedenktafel für die Opfer der stalinistisch-kommunistischen Diktatur angebracht. Sie trägt die **Inschrift:**
In diesem Haus wurden / in der Zeit von / 1945–1948 / Opfer der stalinistisch- / kommunistischen Unrechts- / diktatur gefangen gehalten / und gefoltert.

Standort: Parchim, Schweriner Str. 3/4

Gedenkstein für die Opfer der Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht

Malchow. Die Villa des früheren Fabrikbesitzers Gottfried Blanck in der Gartenstraße 19 in Malchow wurde im Mai 1945 zum Sitz der sowjetischen Ortskommandantur. Wie in anderen ostdeutschen Orten fielen der Suche nach den Verantwortlichen für die nationalsozialistischen Verbrechen auch zahllose Unschuldige zum Opfer. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene wurden verdächtigt, dem „Werwolf“, einer von den Nationalsozialisten propagandistisch aufgeblähten Untergrundbewegung, anzugehören.

Im Zeitraum von Ende 1945 bis Anfang 1946 verhaftete die sowjetische Geheimpolizei in Malchow über 30 Jugendliche aufgrund von Denunziationen oder Willkür. Viele von ihnen wurden zunächst in die Kellerräume der Kommandantur gesperrt, um später in das NKWD-Gefängnis nach Waren transportiert zu werden. Andere brachte man direkt dorthin. Hier wurden sie durch Angehörige des NKWD verhört und durch brutale Folter zu Geständnissen gezwungen. Sowjetische Militärtribunale in Waren und Güstrow verurteilten die Ver-

Gedenkstein für die Opfer der Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht in Malchow

hafteten auf der Grundlage dieser Geständnisse zu zehn oder 15 Jahren Lagerhaft; ein 1929 geborener Eisenbahnerlehrling wurde hingerichtet. Die Mehrheit der Verurteilten kam über das sowjetische Gefängnis Alt-Strelitz in das Speziallager Nr. 7 nach Sachsenhausen. Fünf Jugendliche aus Malchow starben an den unmenschlichen Bedingungen im Lager.

Die Auflösung des sowjetischen Speziallagers in Sachsenhausen 1950 bedeutete nicht für alle Gefangenen das Ende der Haft. Einige wurden erst Jahre später aus dem Strafvollzug der DDR entlassen. Alle verhafteten Malchower Jugendlichen wurden vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation am 18. Oktober 1991 rehabilitiert.

Erst nach dem Ende der SED-Herrschaft konnte in Malchow die Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel der Nachkriegsgeschichte beginnen. Auf Beschluss der Stadtvertretung wurde am 2. Juli 1998 vor der ehemaligen Blanckschen Villa ein Gedenkstein in Anwesenheit von Überlebenden aufgestellt. Am Gedenkstein ist eine Kupfertafel angebracht, die der Malchower Künstler Sieghard Dittner gestaltete. Sie trägt die **Inschrift:**
In diesem Haus befand sich / von 1945–1947 die sowjetische / Zivilkommandantur. / Hier begann für viele Jugend-/ liche und Erwachsene / Malchowerinnen und / Malchower der Weg in leid-/volle Haft, für manche in / qualvoll-gewaltsamen Tod. / Ihr Schicksal mahnt!.

Eine Informationstafel erinnert seit dem 1. Juli 2011 zudem an die „Werwolftragödie“ 1945.

Standort: Malchow, Gartenstraße 19

Kupfertafel mit Inschrift auf dem Gedekstein

Gedenkstein für die Opfer des NKWD–Gefängnisses Nr. 5 Strelitz

Gedenkstein für die Opfer des NKWD-Gefängnisses Nr. 5 Strelitz

Neustrelitz. Die Anfänge der heutigen Justizvollzugsanstalt Neustrelitz reichen bis in das 18. Jahrhundert zurück, als das Landarbeits-, Zucht- und Irrenhaus des Herzogtums Mecklenburg-Strelitz errichtet wurde. Bis 1945 waren auf dem Gelände Gefängnis, Zuchthaus und eine Abteilung zur Verwahrung „unzurechnungsfähiger Rechtsbrecher“ untergebracht. Im Mai 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht die Gefängnisgebäude und nutzte sie bis Juli 1945 als Gefängnis des NKWD mit regionaler Zuständigkeit. Danach unterstand die Strafanstalt als Gefängnis Nr. 5 Strelitz der Abteilung Speziallager des NKWD in Deutschland und wurde bis Ende 1946 von ihr verwaltet.

Bei der Übergabe an die deutschen Behörden befanden sich 1.088 Häftlinge in der Anstalt: überwiegend Bürger der Sowjetunion, die auf ihre Repatriierung warteten, zu Lagerhaft verurteilte ehemalige Kriegsgefangene sowie Soldaten der Wlassow-Armee. Das Gefängnis durchliefen auch Deutsche, die nach kurzem Aufenthalt von hier aus in die sowjetischen Speziallager transportiert wurden. Im April 1946 stieg die Zahl der Häftlinge stark an, weil viele Deutsche aus Mecklenburg-Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg,

Gedenkstein für die Opfer des NKWD-Gefängnisses Nr. 5 Strelitz

die von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren, von Operativgruppen an die sowjetische Geheimpolizei überstellt wurden. Ab diesem Zeitpunkt war das Gefängnis auf Dauer mit über 1.000 Personen belegt, darunter Frauen und Jugendliche. Ehemalige Häftlinge berichten, dass auch sowjetische Bürger gemeinsam mit Deutschen eingesperrt waren.

Aufgrund der katastrophalen Haftbedingungen, der schlechten Ernährung und fehlender medizinischer Betreuung starb ein großer Teil der Häftlinge. Ihre Gräber sind bis heute nicht gefunden worden. Das NKWD-Gefängnis Nr. 5 Strelitz konnte die ständig wachsende Anzahl von SMT-Verurteilten bald nicht mehr aufnehmen, so dass es geschlossen wurde. Die verurteilten Häftlinge brachte man im September 1946 in das Speziallager Nr. 7 nach Sachsenhausen, wo sie isoliert von anderen Häftlingen in der sogenannten Zone II gefangen gehalten wurden. Das Gefängnis in Neustrelitz kam wieder unter deutsche Verwaltung und wurde bis 2001 genutzt. Am 1. April 2001 nahm die auf einem anderen Gelände neu errichtete Jugendhaftanstalt ihren Betrieb auf. Das alte Gefängnisgebäude steht gegenwärtig leer.

Auf Initiative der Lagergemeinschaft Sachsenhausen 1945–1950 e.V. wurde gemeinsam mit dem Justizministerium Mecklenburg-Vorpommerns am 3. September 2000 ein Gedenkstein mit einer Tafel vor dem Eingang der Strafanstalt aufgestellt. Sie trägt die **Inschrift:**
Zum Gedenken an die Opfer, / die im Gefängnis / des NKWD Nr. 5 Strelitz / von 1945–1946 / durch sowjetische Willkür / ihr Leben lassen mussten.

Standort: Neustrelitz, Justizvollzugsanstalt, Wilhelm-Stolte-Straße 1

Gedenktafel für die Opfer von Nationalsozialismus und stalinistischer Gewalt

Neubrandenburg. Unmittelbar nach Kriegsende nutzte das NKWD für eine kurze Übergangszeit auch das ehemalige KZ-Außenlager von Ravensbrück an der Ihlenfelder Straße als Speziallager. Daran erinnert am Haus Ihlenfelder Straße 116 eine Gedenktafel, die über der Tafel für die KZ-Häftlinge angebracht und am 19. Januar 1994 der Öffentlichkeit übergeben wurde.
Sie trägt die **Inschrift:**
Von Mai bis August 1945 diente / das Gelände als Zweitlager des / Internierungslagers Fünfeichen / des sowjetischen Innenministeriums. / Die Opfer von Nationalsozialismus / und stalinistischer Gewalt mahnen.

Standort: Neubrandenburg, Ihlenfelder Straße 116

«
Gedenktafel für die Opfer von Nationalsozialismus und stainistischer Gewalt

Gedenkstein für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

Güstrow. Bis zum Frühjahr 1992 befand sich gegenüber dem Güstrower Schloss das Untersuchungsgefängnis der Stadt Güstrow, das bereits Ende des 19. Jahrhunderts hier eingerichtet worden war. Nach der Besetzung Güstrows durch die Rote Armee am 2. Mai 1945 nutzte die sowjetische Geheimpolizei das Gefängnis als Verhör- und Haftstätte. Wie an vielen anderen Orten ging die sowjetische Besatzungsmacht unter dem Vorwand der Entnazifizierung mit großer Willkür auch gegen Unschuldige und Gegner der politischen Verhältnisse in der SBZ vor. Die Operativgefängnisse des NKWD waren für viele Verhaftete die erste Station auf ihrem Leidensweg durch die sowjetischen Speziallager.

Auch in Güstrow und Umgebung verhaftete die sowjetische Geheimpolizei mit Unterstützung deutscher Behörden willkürlich Personen und sperrte sie bis 1949 in das Gefängnis am Schlossberg ein. Zu ihnen gehörte eine Gruppe junger Männer und Jugendlicher zwischen 15 und 23 Jahren, die als Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr unter „Werwolf"-Verdacht geraten waren und während einer Verhaftungswelle im Mai 1946 festgenommen wurden. Sowjetische NKWD-Angehörige verhörten sie mit großer Brutalität und erpressten Aussagen. Von einem SMT „als Feinde der Roten Armee" verurteilt, kamen sie in das Speziallager nach Sachsenhausen, das viele von ihnen nicht überlebten.

In das Güstrower Gefängnis wurden auch aus anderen mecklenburgischen Städten Häftlinge verbracht. Einer von ihnen war Benno Prieß. Er wurde kurz vor seinem 17. Geburtstag am 4. Mai 1946 in Bützow verhaftet und in das NKWD-Gefängnis nach Güstrow gebracht. Man warf ihm vor, als Mitglied des „Werwolf" gegen die sowjetische Armee kämpfen zu wollen. Das unter Folter erpresste Geständnis wurde zur Anklageerhebung verwendet. Im August 1946 verurteilte ihn das SMT zu zehn Jahren Arbeitslager, die er in sowjetischen Lagern in der SBZ und in DDR-Gefängnissen verbrachte. Anfang 1954 entließen die DDR-Behörden Benno Prieß aus der Strafanstalt Waldheim.

Das SMT in Güstrow sprach auch Todesurteile aus. Die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge weisen dararuf hin, dass in Güstrow Gefangene durch das NKWD hingerichtet worden sind. Ungeklärt ist bisher allerdings, wo die Leichen verscharrt wurden.

Ende der 1940er Jahre übergab die sowjetische Besatzungsmacht das Gefängnis den deutschen Behörden.

Nach dem Zusammenbruch der DDR hat man das Gefängnis wegen seines schlechten baulichen Zustands und mangelnder Sicherheit geschlossen. Mitte der 1990er Jahre wurden Pläne bekannt, nach denen das Gefängnis zu einem Hotel ungebaut werden sollte. Überlebende forderten jedoch, ein Erinnerungszeichen für die Opfer stalinistischer Willkür an diesem Gebäude anzubringen. Als im Oktober 1996 das Hotel eröffnet wurde, stellte man an der Straße Schlossberg einen kleinen Stein mit einer Gedenktafel auf. Unter der Kastanie vor dem ehemaligen Untersuchungsgefängnis am Schlossberg erinnert nun ein schlichter Findling an die Opfer. Die **Inschrift** der Gedenktafel lautet:
Den Opfern / stalinistischer Willkür.

Bereits 1991 veröffentlichte die Schweriner Volkszeitung auf der Lokalseite Güstrow mehrere Artikel zur Tätigkeit des NKWD in Güstrow. Anstoß waren die Recherchen von Rudolf Radtke, der im Mai 1946 verhaftet worden war, im Güstrower NKWD-Gefängnis einsaß und von einem SMT zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden war. Viele weitere Schicksale sind dokumentiert, wie beispielsweise die der Schüler Klaus Frehse (1927–1952), Karl-Heinz Köhn (1928– unbekannt in Aue verschollen), Manfred Kofahl (1928–1952), Ohland Ohde (1927–1949), Fritz Reppin (1928–1948), Günter Biel (1929–1948) und Joachim Rebs. Sie alle waren Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Güstrow und wurden in der Nacht vom 20. zum 21. Mai 1946 im Spritzenhaus in der Baustraße von einem sowjetischen Militärkommando verhaftet. Zuvor waren bereits Karl Garbe (1924–1948) und Werner Waßmann (1928–1950) verhaftet worden. Die genannten wurden gemeinsam mit Willy Mense (1925–1948) am 11. September 1946 von einem Militärtribunal im Namen der Sowjetunion wegen „illegaler Gruppenbildung" zu langen Haftstrafen verurteilt. Joachim Rebs überlebte als einziger, er wurde am 31. März 1995 vom Obersten Militärstaatsanwalt in Moskau rehabilitiert. Der Schüler Winfried Werwath wurde am 13. Dezember 1951 vom Landgericht Güstrow „im Namen des Volkes" wegen Verstoßes gegen Art. 6 der Verfassung, d.h. wegen „Boykotthetze", zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Standort: Güstrow, Schlossberg

»
Gedenkstein für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

Gedenkstein für die Opfer stalinistischer und kommunistischer Willkür aus Penzlin

Penzlin. Am 9. Dezember 1945 wurden vier Jugendliche – und wenige Tage später fünf weitere – aus dem mecklenburgischen Penzlin während einer Tanzveranstaltung von einer Operativgruppe der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verhaftet. Ihnen warf man vor, einer „Werwolf"-Gruppe angehört zu haben, die den Kampf gegen die Alliierten fortführen sollte. Die Jungen wurden in das ehemalige Landratsamt nach Waren an der Müritz, wo bereits 34 Jugendliche aus Malchow von der sowjetischen Geheimpolizei verhört und gefoltert worden waren. Auf Grundlage erzwungener Geständnisse wurden die Penzliner Jungen am 30. März 1946 von einem SMT in Güstrow wegen „antisowjetischer" Einstellung und „Propaganda" sowie Mitgliedschaft in einer „Werwolf"-Gruppe verurteilt; zwei der Jugendlichen zum Tode durch Erschießen, die anderen sieben zu Haftstrafen zwischen zehn und 25 Jahren. Alle Jugendlichen wurden 1995 von der Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert.

Am 2. Juli 2002 beschlossen die Stadtvertreter von Penzlin, auf dem Friedhof einen Gedenkstein mit einer Tafel zur Erinnerung an die „Penzliner Jungen" zu errichten. Am Volkstrauertag 2003 wurde die durch Spenden finanzierte Tafel eingeweiht.

Die **Inschrift** lautet:

Zum Gedenken an / die Opfer stalinistischer und / kommunistischer Willkür / aus Penzlin. // Zu den Opfern gehörten 9 Jugendliche. / 5 von ihnen überlebten nicht. // Adolf Jenewsky geb. am 17.3.1928 / in Güstrow am 18.7.1946 erschossen / Willi Kodera geb. am 7.5.1928 / in Güstrow am 18.7.1946 erschossen / Karl-Heinz Vau geb. am 19.11.1929 / verstorben am 14.3.1948 in Sachsenhausen / Erwin Wendt geb. am 10.12.1929 / verstorben am 2.10.1947 in Sachsenhausen / Karl-Friedr. Wendt geb. am 21.7.1927 / verstorben am 1.6.1950 in Untermaßfeld/Thür. // Die 9 Jugendlichen wurden am 2. Februar / 1995 vom Hauptmilitärstaatsanwalt der / Russischen Föderation rehabilitiert.

Standort: Penzlin, Friedhof

» *Gedenkstein für die Opfer stalinistischer und kommunistischer Willkür aus Penzlin*

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Sachsen

Sowjetisches Speziallager Nr. 4 Gedenkstätte Bautzen

Bautzen. Der Name der ostsächsischen Stadt ist im öffentlichen Bewusstsein mit politischer Verfolgung und Inhaftierung im 20. Jahrhundert verbunden. „Ab nach Bautzen“ hieß es im Volksmund während der SED-Herrschaft, um deutlich zu machen, dass dieser Ort vor allem mit politischer Haft assoziiert wurde. Im Westen wie im Osten Deutschlands stehen „Gelbes Elend“ und „Stasi-Knast“ stellvertretend für das politische Unrecht während der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur zwischen 1945 und 1989.

Bautzen umfasst als Gefängnisstandort die unter dem Namen „Gelbes Elend“ bekannt gewordene Strafvollzugsanstalt Bautzen I und das Gefängnis Bautzen II, das als „Stasi-Gefängnis“ traurige Berühmtheit erlangte. Bautzen I wurde Anfang des 20. Jahrhunderts aus gelben Klinkern am Rand der Stadt errichtet. Fast zeitgleich entstand in unmittelbarer Nähe zum Landgericht Bautzen das Gefängnis Bautzen II. Die 134 Zellen dienten als Untersuchungshaftanstalt sowie zur Verbüßung kurzer Haftstrafen. Mit der Einweihung beider Gefängnisse sollten die reformerischen Ideen eines modernen humanen Strafvollzugs umgesetzt werden.

Eingang zur Gedenkstätte

Nach dem Beginn der Nazi-Herrschaft wurden viele Reformen der Vorjahre rückgängig gemacht. Für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur waren die Gefängnisse im Deutschen Reich von großer Bedeutung. Auch die Bautzener Gefängnisse dienten dem Justizterror der Nationalsozialisten. Als „Straf-, Untersuchungs- und Jugendgefängnis“ wurden beide Gefängnisse ab Mai 1933 durchgängig von einem Gefängnisdirektor, Dr. Rudolph Plischke, geführt. In beiden Gefängnissen waren neben kriminellen Häftlingen vor allem Opfer der rassischen und religiösen Verfolgung sowie Kommunisten und Sozialdemokraten, Juden und Zeugen Jehovas eingesperrt. Während des Zweiten Weltkriegs kamen zu den politischen Gegnern innerhalb Nazi-Deutschlands („Rundfunkverbrecher“, „Kriegswirtschaftsverbrecher“, „Wehrkraftzersetzer“ usw.) Gefangene aus den von Deutschland besetzten Ländern : Tschechen, Polen, Belgier, Niederländer, Norweger, Franzosen. Es waren Männer und Frauen, die während des Krieges als Gefangene für die Rüstungswirtschaft arbeiten mussten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit der Besetzung Sachsens durch die Rote Armee errichtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD 1945 auf dem Gelände des „Gelben Elends“ ein sogenanntes Speziallager. Ursprünglich sollte es als Internierungslager zur Isolierung von Funktionsträgern und Belasteten des nationalsozialistischen Regimes auf der Grundlage alliierter Beschlüsse dienen. Bald wurde das Speziallager Bautzen jedoch zu einem Ort, an dem bis 1956 zum größten Teil Opfer von Willkür und Denunziationen sowie politische Gegner des stalinistischen Systems inhaftiert wurden. Die menschenunwürdigen Haftbedingungen des Lagers kosteten über 3 000 Menschen das Leben. Von 1950 bis 1989 war Bautzen I eine der größten Strafvollzugseinrichtungen der DDR, in der bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 neben kriminellen

»

Blick in eine ehemalige Zelle

vor allem politische Häftlinge gefangen gehalten wurden.

Seit 1990 ist Bautzen I Justizvollzugsanstalt (JVA) des Freistaats Sachsen und wird bis heute weitergenutzt.

Bautzen II war bis 1945 Untersuchungsgefängnis und diente in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch der sowjetischen Geheimpolizei NKWD als Untersuchungsgefängnis. Viele der hier Inhaftierten wurden von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) verurteilt, das seinen Sitz im vormaligen Landgericht hatte. Die meisten dieser Urteile waren indes politisch motiviert. Die Anklagen waren häufig konstruiert und die Geständnisse durch Folter erpresst worden. Ein neues Kapitel begann 1956, als sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit dem hier eingerichteten „Sonderobjekt für Staatsfeinde“ seine einzige Haftanstalt schuf (Bautzen II war nie direkt dem MfS unterstellt, es hatte hier nur besondere Zugriffsrechte). Zwischen August 1956 und Ende 1989 wies die Geheimpolizei der DDR insgesamt rund 2 000 Männer und 400 Frauen zur Strafverbüßung ein. Neben Dissidenten waren hier DDR-Bürger und Ausländer – das heißt vor allem Bundesbürger – inhaftiert, die wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Spionage, Fluchthilfe oder „Republikflucht“ verurteilt worden waren.

Aber auch aufgrund krimineller Vergehen verurteilte Armee- und MfS-Angehörige sowie SED- und Wirtschaftsfunktionäre gehörten zu den Inhaftierten. Alle Häftlinge der Sonderhaftanstalt standen im Fokus des MfS: Aus politischen Gründen sollten sie ihre Haft nicht in einer der regulären Vollzugsanstalten der DDR verbüßen.

Obwohl in der Stadt gelegen, drang aus diesem „Haus des Schweigens“ kaum etwas nach außen. Viele Einwohner dachten, Bautzen II diene weiterhin als Untersuchungsgefängnis für das benachbarte Gericht. Erst mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes konnten die politischen Häftlinge Bautzen II verlassen.

Anfang 1992 wurde der ehemalige „Stasi-Knast“ Bautzen II als Gefängnis endgültig geschlossen und im darauffolgenden Jahr dank des Einsatzes des Bautzen-Komitees, einem Verband ehemaliger politischer Häftlinge, vom Freistaat Sachsen zur Gedenkstätte erklärt. Seit 1994 befindet sich die Gedenkstätte Bautzen unter dem Dach der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft.

Die Gedenkstätte befindet sich am Ort der ehemaligen Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II. Ein Ausstellungsbereich dokumentiert die einzelnen Verfolgungsperioden in den Bautzener Gefängnissen (Bautzen I und Bautzen II 1933 bis 1945, Speziallager Bautzen 1945 bis 1949/56, Stasi-Sonderhaftanstalt 1956-1989 sowie eine Chronik der Haftanstalten).

Biografiestelen in einzelnen Haftrakten erschließen anhand exemplarischer Haftschicksale die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft und zeigen, wie verschieden die Wege in das Gefängnis verliefen. Die Darstellung von Biografien hat in der Gedenkstätte Bautzen einen besonderen Stellenwert, da die Opfer ihr Schicksal angemessen gewürdigt sehen sollen.

Standort: Bautzen, Weigangstraße 8
Internet: www.gedenkstaette-bautzen.de

«
Das „Haus des Schweigens“ lag mitten in der Stadt - trotzdem drang kaum etwas aus dem Gefängnis nach Draußen

Gräberstätte Karnickelberg

Bautzen. Von 1945 bis 1950 befand sich auf dem Gelände der Haftanstalt Bautzen I das sowjetische Speziallager Nr. 4. Mindestens 27.000 Menschen waren hier inhaftiert. Der größte Teil von ihnen waren Opfer von Willkür und Denunziationen sowie politische Gegner des stalinistischen Systems. Aber auch NS- und Kriegsverbrecher saßen in dem nach seiner gelben Klinkerfasse so benannten „Gelben Elend“ ein. Die menschenunwürdigen Haftbedingungen des Lagers kosteten Tausende Menschen das Leben. Ihre Leichname wurden auf dem Karnickelberg verscharrt, der sich nordwestlich an die heutige Justizvollzugsanstalt anschließt. Nach Auflösung des Speziallagers 1950 gerieten die Gräber in Vergessenheit. In späteren Jahren baute die Stadt Wohnanlagen unterhalb des Hügels. Erst im Zuge der Friedlichen Revolution 1989 rückte der Karnickelberg wieder in das öffentliche Bewusstsein. Am 10. November 1990 errichtete das neugegründete Bautzen-Komitee, ein Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge der Bautzener Haftanstalten, einen ersten Gedenkstein aus Naturgranit, auf welchem die **Inschrift** zu lesen ist:
Den / Opfern der / kommunistischen / Gewaltherrschaft / in den Bautzener / Gefängnissen zum / Gedenken – den / Lebenden zur / Mahnung.

Im Jahr 1992 begannen schließlich Suchgrabungen auf dem Gelände, durch die zunächst die sterblichen Überreste von 189 Speziallagerhäftlingen geborgen werden konnten.

Blick auf die Grabanlage auf dem Karnickelberg

Der Karnickelberg wurde somit zum zentralen Gedenkort für die Opfer des Lagers. In der Folgezeit wurde das Areal mit Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Stadt Bautzen und des Freistaates Sachsen zu einem Friedhof umgestaltet. Auf der neuerrichteten Gräberstätte sind in zehn Gräberreihen 248 inzwischen geborgene Opfer bestattet.

Am Eingang zur Gräberstätte befindet sich eine Gedenktafel mit der **Inschrift:** *Gräberstätte der / Opfer kommunistischer / Gewaltherrschaft in den / Bautzener Gefängnissen.*

Ein großes Holzkreuz mit einer Gedenktafel markiert den Beginn der Grabanlage. Es trägt die **Inschrift:**
Leiden zu lindern, / Wunden zu heilen, / aber auch Tote zu / ehren, Verlorene zu / beklagen, / bedeutet / Abkehr von Hass, / bedeutet Hinkehr zur / Liebe, und unsere Welt / hat Liebe nötig. / (Paul Löbe).

Rechts und links davon stehen zwei Granitsteine, die die Namen von 61 Toten tragen. Sie erinnern an namentlich bekannte Opfer des Speziallagers, deren sterbliche Überreste jahrzehntelang in Urnen in Görlitz aufbewahrt worden waren und die 1996 auf dem Karnickelberg beigesetzt wurden. Andere namenlose Granitkreuze erinnern symbolisch an die Toten, die nicht mehr auffindbar sind. Ein weiterer Gedenkstein wurde für die 248 geborgenen Toten errichtet. Er trägt die **Inschrift:**
Hier ruhen / 248 Tote, die / geborgen werden / konnten, im Ge-/ denken auch an / die vielen Toten, / die nicht mehr / auffindbar sind.

Gedächtniskapelle an der Gräberstätte

Gedenkwand für die Opfer des Speziallagers Bautzen auf dem Karnickelberg

Am 13. September 2000 wurde nach dreijähriger Planungs- und Bauzeit eine Gedächtniskapelle geweiht. Sie soll den Besuchern des Karnickelberges als ökumenischer Ort der Andacht dienen. In der Kapelle befindet sich ein Totenbuch, in dem die namentlich bekannten Verstorbenen des Speziallagers verzeichnet sind. Der Altar trägt die Inschrift:
Ich bin ihr Gott, ich verlasse sie nicht.

Links und rechts daneben erinnern zwei Granitstelen mit den Jahreszahlen 1945 und 1950 an die Toten des Speziallagers, sowie 1950 und 1956 an jene, die nach der Auflösung des Lagers und der Übergabe an die Deutsche Volkspolizei gestorben sind. 2011 wurden auf Initiative des Bautzen-Komitees zudem acht Tafeln mit Namen der über 3.000 Toten geordnet nach ihrem Sterbedatum in der Kapelle angebracht.

Im Jahr 2013 wurde das für Besucher zugängliche Gräberfeld vergrößert. Es umfasst nun das gesamte ehemalige Massengrab auf dem Karnickelberg. Reinhard Pohl, Sohn eines ehemaligen Speziallagerhäftlings, spendete 300.000 Euro für die Umbauarbeiten des Gedenkortes. Neben dem vergrößerten Gräberfeld wurden am 24. November 2013 außerdem eine halbrunde Wand aus gelben Klinkersteinen, ein Rundweg und Hinweistafeln zur Geschichte des Ortes eingeweiht. An der Gedenkwand ist die **Inschrift** *„Hier haben die an Kraft Erschöpften Ruhe“* zu lesen. In einem etwa zwei Meter tiefen Graben können Besucher die verschiedenen Erdschichten des ehemaligen Massengrabes sehen.

Standort: Bautzen, Talstraße
Internet: www.bautzen-komitee.de

Sowjetisches Speziallager Nr. 8 Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

Torgau. Das 1991 gegründete Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau arbeitet unter dem Dach der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Es befasst sich mit der Geschichte der Torgauer Haftstätten – vom Wehrmachtstrafsystem über die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 bis zum Strafvollzug in der DDR.

In Torgau, der Zentrale des Wehrmachtstrafsystems, befanden sich seit 1939 zwei von insgesamt acht Wehrmachtgefängnissen Deutschlands: Fort Zinna, das in den Jahren 1938 und 1939 zum größten und modernsten Gefängnis der Wehrmacht ausgebaut wurde, und das Gefängnis Brückenkopf. In beiden Torgauer Wehrmachtgefängnissen saßen Kriegsdienst- und Befehlsverweigerer, Deserteure und wegen krimineller Delikte verurteilte Soldaten, aber auch Angehörige des deutschen und europäischen Widerstands. Besondere Bedeutung für das Wehrmachtstrafsystem erlangte Torgau als Überprüfungsstelle für kriegsgerichtlich verurteilte Soldaten, die zur „Frontbewährung“ bei der Bewährungstruppe 500 bestimmt waren. Torgau war außerdem Aufstellungsort der berüchtigten Feldstraflager I und II. In ihnen wurden Gefangene häufig willkürlich erschossen oder durch Hunger, Drill und Misshandlung zu Tode gequält, weshalb man sie unter Militärjuristen auch als „Konzentrationslager der Wehrmacht“ bezeichnete. Seit August 1943 residierte zudem das Reichskriegsgericht, die höchste Instanz der Wehrmachtjustiz, in der Torgauer Zieten-Kaserne.

Je länger der von Deutschland begonnene Krieg dauerte und je aussichtsloser der Kampf wurde, desto drakonischer bekämpfte die NS-Militärjustiz die Kriegsmüdigkeit in der Wehrmacht und die wachsende Opposition. Mehr als eine Million deutscher Soldaten wurde verurteilt, 20.000 von ihnen hingerichtet. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum vollstreckten die westlichen Alliierten in ihren eigenen Reihen etwa 300 militärgerichtliche Todesurteile. Nach den unvollständigen Unterlagen der Torgauer Friedhofsverwaltung wurden zwischen 1939 und 1945 allein in Torgau 197 Wehrmachtsangehörige erschossen. Andere Quellen legen die Vermutung nahe, dass die Zahl der Hinrichtungsopfer erheblich höher war.

Auf den Trümmern der Torgauer Elbbrücke gaben sich der amerikanische Second Lieutenant Bill Robertson und der sowjetische Sergeanten Nikolaj Andrejew am 25. April 1945 die Hand und symbolisierten damit den Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg.

Im August 1945 richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD im Fort Zinna das Speziallager Nr. 8 ein. Die Mehrzahl der dort ohne Urteil festgehaltenen Gefangenen gehörten der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) oder anderen NS-Organisationen an, außerdem befanden sich mehrere Hundert Kriegsgefangene unter den Internierten. Als Grund für eine Verhaftung reichte die bloße Mitgliedschaft in einer Organisation oder eine Denunziation; konkrete Tatvorwürfe gab es

Insgesamt starben nach sowjetischen Angaben von 1945 bis 1948 in den Torgauer Speziallagern etwa 850 Menschen

selten. Die Hauptaufgabe der Speziallager bestand laut „Vorläufiger Lagerordnung“ vom 27. Juli 1945 in der „vollständigen Isolierung“ der Internierten. Das bedeutete auch, dass selbst die Angehörigen nicht über die Schicksale der Häftlinge informiert werden durften, auch nicht im Falle des Todes. Die Lebensmittelrationen und die medizinische Versorgung waren völlig unzureichend, so dass Auszehrung und Tuberkulose zu den häufigsten Todesursachen gehörten. Das Gefängnis Fort Zinna war für 1.000 Gefangene konzipiert, bis Ende 1945 war es jedoch mit 7.500 Häftlingen belegt, die im Zellenbau, in eilig errichteten Baracken und in Kasematten der Festung notdürftig untergebracht wurden. Im März 1946 verlegte man das Lager in die benachbarte Seydlitz-Kaserne, wo es bis zu seiner Auflösung im Januar 1947 betrieben wurde. Danach wurden die Gefangenen in die Speziallager Buchenwald und Mühlberg überführt.

Fort Zinna wurde von Mai 1946 bis Oktober 1948 unter der Bezeichnung Speziallager Nr. 10 weiter geführt. Seine Besonderheit im System der sowjetischen Speziallager bestand darin, dass in ihm seit Herbst 1946 vor allem sowjetische Staatsangehörige, die von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden und für die Deportation in die Zwangsarbeitslagerkomplexe der UdSSR vorgesehen waren, vor ihrem Abtransport gefangen gehalten wurden. Über Torgau vollzog sich die Hälfte aller Deportationen aus den Lagern in der SBZ in die UdSSR. Die Militärgerichte verurteilten Sowjetbürger wegen „Kollaboration“ mit den Deutschen („Landesverrat“), wegen „unerlaubter Entfernung“, Desertion und krimineller Delikte zu fünf bis 25 Jahren „Besserungs-Arbeitslager“. Den deutschen Gefangenen wurde „Spionage“, „Sabotage“ oder „antisowjetische Propaganda“ vorgeworfen. Insgesamt starben nach sowjetischen Angaben von 1945 bis 1948 in den beiden Torgauer Speziallagern etwa 800 bis 850 Menschen, 130 davon durch Erschie-

ßen. Die Toten wurden auf dem Gelände des Gefängnisses bzw. in seiner unmittelbaren Nähe anonym verscharrt.

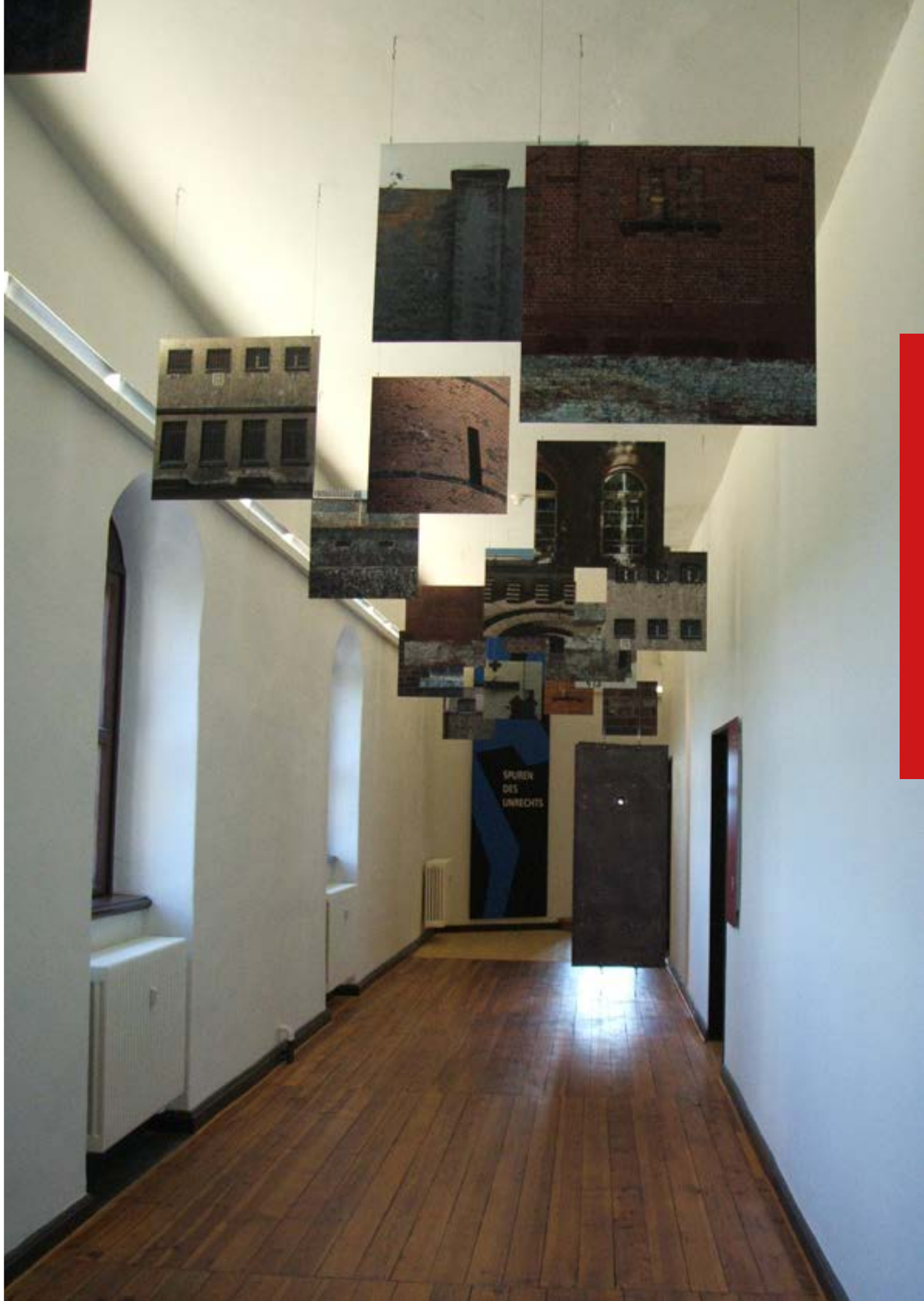
Ende Januar 1950 übernahm die Deutsche Volkspolizei das Fort Zinna für den Strafvollzug an denjenigen SMT-Verurteilten, die bei Auflösung der letzten Speziallager an das Innenministerium der DDR übergeben worden waren. Im ersten Jahr nach der Übernahme durch die Volkspolizei starben – geschwächt durch die jahrelange Lagerhaft – 115 Häftlinge an Tuberkulose, den schlechten Lebensbedingungen und möglicherweise auch an schweren Misshandlungen, die 1950 in Torgau an der Tagesordnung waren. Bis in die Mitte der 1950er Jahre war das Gefängnis um das Dreifache überbelegt. Bis Ende 1956 wurden die SMT-Verurteilten weitestgehend entlassen. Danach verbüßten Zeugen Jehovas, systemkritische Pfarrer, Verurteilte nach Befehl 201 (Kriegsverbrecher und Nationalsozialisten) oder nach Artikel 6 („Boykotthetze“) der DDR-Verfassung sowie „Wirtschaftsverbrecher“ ihre Strafen in Torgau. Seit April 1963 gewann Torgau als Strafvollzugseinrichtung für „Staatsverbrecher“ zunehmend an Bedeutung. In den 1970er und 1980er Jahren überwog der Anteil derjenigen, die wegen krimineller Delikte inhaftiert waren. Daneben verbüßten auch Gefangene, die wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ oder anderer „Verbrechen gegen die DDR“ verurteilt worden waren, ihre Strafen in Torgau. „Republikflüchtige“ im Wiederholungsfall wurden in Torgau konzentriert. Seit 1990 befindet sich im Fort Zinna eine Justizvollzugsanstalt des Freistaates Sachsen.

Neben Fort Zinna gab es in Torgau zwischen 1964 und 1989 zudem den einzigen Geschlossenen Jugendwerkhof der DDR.

Das DIZ Torgau zeigt im Schloss Hartenfels die ständige Ausstellung „Spuren des Unrechts“ zur Geschichte der Torgauer Haftstätten im 20. Jahrhundert. Sie umfasst die Themen „Torgau im Hinterland des Zweiten Weltkriegs. Militärjustiz, Wehrmachtgefängnisse, Reichskriegsgericht“, „‘Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten‘ – Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau 1945–1948“ und „‘Heute: Haus der Erziehung‘ – Der Strafvollzug der DDR in Torgau 1950 bis 1990“. Es werden Führungen durch die ständige Ausstellung, Projekttage, Seminare und Fortbildungen angeboten. Der Besuch der Ausstellung kann mit einer Filmvorführung, Zeitzeugengesprächen oder einer Stadtrundfahrt zu den historischen Orten verbunden werden. Das Archiv des DIZ Torgau bietet Interessenten auf Antrag Zugang zu Akten und Berichten von ehemaligen Häftlingen. Die hauseigene Präsenzbibliothek beherbergt etwa 2.500 Buchtitel zur Geschichte des 20. Jahrhunderts mit Fokus auf die Themen NS-Militärjustiz, sowjetische Speziallager und Strafvollzug der DDR. Darüber hinaus verfügt die Gedenkstätte über eine umfangreiche Fotosammlung, deren gesamter Bestand in einer Datenbank erfasst ist.

Standort: Torgau, Schloss Hartenfels, Schlossstraße 27
Internet: www.diz-torgau.de

»
Das DIZ Torgau vermittelt die Geschichte der Torgauer Haftstätten während des Nationalsozialismus, der sowjetischen Besatzungszeit udn der DDR



Gedenktafel für die Opfer des NKWD

Borna. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD überall im sowjetischen Besatzungsgebiet seine Dienststellen ein und inhaftierte Menschen vielfach willkürlich aufgrund von Denunziationen. Im sächsischen Borna wurden ab September 1945 Einwohner zu „einer kurzer Befragung“ in die neu eingerichtete NKWD-Zentrale geholt, dort verhört und gefangen gehalten. Danach verschwanden sie ohne Urteil in sowjetischen Speziallagern, wie beispielsweise in Mühlberg an der Elbe. Die Bornaer waren die ersten Häftlinge in Mühlberg. Es handelte sich vor allem um Männer zwischen 45 und 55 Jahren. Aber auch Frauen sowie Jugendliche ab 15 Jahren traf dieses Schicksal. Wie viele von ihnen im sowjetischen Speziallager starben, ist unklar. Nach 1990 wurden 100 Biographien von Opfern recherchiert, die über die NKWD-Zentrale in Borna nach Mühlberg kamen. Daraus entstand eine Ausstellung, die 1998 eröffnet wurde. Siegfried Naß schlug vor, mehrere Gedenktafeln in der Stadt anzubringen. Nach langwierigen Abstimmungsprozessen mit zahlreichen Institutionen konnten schließlich im Juni 2005 die Tafeln für die Opfer des NKWD sowie für zwei jüdische Familien aus Borna, die von den Nationalsozialisten getötet worden waren, eingeweiht werden. Die **Inschrift** der Tafel am Amtsgericht lautet:
Hinter dieser Mauer befand sich ab / Sommer 1945 der Sitz der sowjetischen / NKWD-Zentrale des Kreises Borna. / Hier fanden Verhöre und Folterungen statt / und hier befanden sich die Gefangenen- / zellen. Im Spätherbst 1945 wurden von / diesem Hof über 100 Menschen in das / Speziallager Mühlberg/Elbe / abtransportiert – ohne Urteil, ohne Nach- / richt an die Angehörigen – in völlige / Isolierung. / Viele sahen ihrer Heimat nie wieder. / Stadt Borna.

Standort: Borna, Grimmaische Straße, zwischen Amtsgericht und Polizei

Gedenktafel für die Opfer stalinistischer Willkür

Oelsnitz (Vogtland). Der Keller des Gebäudes Am Jahnteich 7 diente von Juli 1945 bis 1948 der sowjetischen Geheimpolizei NKWD als Untersuchungsgefängnis. Die Verhöre fanden meist nachts statt und wurden oft mit sehr brutalen Mitteln geführt. Für viele begann hier der Leidensweg in die sowjetischen Speziallager Bautzen, Mühlberg und Buchenwald. Hier waren 110 Menschen aus Oelsnitz, 50 aus Markneukirchen, 30 aus Adorf und zehn aus Bad Elster inhaftiert.

Auf Initiative der Bezirksgruppe Oberes Vogtland der VOS e.V. wurde am 7. November 1992 an dem Haus eine Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus enthüllt. Sie trägt die **Inschrift:**
Im Gedenken an die Opfer kommunistischer, stalinistischer Willkür, der in diesem Hause von 1945 bis 1948 gefolterter, internierter, verschleppter und verurteilter Menschen aus den Kreisen Oelsnitz/ Vogtl. und Klingenthal/ Vogtl.

Standort: Oelsnitz (Vogtland), Am Jahnteich 7

« Eine Tafel am Amtsgericht Borna erinnert an die ehemaige Nutzung des Gebäudes als Sitz der sowjetischen NKWD-Zentrale

Gedenktafel für die Opfer der Speziallager in den Vogtlandkreisen

Plauen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges internierte die sowjetische Geheimpolizei im Plauener Gefängnis Hunderte Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren. Sie gehörten zu etwa 6000 Jugendlichen, die bis Ende 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht auf dem Gebiet der SBZ verhaftet wurden. Hauptsächlich warf man ihnen „Werwolf"-Tätigkeit oder „Kampf und Terror" gegen die Rote Armee vor. Diese Anschuldigungen waren zumeist unbegründet. Vielmehr reichte bereits eine ablehnende Haltung gegenüber der Besatzungsmacht aus, um in das Visier der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zu geraten. Die verhafteten Jugendlichen wurden während der Verhöre unter Druck gesetzt, misshandelt und gefoltert. Dadurch erreichte man „Geständnisse" und erfuhr die Namen von weiteren „Verdächtigen". Auf diese Weise inhaftierte das NKWD ganze Freundeskreise, Schulklassen bzw. Gruppen der ehemaligen Hitlerjugend und des BDM. Neben Todesurteilen wurden vor allem Verurteilungen zu zehn, 15 oder 25 Jahren Arbeitslager in der Sowjetunion verhängt. Aus den Gefängnissen, wie dem in Plauen, wurden die Jugendlichen in die sowjetischen Speziallager der SBZ oder in die Sowjetunion verbracht. Oft erfuhren die Angehörigen nichts vom Schicksal der Verurteilten, sie wussten zum Teil nicht einmal, dass eine Verhaftung stattgefunden hatte.

Zum Volkstrauertag im November 1995 wurde auf Initiative der VOS e. V. Reichenbach mit Unterstützung der Stadt Plauen und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft eine Gedenktafel am Eingangstor der Justizvollzugsanstalt eingeweiht.

Die **Inschrift** lautet:

Den Opfern von Krieg und / Gewaltherrschaft zum Gedenken. / Im Jahre 1945 gingen vom / Plauener Gefängnis viele hundert / unschuldige Jugendliche im / Alter von 15 bis 16 Jahren aus / den Vogtlandkreisen einen leid- / vollen Weg in die Speziallager / Buchenwald, Bautzen, Mühlberg / und in die Sowjetunion (Sibirien). / Viele kamen nach mehrjähriger / Haft krank zurück oder haben / gar nicht überlebt.

Standort: Plauen, Amtsberg 10

In Plauen erinnert eine Gedenktafel seit 1995 an die Opfer der sowjetischen Speziallager in den Vogtlandkreisen

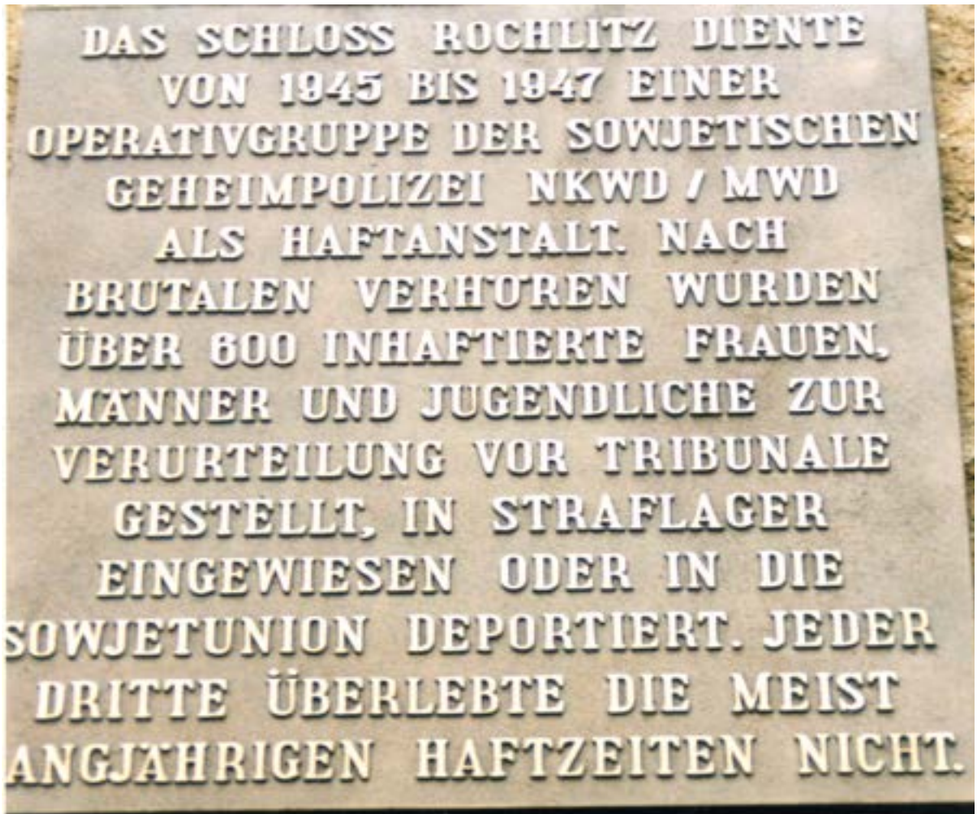
Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei

Rochlitz. 1852 wurde in Rochlitz auf der ehemaligen Reichsburg eine dreigeschossige Untersuchungshaftanstalt eingerichtet, die bis 1961 genutzt wurde. Zwischen 1945 und 1947 war Schloss Rochlitz Sitz der sowjetischen Geheimpolizei NKWD. Mehr als 600 Menschen wurden in jener Zeit hier gefangen gehalten. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde die ehemalige Haftanstalt abgerissen, die ursprüngliche Hofsituation wieder hergestellt und weitere Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Auf Anregung der Initiativgruppe Lager Mühlberg wurde am 2. Oktober 1999 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des NKWD angebracht, deren **Inschrift** lautet:
Das Schloss Rochlitz diente / von 1945 bis 1947 einer / Operativgruppe der sowjetischen / Geheimpolizei NKWD/MWD / als Haftanstalt. Nach / brutalen Verhören wurden / über 600 inhaftierte Frauen, / Männer und Jugendliche zur / Verurteilung vor Tribunale / gestellt, in Straflager / eingewiesen oder in die / Sowjetunion deportiert. Jeder / Dritte überlebte die meist / langjährigen Haftzeiten nicht.

Standort: Rochlitz, Schloss Rochlitz, Sörnziger Weg 1

Eine Gedenktafel erinnert an die Nutzung des Gebäudes als NKWD-Gefängnis



Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Wurzen. In vielen Orten richteten die Operativgruppen des sowjetischen Geheimdienstes NKWD ab 1945 kleine Untersuchungsgefängnisse ein. Da sich diese oft in Kellern befanden, wurden sie im Volksmund auch „GPU-Keller“ nach der alten Bezeichnung des sowjetischen Geheimdienstes genannt. In ihnen wurden Menschen ohne Gründe und Verfahren, meist nach Denunziationen, inhaftiert. Im alten Kornhaus, einem Nebengebäude des Schlosses Wurzen, wurden nach Kriegsende Bürger aus der Gegend um Grimma und Wurzen festgehalten. Von dort aus brachte die sowjetische Geheimpolizei sie oft nach wenigen Wochen in eines der Speziallager. Viele von ihnen wurden in das sibirische Straflager des GULag nach Workuta verbracht. Die Zellen im alten Kornhaus sind noch heute zu besichtigen. Am 25. Mai 2004 wurde im Schlosshof von Wurzen eine Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus enthüllt. Sie trägt die **Inschrift:**
Gegen das Vergessen! / In diesem Gebäude inhaftierte die sowjetische militärische Geheimpolizei / nach Kriegsende 1945 für kurze Zeit Bürger aus der Region / Wurzen und Grimma. / Sie wurden im weiteren Verlauf des Jahres 1945 in verschiedene Lager / verschleppt und dort über Jahre hinweg ohne Gerichtsverfahren / gefangen gehalten. / Viele kehrten nicht zurück. / Wir wollen hier auch jener politischen Häftlinge gedenken, die während der / SED-Diktatur in der DDR viele Jahre in Haftanstalten zubringen mussten. / Vereinigung der Opfer des Stalinismus – Bezirksgruppe Wurzen Mai 2004.

Standort: Wurzen, Amtshof 2

In Wurzen erinnert eine Gedenktafel an die Opfer des Stalinismus

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Sachsen-Anhalt

Gedenkstätte „Roter Ochse“

Halle (Saale). Im Jahr 1842 wurde dem königlich-preußischen Innenministerium in Halle eine neue Strafanstalt für Häftlinge mit hohem Strafmaß übergeben. Beim Bau des Gebäudes (1836–1842) verwendete man Porphyr und Ziegelsteine mit rötlicher Färbung, die zusammen mit der architektonischen Anordnung dem Gebäude schnell den Beinamen „Roter Ochse“ einbrachten. Schon im Kaiserreich wurden auf dem Gelände der Strafanstalt Hinrichtungen durchgeführt, so beispielsweise die Exekution zweier an einem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. (22. Dezember 1883) beteiligten Personen im Jahr 1885. Um die Wende zum 20. Jahrhundert gehörten zu dem Gebäude außerdem ein Lazarett und eine „Irrenanstalt“.

In der Anfangszeit der Weimarer Republik wurden im „Roten Ochsen“ neben kriminellen Häftlingen auch Teilnehmer der Novemberrevolution und Beteiligte späterer politischer Unruhen inhaftiert. Im Zuge der Modernisierung und Liberalisierung des deutschen Strafvollzugs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es auch im Hallenser Gefängnis zu einer Reihe von Verbesserungen. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten änderte sich das Regime in der Strafvollzugsanstalt grundlegend. Der Anteil politischer Häftlinge stieg im Verhältnis zu den kriminellen Gefangenen sprunghaft an. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Strafvollzugsanstalt wieder Hinrichtungsstätte. Hier enthaupteten und erhängten die Nationalsozialisten von November 1942 bis April 1945 mehr als 500 Menschen verschiedener Nationalität. Das Gefängnis wurde außerdem in die Rüstungsproduktion des „Dritten Reiches“ eingebunden, wofür auf dem Gelände der Strafvollzugsanstalt ein größeres Werkstattgebäude entstand.

Im April 1945 wurde ein Teil der Gefängnisinsassen „evakuiert“, d. h. sie wurden auf einen Marsch geschickt, den viele von ihnen nicht überlebten. Die im „Roten Ochsen“ verbliebenen Gefangenen erhielten mit der Besetzung der Stadt durch die amerikanische Armee ab dem 17. April 1945 ihre Freiheit. Nach Abzug der Amerikaner und mit der Übernahme der Stadt durch sowjetische Truppen im Juli 1945 wurde das Gefängnis zur Untersuchungshaftanstalt des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Es wurde außerdem zum Sitz des SMT, dessen Zuständigkeitsbereich sich auf die Provinz Sachsen und das spätere Land Sachsen-Anhalt erstreckte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden hier Todesurteile, u. a. aufgrund des „Werwolf“-Verdachts, verhängt. Wie viele Personen nach 1945 hier hingerichtet wurden, ist bis heute ungeklärt. Weitere Verurteilungsgründe waren illegaler Waffenbesitz, tatsächliche oder vermeintliche Spionage, sogenannte Wirtschaftsvergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Gedenkstätte vermittelt durch ein facettenreiches Bildungsangebot die Geschichte des „Roten Ochsen“ zwischen 1933 und 1945 sowie von 1945 bis 1989

Der überwiegende Teil der Urteile war mit hohen Haftstrafen (bis 25 Jahre) verbunden, die in Lagern in der SBZ oder in der Sowjetunion verbüßt werden mussten. Im Jahr 1950 zog das MfS in das Gebäude ein, das zunächst auch noch vom sowjetischen Geheimdienst genutzt wurde. Dieser war, nach Aussagen ehemaliger Häftlinge, in dieser Zeit maßgeblich am Aufbau der MfS-Untersuchungshaftanstalt (UHA) beteiligt. Im „Roten Ochsen" befand sich neben der UHA der Stasi ab 1950 auch eine Strafvollzugsanstalt des Ministeriums des Innern (MdI). Zwischen 1950 und 1989 sind etwa 10.000 Häftlingszugänge in der Untersuchungshaftanstalt der Stasi verzeichnet worden. Im Jahr 1993 beschloss die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, in einem Teil der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt eine Gedenkstätte einzurichten. Der andere Teil des Gebäudes wird seit 1991 wieder als Justizvollzugsanstalt genutzt. Die Gedenkstätte „Roter Ochse" wurde am 15. Februar 1996 vom Innenminister Sachsen-Anhalts Manfred Püchel eröffnet. 2006 wurde die Ausstellung überarbeitet und in der sanierten Gedenkstätte neu eröffnet. Sie dokumentiert die Geschichte des „Roten Ochsen" in den Jahren zwischen 1933 und 1945 sowie von 1945 bis 1989.

Auf dem Südhof der Gedenkstätte befindet sich eine Gedenktafel mit der **Inschrift:**
Ehrendes Gedenken / an die unschuldigen Opfer / politischer Verfolgung / durch stalinistische / und SED-Unrechtsjustiz / 1945–1989.

Standort: Halle (Saale), Am Kirchtor 20b
Internet: www.stgs.sachsen-anhalt.de

Blick in die Ausstellung der Gedenkstätte

Gedenktafel für die Opfer des NKWD/MWD

Querfurt. Im damaligen Kreis Querfurt, zu dem auch Mücheln, Laucha, Roßleben, Nebra und weitere kleinere Ortschaften gehörten, wurden zwischen 1945 und 1949 etwa 100 Personen verhaftet und durch ein SMT verurteilt. Im ehemaligen Gefängnis der Stadt hielt die sowjetische Geheimpolizei NKWD/MWD neben Mitgliedern der NSDAP und anderer Parteiorganisationen auch Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren gefangen. Ihnen wurde zumeist „Werwolf"-Tätigkeit oder Widerstand gegen die Besatzungsmacht vorgeworfen. Am 27. September 1949 begann in der Klosterschule Roßleben die Verhaftung der ersten Gruppe, die dann im Querfurter Gefängnis von der Geheimpolizei gefangen gehalten wurde. Die letzte angebliche „Werwolf"-Gruppe aus Mücheln wurde am 9. September 1949 verhaftet. Eine bisher noch unbekannte Anzahl von ihnen starb im Gefängnis an den Folgen von Hunger, TBC oder Ruhr. Am 28. Januar 1993 wurde der größte Teil der Jugendlichen vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert.

Am 10. September 1997 wurde an der Mauer des ehemaligen Querfurter Gefängnisses eine Gedenktafel enthüllt. Sie trägt die **Inschrift:**
Zum Gedenken / den Opfern / der / stalinistischen / Willkür / 1945–1950.

Standort: Querfurt, Nebraer Tor 1a

In Querfurt erinnert eine Gedenktafel an die Opfer des NKWD/MWD

Gedenkstele für die Opfer der sowjetischen Besatzung

Seit 2016 erinnert in Tangermünde eine Gedenkstele an die Opfer der sowjetischen Besatzung

Tangermünde. Die Stadt Tangermünde weihte am 18. Oktober 2016 in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. und der Landesbeauftragen für die Stasi-Unterlagen in der Nähe der städtischen Burg eine Stele zur Erinnerung an die Menschen ein, die nach 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht aus der Stadt verschleppt wurden. Die Initiative für das Gedenken ging von Liese-Lore Hopp aus, deren Vater 1947 im Speziallager Sachsenhausen starb. Die Gedenkstele trägt die **Inschrift:**
Im Kapitelturm, / im ehemaligen/ Amtsgericht / und in der / Alten Kanzlei / hielt die sowjetische / Besatzungsmacht / 1945 Zivilisten gefangen, / für die hier ein / Leidensweg in / sowjetische Speziallager und / Gefängnisse begann, / den sehr viele / Menschen nicht / überlebten. / Wir gedenken der Opfer.

Standort: Burghof, Tangermünde

Orte des Erinnerns
an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR

Thüringen

Sowjetisches Speziallager Nr. 2 Gedenkstätte Buchenwald

Weimar/ Buchenwald. Etwa acht Kilometer von der Stadt Weimar entfernt befindet sich der weitläufige Komplex der Gedenkstätte Buchenwald, zu dem die Überreste des früheren Konzentrationslagers Buchenwald, ehemalige Produktionsstätten, Gräber des Konzentrationslagers und des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 sowie Dokumentationsstellen, Ausstellungsflächen und eine internationale Jugendbegegnungsstätte gehören. Die Gedenkstätte besteht seit Anfang der 1950er Jahre. Mit der Einweihung des monumentalen Mahnmals im Jahr 1958 erhielt sie die Bezeichnung „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“ (NMGB). Bis 1989 wurde die Existenz des sowjetischen Speziallagers am Ort des vormaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagers tabuisiert und in der bestehenden Gedenkstätte nicht erwähnt. Erst nach der Friedlichen Revolution und den politischen Veränderungen 1989/90 in der DDR wurde eine inhaltliche Neuorientierung und Umgestaltung der Gedenkstätte, die nunmehr auch die Zeit des Speziallagers thematisieren sollte, begonnen. Die Gedenkstätte ist heute ein Ort der Erinnerung an das NS-Konzentrationslager Buchenwald und an das sowjetische Speziallager Nr. 2. Der Schwerpunkt liegt auf der Geschichte des nationalsozialistischen Konzentrationslagers. Die Geschichte des sowjetischen Speziallagers ist der Darstellung nachgeordnet und von dieser räumlich getrennt.

Das Konzentrationslager Buchenwald wurde im Juli 1937 von der SS eingerichtet. Mit einer Gesamtfläche von 190 Hektar gehörte das Stammlager auf dem Ettersberg bei Weimar zu den größten Lagern des KZ-Systems. Buchenwald bestand aus zwei Abteilungen: dem „Großen Lager“ mit Häftlingen und dem „Kleinen Lager“, in dem Gefangene in Quarantäne gehalten wurden.

Hinzu kamen temporäre, meist improvisierte Behelfsunterbringungen, wie das Pogromsonderlager ab 1938/39, das polnisch-jüdische Sonderlager ab 1939/40 für Gefangene, die nach der deutschen Invasion Polens 1939 dorthin deportiert worden waren, und das Zeltlager im Kleinen Lager ab 1944. Nach den antijüdischen Pogromen vom 9. und 10. November 1938 verschleppte die SS 9.845 Juden nach Buchenwald. Seit September 1944 verfügte Buchenwald auch über Außenlager zur Unterbringung von insgesamt 28.000 weiblichen Gefangenen. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges gelangten zunehmend Menschen aus den von Deutschland besetzten Gebieten in das Lager. Häftlinge aus mehr als 30 Ländern wurden in Buchenwald gefangen gehalten.

Von 1941 bis 1943 war Buchenwald zeitweilig auch Ort des systematischen Massenmords. In einem ehemaligen Pferdestall außerhalb des Lagergeländes töteten SS-Leute etwa 8.000 sowjetische Kriegsgefangene. Ab 1941 wurden Behinderte, dauerhaft Erkrankte und ein Teil der jüdischen Häftlinge ausgesondert, durch tödliche Injektionen ermordet oder in die Gaskammern der „Euthanasie“-Tötungsanstalten Sonnenstein und Bernburg gebracht. Seit Anfang 1942 fanden Menschenversuche mit epidemischen Krankheiten statt, an denen die IG Farben AG und die Wehrmacht beteiligt waren. Durch die Überstellung von Häftlingen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau war Buchenwald in den Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus

»
Stahlstelen markieren das Feld mit den Massengräbern des sowjetischen Speziallagers

Blick auf das Areal der Gedenkstätte Buchenwald

integriert. Ab Ende 1944 wurde das Lager Endstation für Evakuierungstransporte aus Auschwitz und Groß-Rosen. In 100 Tagen starben über 14.000 Menschen. Noch kurz vor der Befreiung versuchte die SS das Lager zu räumen und schickte 27.000 Häftlinge auf Todesmärsche in Richtung Dachau und Theresienstadt. Als das Lager am 11. April 1945 befreit wurde, befanden sich noch 21.000 Häftlinge dort, darunter 900 Kinder. Insgesamt eine Viertelmillion Menschen aus allen europäischen Ländern waren von Juli 1937 bis April 1945 im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Die Zahl der Opfer wird auf etwa 56.000 geschätzt. Mehr als 38.000 Tote sind in den Unterlagen des Lagers registriert. Nicht erfasst wurden die durch Genickschuss ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Krematorium Buchenwald hingerichteten Gestapo-Häftlinge (geschätzt 1.100), die mit dem Todestransport aus den Lagern des Ostens im Frühjahr 1945 eingelieferten anonymen Toten und die Opfer der „Evakuierungsmärsche“ im April 1945 (geschätzt mehr als 9.000). Unter diesen Toten waren etwa 11.800 Juden. Zum Lagerkomplex gehörte auch das berüchtigte KZ-Außenlager „Dora“, das im Herbst 1944 als letztes Konzentrationslager unter der Bezeichnung „KL Mittelbau“ zu einem eigenständigen Stammlager wurde.

Nach der Befreiung stand das Konzentrationslager Buchenwald zunächst unter der Kontrolle der Amerikaner, die das Gebiet Thüringens bis Anfang Juli räumten und an die sowjetische Besatzungsmacht übergaben. Diese richtete im August 1945 im ehemaligen Konzentrationslager das Speziallager Nr. 2 ein, das eines von insgesamt zehn Lagern und drei zentralen Gefängnissen des NKWD in der SBZ darstellte. Das Speziallager Buchenwald bestand bis Februar 1950. In Buchenwald wurden – im Unterschied zu den Speziallagern Bautzen und Sachsenhausen – ausschließlich Internierte gefangen gehalten. Der erste Transport mit Gefangenen traf am 21. August 1945 ein. Bis zum Jahresende 1945 wuchs die Zahl der internierten Personen auf fast 6.000 Personen an. Nach bisherigen Recherchen befanden sich unter den Gefangenen vor allem kleine und mittlere Funktionäre der NSDAP, des nationalsozialistischen Staates und der Wirtschaft, Angehörige der Polizei, Mitglieder der Hitlerjugend oder Hitlerjugendführer, Angehörige der Waffen-SS und Offiziere der Wehrmacht sowie eine Vielzahl von Personen, die infolge von Denunziationen, Verwechslungen und willkürlichen Festnahmen in das Lager gekommen waren. Im Durchschnitt war das Speziallager mit rund 12.000 Gefangenen belegt. Nach offiziellen sowjetischen Angaben waren in Buchenwald zwischen 1945 und 1950 insgesamt 28.455 Menschen inhaftiert, darunter etwa 1.000 Frauen. Mehrfach wurde das Lager mit Häftlingen aus anderen aufgelösten Speziallagern aufgefüllt. Die höchste Belegung hatte das Speziallager Nr. 2 im Frühjahr 1947 mit 16.371 Gefangenen. Etwa 1.500 Häftlinge wurden von Buchenwald in die Arbeitslager der Sowjetunion deportiert.

Das Speziallager Nr. 2 galt als sogenanntes Schweigelager, d. h. es war von der Außenwelt völlig isoliert. Der überwiegende Teil der Häftlinge war zur Untätigkeit verurteilt. Den Lageralltag kennzeichneten Hunger, überfüllte Unterkünfte, katastrophale hygienische Verhältnisse, mangelnde medizinische Versorgung, Kälte und fehlende Kleidung. Unter diesen Bedingungen breiteten sich Ruhr und Tuberkulose aus. Im Speziallager Buchenwald starben offiziellen sowjetischen Dokumenten zufolge 7.113 Menschen, die in Massengräbern verscharrt wurden. Die Angehörigen erhielten keine Benachrichtigung.

Im Zusammenhang mit der offiziellen Beendigung der Entnazifizierung in der SBZ kamen im Sommer 1948 im Rahmen einer größeren Entlassungsaktion über 9.000 Häftlinge frei. Im Herbst wurden aus den aufgelösten Speziallagern Mühlberg (Elbe) und Fünfeichen bei Neubrandenburg 6.000 Häftlinge nach Buchenwald

Das Speziallager Nr. 2 galt als sogenanntes Schweigelager - es war völlig von der Außenwelt isoliert

verbracht. Ab dem 16. Januar 1950 begann die Auflösung des Lagers, die einen Monat später ihren Abschluss fand. Entlassen wurden 7.073 Personen. 2.415 Gefangene wurden in das Zuchthaus Waldheim verbracht, 264 Häftlinge SMT übergeben und in die Sowjetunion deportiert. Die in das Zuchthaus Waldheim überführten Gefangenen wurden in den berüchtigten „Waldheimer Prozessen“ zu hohen Haftstrafen verurteilt. Nach Auflösung des Speziallagers wurden die Gebäude zum großen Teil abgerissen. Für die Opfer des Konzentrationslagers Buchenwald errichtete man 1949 einen „Ehrenhain“, und 1951 beschloss die DDR-Regierung die Errichtung eines Mahnmals. Im Jahr 1958 fand schließlich die Einweihung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“ (NMGB) statt.

Nach 1990 wurde die Gedenkstätte grundlegend umgestaltet. Am 8. April 1995 wurde eine neue Dauerausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers, zwei Jahre später die Dauerausstellung zum sowjetischen Speziallager Nr. 2 eröffnet. Seit 1998 existiert eine ständige Kunstausstellung mit Arbeiten, die Häftlinge im KZ schufen oder Überlebende und Gegenwartskünstler geschaffen haben. 1999 erfolgte die Einweihung der Dauerausstellung zur Geschichte der NMG Buchenwald. Darüber hinaus gibt es wechselnde Sonder- und Wanderausstellungen.

Auf dem Trauerplatz vor dem neu errichteten Ausstellungsgebäude zur Geschichte des Speziallagers steht ein Holzkreuz. Stahlstelen im Wald zeigen an, wo sich die einzelnen Massengräber befinden. Die Areale mit den Massengräbern wurden zu Friedwäldern umgestaltet. Daneben haben Hinterbliebene durch individuelle Symbole (Steine, Kreuze) ihrer Trauer Ausdruck verliehen.

In der DDR wurden Existenz und Wirklichkeit des Speziallagers tabuisiert und jede Form der historischen Auseinandersetzung unterbunden. Erst nach dem Ende der DDR setzte eine Diskussion um das Speziallager unter Historikern und in der Öffentlichkeit ein. Von Anfang an war diese Diskussion mit der Frage verbunden, wie eine angemessene Dokumentation des spezifischen Unrechtscharakters des sowjetischen Speziallagers an einem solchem Ort ermöglicht werden kann, da sich unter den Insassen des Speziallagers Nr. 2 zahlreiche ehemalige Funktionäre der NSDAP befanden. Diese trugen Mitverantwortung für ein Unrechtssystem, das Konzentrationslager wie das in Buchenwald hervorgebracht hatte. Die im Jahr 1991 durch den thüringischen Wissenschaftsminister berufene Historikerkommission zur Neugestaltung der Gedenkstätte empfahl, die Geschichte des Speziallagers und des Konzentrationslagers in der Gedenkstätte räumlich zu trennen.

Standort: Weimar/ Buchenwald, Gedenkstätte Buchenwald, Direktion – Haus 2
Internet: www.buchenwald.de

Trauerplatz mit Holzkereuz vor dem Ausstellungsgebäude zur Geschichte des Speziallagers

Gedenkstein für die vom NKWD verhafteten und ermordeten Jugendlichen

Apolda. Im Oktober 1945 verhaftete die sowjetische Geheimpolizei NKWD 19 Jugendliche aus Apolda. Sie wurden in das Amtsgerichtsgefängnis der Stadt verbracht, das damals dem NKWD als Untersuchungsgefängnis diente. In nächtlichen Verhören erzwang man mit Folter und Essensentzug Schuldeingeständnisse. Danach wurden die Jugendlichen am 21. und 22. Dezember 1945 vor ein SMT im Gerichtssaal des Amtsgerichtes Apolda gestellt. Die Anklageschrift legte ihnen die Zugehörigkeit zur „Werwolf"-Organisation, „Aufruf zum Kampf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen", „Diversion" und „Massensabotagen" zur Last. Gegen 16 Jugendliche wurde die Todesstrafe verhängt. Die drei Jüngsten, gerade 15 Jahre alt, verurteilte man zu 20 Jahren Zwangsarbeit: Helmuth Eger, Gerhard Czerveny und Werner Seidler. Anfang März 1946 wurden Rolf Baumann, Lothar Löbnitz, Erich Ohnesorge, Manfred Justiniak und Botho Lüttig erschossen. Elf weitere Todeskandidaten begnadigte der Innenminister der Sowjetunion im März 1946 zu 20 Jahren Zwangsarbeit: Helmut Kosmalla, Herbert Lenk, Robert Gottsmann, Hubert Kutschbach, Heinz Bastian, Heinz-Joachim Schweers, Manfred Will, Wolfgang Günther, Lothar Sack, Günter Völkel und Roland Tröge. Heinz Bastian starb 1948 in einem sowjetischen Arbeitslager in Sibirien. Robert Gottsmann kam im Sommer 1947 im Speziallager Sachsenhausen ums Leben. Gerhard Czerveny und Wolfgang Günther starben 1948 im Speziallager Bautzen. Helmuth Eger, der zusammen mit Herbert Lenk 1950 aus Bautzen entlassen worden war, verstarb einige Jahre später an den Haftfolgen. Drei der 1945 verhafteten Jugendlichen kamen 1954 und der letzte erst nach fast zehn Jahren Haft wieder nach Hause.

Alle damals Verurteilten wurden 1993 von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert.

Auf Initiative der überlebenden Kameraden und mit Unterstützung des Ministeriums für Justiz und Europaangelegenheiten des Freistaats Thüringen konnte am 11. Oktober 1997 am unmittelbaren Ort des Geschehens, vor dem Amtsgericht in Apolda, ein Gedenkstein errichtet werden. Er trägt die **Inschrift:**

Den Opfern stalinistischer Gewaltherrschaft. / Hier begann im Herbst 1945 / der Leidensweg von / 19 unschuldigen Apoldaer Jugendlichen. / Durch ein sowjetisches / Militärtribunal zum Tode verurteilt und / erschossen wurden: / Rolf Baumann 18 J. / Manfred Justiniak 17 J. / Lothar Löbnitz 17 J. / Botho Lüttig 17 J. / Erich Ohnesorge 18 J. / In Straflagern kamen ums Leben: / Heinz Bastian 18 J. / Gerhard Czerveny 15 J. / Robert Gottsmann 16 J. / Wolfgang Günther 17 J. / 10 der Verurteilten / überlebten Folter und Qual.

Standort: Apolda, Jenaer Straße 8

»
Auf Initiative der überlebenden Kameraden entstand am Ort des Geschens an Gedenkstein für die vom NKWD verhafteten udn ermordeten Jugendlichen

Gedenktafel für 33 Jugendliche

Eisenach. Im Oktober 1945 wurden in Eisenach 33 Jugendliche unter dem Vorwurf der „Werwolf"-Tätigkeit von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verhaftet. Drei Monate später fällte ein SMT in einem Geheimprozess im Schnellverfahren die Urteile: Tod durch Erschießen. Der Vorwurf lautete „antisowjetische Betätigung". Gegen neun der Jugendlichen wurde das Urteil vermutlich in Weimar vollstreckt. Die anderen zum Tode Verurteilten wurden zu 25 bzw. 15 Jahren Arbeitslager „begnadigt". Die Überlebenden kehrten 1950/51 aus der Lagerhaft zurück. 1994 hat die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation die unschuldig Verurteilten rehabilitiert.

Auf Initiative der VOS e. V. wurde am 11. Mai 1998 eine Gedenktafel am Gebäude II des Ernst-Abbe-Gymnasiums, nahe dem ehemaligen Gerichtsgefängnis, enthüllt. Die Gedenktafel trägt die **Inschrift:**
Im Gedenken an die Opfer / von Gewalt und Unrecht / 1945–1989 / In Erinnerung an / 33 Eisenacher Jugendliche / im Alter von 13–21 Jahren / 1945 verhaftet, 1946 verurteilt / und 9 von ihnen hingerichtet / Ihr seid unvergessen.

Standort: Eisenach, Gebäude II des Ernst-Abbe-Gymnasiums, Theaterplatz

Eine Gedenktafel erinnet an die 33 Jugendlichen, die vom NKWD zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt wurden

Gedenktafel für die Opfer des NKWD und der Staatssicherheit

Erfurt. Mit der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands übernahm die sowjetische Besatzungsmacht Erfurt und errichtete eine Militärkommandantur. Der neue Stadtkommandant ließ zahlreiche Gebäude beschlagnahmen. Die sowjetische Geheimpolizei NKWD nutzte die Orte, um die zahlreichen Verhafteten festzuhalten und zu verhören. Belegt ist, dass in den Jahren 1945 und 1946 im Keller des heutigen Privathauses Gefangene untergebracht waren.
Die **Inschrift** der Gedenktafel lautet:
In diesem Anwesen haben politische Häftlinge / von 1945 bis 1951 unter dem Terror des NKWD / und des Staatssicherheitsdienstes der DDR / gelebt und gelitten. / „Sie wollten Freiheit und / Menschenwürde" / VOS / Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge / Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. / Der Rat und die Bürger / der Stadt Erfurt

Standort: Erfurt, Alfred-Hess-Straße 45 a

Eine Gedenktafel erinnert an die Nutzung des Gebäudes als NKWD-Gefängnis

Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus

Gera. Das Geraer Gefängnis wurde erstmals 1872 in der Stadtchronik erwähnt. Von 1933 bis 1945 diente es den Nationalsozialisten als Untersuchungshaftanstalt.

Nachdem die Rote Armee im Juli 1945 in Thüringen einmarschiert war, ging das Gefängnis in die Kontrolle der sowjetischen Militärpolizei und des NKWD über. Zwar diente es als regionales Auffanggefängnis im Rahmen der alliierten Entnazifizierungspolitik. Zugleich wurden an diesem Ort aber auch zahlreiche Personen, denen man sogenannte antisowjetische Handlungen oder geheimdienstliche Aktivitäten für die Westalliierten angelastete, auf Befehl des NKWD inhaftiert, später in Speziallager verbracht oder zum Tode verurteilt. Oftmals reichte dafür schon der Verdacht beispielsweise der nationalsozialistischen Untergrundbewegung „Werwolf“ anzugehören. Nach 1947 fanden Inhaftierungen häufig unter der Begründung von „Wirtschaftsverbrechen“ statt, womit im Zuge der Zwangskollektivierung Enteignungen durchgeführt werden konnten. Nach 1950 wurde jeglicher Ausdruck der Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen mit dem Paragrafen der „Boykotthetze“ geahndet.
Von 1952 bis 1990 befand sich an dieser Stelle die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung Gera des MfS. 36 Zellen standen für 78 Untersuchungshäftlinge und zehn Strafgefangene zur Verfügung. Insgesamt durchliefen zwischen 1952 und 1989 über 2.800 Menschen aus politischen Gründen die Haftanstalt. Von 1992 bis 1999 wurde das Gefängnis vom thüringischen Justizministerium als Untersuchungshaftanstalt genutzt, bevor es Ende 1999 zugunsten eines Kaufhaus-Neubaus abgerissen wurde. Heute steht nur noch der Eingangsbereich des ehemaligen Gefängnisses, das Torhaus. 1997 hatte sich der Verein Gedenkstätte Amthordurchgang gegründet, der sich u. a. vergeblich gegen den Abriss des Gefängnisses stark machte. Am 18. November 2005 wurde durch den Verein die Gedenkstätte eröffnet. In der Gedenkstätte gibt es mehrere Veranstaltungs- und Ausstellungsräume, in denen an die Opfer politischer Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1989 erinnert wird.

Standort: Gera, Amthordurchgang 9
Internet: www.torhaus-gera.de

»
Eingang zur Gedenk- udn Begegnungsstätte im Torhaus

Gedenkstein für die „Greußener Jungs“

Greußen. In den letzten Monaten des Jahres 1945 sowie im Januar 1946 wurden infolge einer Denunziation 36 Jugendliche und zwei ältere Männer der thüringischen Kleinstadt Greußen, Kreis Sondershausen, wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer „Werwolf“-Organisation verhaftet. Eine derartige Organisation hatte es in Greußen jedoch nicht gegeben. Die Anklage basierte auf Drohbriefen, die sich der Kassierer des Greußener Kinos selbst geschrieben hatte; Zettel, auf denen „Der Werwolf“ angeblich ihn und ein anderes KPD-Mitglied mit dem Tode bedrohte. Mit dieser pauschalen Denunziation der Greußener Jugend nahm für die 38 daraufhin Verhafteten ein schreckliches Schicksal seinen Lauf. Die Beschuldigten wurden von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD inhaftiert und verurteilt. Zunächst wurden die zwischen 15 und 23 Jahre alten Jugendlichen im Keller der örtlichen Sparkasse, der als Untersuchungsgefängnis diente (im Volksmund „GPU-Keller“ genannt), eingesperrt und misshandelt. Anschließend kamen sie in das NKWD-Gefängnis nach Sondershausen, wo sie zu „Geständnissen“ gezwungen wurden. Im Juli 1946 verurteilte ein SMT die Jungen wegen „terroristischer Akte“ gegen die „Arbeiter-und-Bauern-Regierung“ bzw. deren Vorbereitung und Planung. Ohne ersichtliche Gründe wurden unterschiedliche Strafmaße, drei Todesurteile sowie zwischen fünf und 15 Jahren Zwangsarbeit bzw. Arbeitslager verhängt. Nach ihrer Verurteilung verbrachte man die Greußener Gruppe 1946 in das sowjetische Speziallager Sachsenhausen. Die Eltern kämpften

»
Ein gedenkstein erinnert an die unschuldigen Opfer des Stalinismus in Greußen

um die Freilassung ihrer Söhne. Als der Denunziant festgestellt und am 23. Juli 1947 sogar rechtskräftig verurteilt worden war, intensivierten sie ihre Bemühungen. Doch vergeblich: Die 38 unschuldig Inhaftierten wurden nicht freigelassen. Nur 14 der 38 Greußener Jungs überlebten das Speziallager Nr. 7.

Unmittelbar nach der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 beschloss der neugewählte Gemeinderat in seiner ersten Sitzung die Errichtung eines Mahnmals. Am 24. November 1990 wurde der Gedenkstein für die ersten Opfer des Stalinismus in Greußen feierlich eingeweiht. An der Gedenkstunde nahmen auch vier der Überlebenden teil. Ausstellungsstücke und Dokumente zur Geschichte der Greußener Jungen sind im Bonner Haus der Geschichte und in der Gedenkstätte Sachsenhausen zu sehen. Der Gedenkstein trägt die **Inschrift:**
Zum Gedenken / der ersten Opfer / des / Stalinismus / in Greußen 1945/46 / Karl Heinz Anders / Richard Anschütz / Karl Bähr / Hermann Beisker / Hans Joachim Biber / Horst Blank / Richard Bohrloch / Horst Burkhardt / Max Dreissig / Hans Dünkel / Hans Garbe / Fritz Gerlach / Horst Goymann / Hans Götze / Siegfried Gräser / Alfred Hafermalz / Helmut Henze / Gerd Hohnstein / Kurt Hüllemann / Jürgen Kirmes/ Helmut Kühn / Otto Landgraf / Werner Limpert / Wolfgang Mieth / Rudi Muscho / Norbert Müller / Herwarth Neubert / Arno Neuschild / Horst Nolde / Hans Joachim Pfeiffer / Karl Heinz Schaumburg / Joachim Scherzberg / Alfred Sittkus / Paul Stieting / Heinz Trinks / Helmut Trotzer / Kurt Weiss / Harry Zimmermann.

Standort: Greußen, Bahnhofstraße, vor der Oberschule

Gedenkstein zur Erinnerung an sieben Einwohner aus Küllstedt

Küllstedt. Am 1. August 1945 starben sieben Einwohner aus Kühlstedt bei Mühlhausen. Sie wurden vor den Augen ihrer Familienangehörigen und Nachbarn von einem sowjetischen Einsatzkommando standrechtlich erschossen. Die Leichen der Opfer nahm das sowjetische Militärkommando mit und verscharrte sie an einem zunächst unbekannten Ort. Gründe für die Erschießung wurden auch später von den sowjetischen Besatzungsbehörden nicht genannt. Die Ermordung stand im Zusammenhang mit dem Terror der sowjetischen Geheimpolizei im nahe gelegenen Mühlhausen. Dort kam es besonders in den ersten Monaten nach Einzug der Rote Armee zur willkürlichen Tötung von Zivilisten in Wohnungen, auf offener Straße oder in den Dörfern der nahen und weiteren Umgebung der Stadt. Die Leichen der zum Tode verurteilten, der standrechtlich bzw. willkürlich Erschossenen oder durch Folter umgebrachten Gefangenen wurden zumeist im Stadtwaldgebiet von Mühlhausen verscharrt. Dorthin brachte man auch die sieben Leichen aus Küllstedt. Im April 1953 entdeckte ein Revierförster das verborgene Massengrab. Nach Verständigung der Kriminalpolizei schalteten sich sogleich die sowjetischen Militärbehörden ein, die eine Untersuchung der Herkunft und Identität der Leichen verboten und den Zeugen strikte Stillschweigen auferlegten. Der Revierförster kennzeichnete die Fundstelle jedoch für die Nachwelt.

Erst nach der Friedlichen Revolution 1989 wurde der Exhumierung und Identifizierung der Leichen stattgegeben. 1990 wurden sie in einer Feierstunde auf dem Küllstedter Friedhof beigesetzt. Ein Gedenkstein erinnert an das Massaker von 1945. Er trägt die **Inschrift:**
In ehrendem Gedenken / der Opfer / des 1. August 1945 / Georg Diegmann 1889 / Josef Diegmann 1894 / Martin Montag 1909 / Paul Lerch 1911 / August Mathias 1913 / Albin Dunkel 1921 / Otto Diegmann 1921 / und aller in der Folge / der Verurteilung / Verstorbenen.

Standort: Küllstedt, Friedhof

»
Gedenkstein zur Erinnerung an die sieben Einwohner aus Küllstedt

Gedenktafel für die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei NKWD

Mühlhausen. Unmittelbar nach der Übernahme der Stadt von den Amerikanern im Sommer 1945 beschlagnahmte die sowjetische Geheimpolizei NKWD das Amtsgericht am Untermarkt 17 und nutzte es als Untersuchungsgefängnis. Nach wenigen Wochen wurden aufgrund von Überfüllung weitere Gebäude in der Nähe bezogen. Nach Aussagen von Überlebenden starben am Untermarkt 17 zwischen 60 und 80 Menschen durch Folter und Hinrichtung. Inzwischen wurde das ehemalige Gefängnisgebäude des Amtsgerichtes abgerissen.
Am 17. August 2001 wurde auf Initiative der Beratungsstelle Vergangenheitsaufarbeitung beim Kreistag Unstrut-Hainich e.V. am Amtsgericht der Stadt Mühlhausen eine Gedenktafel für die dort zwischen 1945 und 1948 vom NKWD inhaftierten, gefolterten und zum Tode verurteilten Menschen angebracht. Sie trägt die **Inschrift:**
An diesem Ort wurden durch / den sowjetischen Geheimdienst NKWD / von 1945–1948 Unschuldige / eingekerkert und gefoltert. / Viele wurden deportiert / oder zum Tode verurteilt.

Standort: Mühlhausen, Untermarkt 17

Eine Gedenktafel erinnert an die Nutzung des Gebäudes durch die sowjetische Geheimpolizei NKWD

Gedenktafel an der ehemaligen NKWD-Zentrale

Gedenktafel an der ehemaligen NKWD-Zentrale in Mühlhausen

Mühlhausen. Im Haus am Untermarkt 13 befand sich von 1945 bis 1950 die Zentrale der sowjetischen Geheimpolizei NKWD für Nordthüringen. Nach der Übernahme der Stadt von den Amerikanern hatte das NKWD im Sommer 1945 zunächst nur das Gebäude des Amtsgerichts am Untermarkt 17 für sich beschlagnahmt. Doch schon nach kurzer Zeit reichte der Platz für die vielen Verhafteten nicht mehr aus und das NKWD besetzte weitere Gebäude in der Nähe, u. a. das Haus am Untermarkt 13/14. Auch dieses Haus war bald überfüllt. Im „Haus des Grauens“ oder in der „Hölle am Untermarkt“ erlebten viele der Inhaftierten die qualvollste Zeit ihres Lebens. Denn um die gewünschten Informationen oder Schuldbekenntnisse zu erpressen, wurden die Häftlinge erniedrigt, gequält und gefoltert. Zeugen aus der Nachbarschaft bestätigten, dass im Haus immer wieder Schüsse fielen. Nach Berichten von Überlebenden sind am Untermarkt 13 zwischen 80 und 100 Menschen ermordet worden. Ein weiterer Todesort in Mühlhausen war neben den Gebäuden am Untermarkt 17 und 13/14 die Villa in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 20, wo schätzungsweise 30 bis 40 Menschen totgeschlagen oder erschossen wurden.

Am 17. Juni 1998 wurde auf Initiative der Beratungsstelle Vergangenheitsaufarbeitung beim Kreistag Unstrut-Hainich e.V. neben dem Eingang des Hauses am Untermarkt 13 eine Gedenktafel für die dort zwischen 1945 und 1950 vom NKWD inhaftierten, gefolterten und ermordeten Menschen angebracht. Sie trägt die **Inschrift:**
Wider das Vergessen / Dieser Gebäudekomplex / war vom Sommer 1945 bis 1950 / Zentrale des sowjetischen Geheimdienstes / (NKWD) für den Bereich /Nordthüringen, / eine Stätte des Grauens, der Folter / und des Todes. / Freiheit und Menschenwürde / sind unsere kostbarsten / Güter.

Standort: Mühlhausen, Untermarkt 13

Gedenktafel am ehemaligen NKWD-Gefängnis „Hutschachtel“

Saalfeld (Saale). Im Hof des Rathauses von Saalfeld wurde in den Jahren 1857 bis 1859 ein Amtsgerichtsgefängnis nach den Plänen von Carl Rudolf Tröger errichtet. Der kreisrunde Turmbau erhielt im Volksmund den Namen „Hutschachtel.“ Bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten fungierte der Bau als Gerichtsgefängnis. Zwischen 1933 und 1945 wurden in der „Hutschachtel“ auch politische Häftlinge festgesetzt.
Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die SMAD am 24. Juli 1945 den gesamten Rathauskomplex. Das NKWD nutzte die „Hutschachtel“ bis 1950 als Untersuchungsgefängnis. Waren hier in der Anfangszeit noch Funktionsträger des NS-Staates inhaftiert, wurden später zunehmend politische Gegner des sowjetischen Besatzungsregimes eingewiesen. Zudem wurde eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Jugendlichen, die vor 1945 im Deutschen Jungvolk, der Hitlerjugend oder dem Bund Deutscher Mädel organisiert waren, festgehalten. Diese unterlagen dem Verdacht, dem „Werwolf“ anzugehören, was jedoch in den meisten Fällen nicht belegt werden konnte.

Nach Auflösung der sowjetischen Speziallager und der Übergabe aller Gefängnisse an das DDR-Innenministerium 1950 übernahmen die DDR-Behörden auch die „Hutschachtel“. Die Volkspolizei plante in Saalfeld den Bau einer eigenen Haftanstalt. Bis zu deren Fertigstellung 1951 nutzte das Saalfelder Volkspolizeikreisamt jedoch die Zellen in der „Hutschachtel“. Die Geschichte der „Hutschachtel“ ist für die darauffolgenden Jahre schwer zu rekonstruieren. Bis 1955 inhaftierte die Volkspolizei hier politische Gefangene, danach diente das Gebäude bis 1973 als Gerichtsgefängnis. Im Januar desselben Jahres übernahm die Stadtverwaltung die „Hutschachtel“ und verlegte 1974 das Verwaltungsarchiv an diesen Ort.

Erst nach der Friedlichen Revolution 1989 begann man mit der Aufarbeitung der Geschichte des NKWD-Gefängnisses. 1994 gründete sich der „Freundeskreis Hutschachtel“, ein Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge, die nach 1945 unschuldig hier inhaftiert waren. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung Saalfeld wurde vom „Freundeskreis Hutschachtel“ am 12. April 1997 neben dem Eingang des ehemaligen Gefängnisses eine Gedenktafel angebracht.
Die **Inschrift** lautet:
Zum Gedenken / an die hier nach 1945 eingekerkerten / Opfer des Stalinismus.

Am 10. September 2000 konnte eine rekonstruierte Zelle als Ort des Gedenkens der Öffentlichkeit übergeben werden. Eine kleine Dokumentation informiert zudem über die Geschichte des Hauses als Gefängnis des NKWD.

Standort: Saalfeld (Saale), Rathaushof, Markt 1

»
Am ehemaligen NKWD-Gefängnis „Hutschachtesl erinnert eine Gedenktafel an die Opfer des Stalinismus

Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Gedenktafel an die Opfer der sowjetischen Geheimpolizei in Schmalkalden

Schmalkalden. Im Gebäude des Amtsgerichtes Schmalkalden unterhielt die sowjetische Geheimpolizei NKWD nach Kriegsende ein Untersuchungsgefängnis (im Volksmund „GPU-Keller"), in dem unschuldig inhaftierte Menschen gequält und ermordet wurden. Auf der Grundlage eines Geheimbefehls vom April 1945 erhielt die Geheimpolizei die Anweisung, das besetzte Hinterland von allen „feindlichen Elementen" zu säubern und diese zu liquidieren. Tausende deutscher Zivilisten – vielfach auch Jugendliche – wurden daraufhin in der SBZ verfolgt. In Gefängniskellern, wie dem von Schmalkalden, wurden unter Folter und psychischem Druck „Geständnisse" erpresst, die langjährige Haftstrafen in sowjetischen Arbeits- und Straflagern oder gar die Todesstrafe nach sich zogen.

Am 13. November 2000 wurde auf Initiative der VOS e.V. in Thüringen vom Landrat des Kreises Schmalkalden/ Meiningen am Amtsgericht eine Gedenktafel angebracht und eingeweiht. Die **Inschrift** lautet:

Hier war 1945 der berüchtigte Kerker / des sowjetischen NKWD. / Zum Gedenken an unsere unschuldig / ermordeten Kameraden. / Die Opfer des Stalinismus Thüringen.

Standort: Schmalkalden, Hoffnung 30

Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus

Tüttleben. Am 19. September 1945 wurde in Tüttleben im Kreis Gotha eine Reihe von Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren verhaftet. Sie standen unter dem Verdacht, als „Werwölfe" weiter für den Nationalsozialismus und gegen die Alliierten gekämpft zu haben. So sollen sie, mit Taschenmessern und Knüppeln bewaffnet, über eine Chaussee Drahtseile gespannt haben, um Panzer aufzuhalten. Die Kinder und Jugendlichen wurden in ein Gefängnis nach Gotha gebracht; die kleinsten und schwächsten unter ihnen wurden nach einigen Monaten wieder nach Hause entlassen. 15 Jugendliche blieben in Haft, wurden unter Folter zu Geständnissen gezwungen und im Mai 1946 vor ein SMT gestellt. Ihre „Geständnisse" wiederholten sie dort jedoch nicht, sondern bestritten die Vorwürfe. Daraufhin wurden die Jungen erneut gefoltert, bis sie im Sommer 1946 die Anklage unterschrieben und schließlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Im Oktober 1946 brachte man die Verurteilten von Gotha nach Weimar, anschließend kamen sie in das Speziallager Sachsenhausen. Aufgrund der dortigen Haftbedingungen starben drei der Tüttlebener Jungen. Im Zuge der Auflösung der sowjetischen Speziallager 1950 wurden die letzten Jugendlichen aus Tüttleben entlassen. Viele der Eltern hatten erst kurz zuvor überhaupt ein Lebenszeichen von ihren seit 1945 inhaftierten Kindern erhalten.

Auf Initiative von Überlebenden und der Bezirksgruppe Arnstadt/Gotha der VOS e. V. wurde im September 2002 an einem Gedenkstein eine Tafel zur Erinnerung an die in sowjetischer Haft verstorbenen Tüttlebener eingeweiht. Die **Inschrift** der Gedenktafel lautet:

Unschuldige Opfer / stalinistisch-sowjetischer / Willkür und Gewaltherrschaft / 1945–1950 / Den Toten zum Gedenken – / Den Lebenden zur Mahnung / In sowjetischen Speziallagern / umgekommen in Buchenwald / Karl Schäfer geb. 1889 / umgekommen in Bautzen / Willi Bach 18 Jahre / umgekommen im GPU Gefängnis Gotha / Kurt Balzer 17 Jahre / umgekommen in Sachsenhausen / Günter Bernhardt 17 Jahre / Günter Kreuch 15 Jahre / Artur Lotz 16 Jahre.

Standort: Tüttleben, Kriegergarten, an der B7

In Tüttleben erinnert eine Gedenktafel an die Opfer des Stalinismus

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

Vogtländisches Oberland/Hohndorf. Auf Initiative von Gerold Hupfer, Mitglied der VOS e. V., wurde am 3. Oktober 1990 am Ehrenmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege in der Gemeinde Hohndorf ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus eingeweiht. Er erinnert an vier Hohndorfer Bürger, die von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD Ende 1945 und Anfang 1946 im Rahmen einer Verhaftungswelle in Greiz und Umgebung festgenommen wurden. Gustav Pramann und Erich Claus wurden in sowjetische Speziallager verschleppt. Gustav Pramann verstarb 1947 im Lager Buchenwald und Erich Claus 1948 in Bautzen. Die Jugendlichen Werner Burger und Wolfgang Heber wurden am 9. März 1946 unter dem Vorwurf, einer „Werwolf"-Organisation angehört zu haben, vom SMT zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Gedenkstein trägt die **Inschrift:**
Den Opfern des / Stalinismus / Werner Burger/ 1928–1946 / Wolfgang Heber / 1929–1946 / Gustav Pramann / 1895–1947 / Erich Claus / 1902–1948.

Standort: Vogtländisches Oberland/Hohndorf

In Hohndorf erinnert ein Gedenkstein an die Opfer des Stalinismus in der Gemiende

Gedenkstein für die vom NKWD hingerichteten Jugendlichen

Zeulenroda-Triebes. Ende 1945 und Anfang 1946 wurden im Greizer Oberland 15 Jugendliche von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verhaftet und der „Werwolf"-Tätigkeit beschuldigt. Gegen elf von ihnen fällte ein SMT am 19. März 1946 das Todesurteil. An fünf von ihnen wurde das Urteil durch Erschießen am 4. Juni vollstreckt, an zwei weiteren am 13. Juni 1946. Die Erschossenen waren zwischen 16 und 20 Jahre alt. Ihre Leichen wurden bei Triebes in einem Wald verscharrt. Die anderen zum Tode Verurteilten erhielten „Begnadigungsstrafen" zwischen zehn und 20 Jahren Haft.

Mit Hilfe von Unterlagen aus russischen Archiven wurde die Erschießungsstelle ermittelt. Seit November 1997 erinnert an diesem Ort im Metschwald ein Gedenkstein an die sieben hingerichteten Jugendlichen, der auf Initiative der VOS e.V. von der Stadt Triebes errichtet wurde. Seine **Inschrift** lautet:
*Den Toten zur Ehre – / den Lebenden zur Mahnung / Hier wurden vom sowj. NKWD / unschuldig hingerichtet / Am 4. Juni 1946 / Walter Wild *1927 Fröbersgrün / Walter Raschker *1928 Schönbach / Theo Reiher *1929 Bernsgrün / Werner Burger *1928 Hohndorf / Wolfgang Heber *1929 Hohndorf / Am 13. Juni 1946 / Karl Hackinger *1929 Lossengrün / Franz Künzel *1925 Fröbersgrün / Rehabilitiert 1994 durch die russische Justiz.*

Standort: Zeulenroda-Triebes, im Metschwald, an der Straße von Neuärgerniß nach Mehla im Landkreis Greiz

In Zeulenroda-Triebes erinnert ein Gedenkstein an die vom NKWD an diesem Ort hingerichteten Jugendlichen

Anhang

Auswahlbibliografie

Erler, Peter: GPU-Keller. Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse sowjetischer Geheimdienste in Berlin (1945 - 1949). Eine Dokumentation. 2. Auflage. Berlin: Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V., Landesverb. Berlin-Brandenburg, 2006.

Fein, Elke u.a.: Von Potsdam nach Workuta. Das NKGB/MGB/KGB-Gefängnis Potsdam-Neuer Garten im Spiegel der Erinnerung deutscher und russischer Häftlinge. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, 1999.

Finn, Gerhard: Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950.
In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Band 4: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1995, S. 337–397.

Greiner, Bettina: Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, 2010.

Haase, Norbert/Oleschinski, Brigitte (Hrsg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem, NKWD-Speziallager, DDR-Strafvollzug. 2. Auflage. Leipzig: Forum-Verlag, 1998.

Haustein, Petra: Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2006.

Haustein, Petra/Kaminsky, Annette/Knigge, Volkhard/Ritscher, Bodo (Hrsg.): Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute. Göttingen: Wallstein-Verlag, 2006.

Hilger Andreas (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. [2 Bände]
Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945 - 1955. Köln: Böhlau, 2003. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung ; 17,2)

Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939 – 1948. Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht - Repatriierungslager – Sowjetisches Speziallager. Schwerin: Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, 2013. (Erinnerungsorte in Mecklenburg-Vorpommern ; 1)

Kilian, Achim: Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKWD-Speziallager Mühlberg/Elbe 1945 – 1948. 2. erweiterte Auflage. Leipzig: Forum-Verl., 1993.

Kirsten, Holm: Das sowjetische Speziallager Nr. 4 Landsberg/Warthe. Göttingen: Wallstein-Verlag, 2005.

Knigge, Volkhard/Lüttgenau, Rikola-Gunnar/Ritscher, Bodo/Stein, Harry: Konzentrationslager Buchenwald 1937 - 1945, Speziallager Nr. 2 1945 – 1950. Zwei Lager an einem Ort - Geschichte und Erinnerungskonstruktion. Bericht für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Weimar: Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, 1998.

Krypczik, Kathrin/Ritscher, Bodo: Jede Krankheit konnte tödlich sein. Medizinische Versorgung, Krankheiten und Sterblichkeit im sowjetischen Speziallager Buchenwald 1945 – 1950. Göttingen: Wallstein-Verlag, 2005.

Liebold, Cornelia/Morré, Jörg/Sälter, Gerhard (Bearb.): Kassiber aus Bautzen. Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945 – 1950. Dresden: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer. Gewaltherrschaft, 2004. (Lebenszeugnisse - Leidenswege ; 16)

Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/ Plato, Alexander von (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Berlin: Akademie-Verlag, 1998.
Band 1: Studien und Berichte. Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik.

Morré, Jörg: Gulag auf deutschem Boden? Sowjetische Speziallager in der SBZ/DDR. In: Landau, Julia/Scherbakowa, Irina (Hrsg.): Gulag. Texte und Dokumente 1929 – 1956. Göttingen: Wallstein, 2014. S. 156-169

Morré, Jörg [u.a.]: Speziallager des NKWD. Sowjetische Internierungslager in Brandenburg 1945 – 1950. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, 1997.

Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert: „Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten“. Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau 1945 – 1948. 2. Auflage. Leipzig: G. Kiepenheuer, 2002. (Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer Gewaltherrschaft ; 3)

Reif-Spirk, Ralf/Ritscher, Bodo (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“. Berlin: Links, 1999.

Ritscher, Bodo: Spezlager Nr. 2 Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945 bis 1950. 2. überarbeitete Auflage. Weimar-Buchenwald: Gedenkstätte Buchenwald, 1995.

Totenbuch. Sowjetisches Speziallager Nr. 3 und Haftarbeitslager Berlin-Hohenschönhausen 1945 – 1949 / Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. (Hrsg.). Berlin: Jaron-Verl., 2014.

Totenbuch Sowjetisches Speziallager Nr. 3 und Haftarbeitslager Berlin-Hohenschönhausen 1945 – 1949. Berlin: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 2013.

Totenbuch sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Weesow und Sachsenhausen 1945 – 1950 / Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Hrsg.). Berlin: Metropol, 2010.

Totenbuch. Speziallager Bautzen 1945 – 1956. Bautzen: Stiftung Sächsische Gedenkstätten. 2004.

Totenbuch. Speziallager Buchenwald 1945 – 1950. Weimar-Buchenwald: Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, 2003.

Totenbuch. Speziallager Nr. 1 des sowjetischen NKWD, Mühlberg/Elbe. Mühlberg/ Elbe: Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V., 2008.

Weigelt, Andreas (Hrsg.): Totenbuch. Sowjetisches Speziallager Nr. 5 Ketschendorf 1945 – 1947. Berlin: Wichern-Verl., 2014.

Weigelt, Andreas (Hrsg.): Totenbuch Sowjetisches Speziallager Nr. 6, Frankfurt/ Oder 1945, Jamlitz 1945 – 1947. Lieberose : Evangelische Kirchengemeinde Lieberose und Land, 2008.

Wild, Volker/Roder, Bernt (Hrsg.): Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin- Prenzlauer Berg. Berlin: Metropol-Verl., 2011.

Weigelt, Andreas/ Müller, Klaus-Dieter/ Schaarschmidt, Thomas/ Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944-1947), Göttingen 2015.

Geografisches Register

Diese Auflistung enthält in alphabetischer Reihenfolge alle Orte, an denen sich Gedenkzeichen und Gedenkstätten befinden.

A
Apolda • 129 f.

B
Bautzen • 95 ff.
Berlin
-Charlottenburg-Wilmersdorf • 15
-Lichtenberg • 16 ff.
-Pankow • 20 ff.
-Steglitz-Zehlendorf • 25 f.
-Treptow-Köpenick • 27
-Treptow • 28
Borna • 107
Brandenburg an der Havel • 57 ff.

C
Calau • 61
Cottbus • 62

E
Eisenach • 131
Erfurt • 132

F
Forst • 63
Frankfurt (Oder) • 64
Fürstenwalde • 43 ff.

G
Gera • 133
Greußen • 134 f.
Guben • 65
Güstrow • 89 f.

H
Halbe • 47
Halle (Saale) • 115 ff.

J
Jamlitz • 48 ff.

K
Küllstedt • 136
Krumbeck • 66

L
Luckenwalde • 68
Lübben • 67

M
Malchow • 84 f.
Mühlberg/Elbe • 39 ff.
Mühlhausen • 137 f.

N
Neubrandenburg • 75 ff., 88
Neustrelitz • 86 f.

O
Oelsnitz (Vogtland) • 108
Oranienburg/Sachsenhausen • 31 ff.
Oranienburg/Schmachtenhagen • 36

P
Parchim • 83
Penzlin • 91 f.
Plauen • 109 f.
Potsdam • 51 ff.
Prenzlau • 70
Pritzwalk • 69

Q
Querfurt • 118

R
Rochlitz • 111

S
Saalfeld (Saale) • 139 f.
Schmalkalden • 141
Schwerin • 79 ff.

T
Tangermünde • 119 f.
Torgau • 102 ff.
Tüttleben • 142

V
Vogtländisches Oberland/Hohndorf •143

W
Waren • 82
Weesow bei Werneuchen • 37 f.
Weimar/Buchenwald • 123 ff.
Wurzen • 112

Z
Zeulenroda-Triebes • 144
Ziltendorf • 71 f.

Bildnachweis

Die Fotos sind Bestandteil des Projektarchivs „Erinnerungsorte an die kommunistischen Diktaturen“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie wurden hauptsächlich aufgenommen von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig, Sabine Kuder, Ulrich Mählert, Markus Pieper, Anna von Arnim Rosenthal, Robert Grünbaum, Tilman Günther sowie Oliver Boyn.
Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Nachweise auf die Abbildungen der angegeben Seiten.

Für die Bereitstellung der folgenden Aufnahmen danken wir:

Dr. Jochen Guckes • 23

Ekkehard Preuße • 62

heinz Martini • 66

Arno Walter • 68

Ronald Buchheister • 81

Horst Vau • 82

Paul Radicke • 86, 87

Uwe Richter • 92

Gedenkstätte Buchenwald • 123, 124, 125

Kurt Weiss • 134

Impressum

Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de